

Hinweis zum Dokumentenband

Seite 105

Teil der handschriftlichen Fassung von
Dokument 42 (Seiten 106 bis 108)

Seiten 148/149

Dokument 58 (Quelle: S. 148 Kietz 2/90
S. 149 Kietz 7/90)

Seiten 151/152

Dokument 60

Arbeitshilfen

für die

politische Bildung

Ein Schulkonflikt in der DDR

Dokumentenband



Bundeszentrale für politische Bildung



**Arbeitshilfen
für die
politische Bildung**

**Tilman Grammes
Ari Zühlke**

Ein Schulkonflikt in der DDR

Dokumentenband

Bundeszentrale für politische Bildung 

Arbeitshilfen für die politische Bildung
Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung
Berliner Freiheit 7
5300 Bonn 1

Ein Schulkonflikt in der DDR
Autoren: Prof. Dr. Tilman Grammes, Passau • Ari Zühlke, Berlin
Redaktion: Ulrike Puvogel, Jutta Klaeren
Satzherstellung: Froitzheim, Bonn
Druck: Chemnitzer Verlag und Druck, Zwickau
ISBN: 3-89331-163-7
Auflage: 10.000

Dokumentenspiegel

(aus Kommentar)

Dokument Nr.	Datum	Inhalt	Seite im Leitfaden
Kapitel I			
1		Aufnahmebrief	18
2		Aufnahmeordnung für die EOS	18
3		Geschichte der Schule	19
4		Stundenplan	31
5		Studentafel für die EOS	31
Kapitel II			
6		Offener Brief des Stadtjugendpfarramts (November 1988)	35
7		Kurze Darstellung der Ereignisse	35
8	12.9.1988	Wandzeitungsartikel (1) über die Situation in Polen	35
9		Zeitungsberichte über Polen (August/September 1988)	35
10	14. 9.1988 15. 9.1988	Wandzeitungsartikel (2) und Unterschriftensammlung gegen eine Militärparade in der DDR	37
11		Bericht über die Militärparade in der FDJ-Zeitung „Junge Welt“	43
12	21. 9.1988	Wandzeitungsartikel (3): Ein Armee-Gedicht als Realsatire	44
13		Meldepflicht der Schuldirektoren für außergewöhnliche Vorkommnisse	46
14	16. 9.1988	Fallmeldung des Direktors	47
15	18. 9.1988	Fallmeldung der SED-Kreisleitung	47
16	22. 9.1988	Sofortinformation der Hauptschulinspektion an Volksbildungsministerin Margot Honecker	47
17	22. 9.1988	Anweisung der SED-Kreisleitung an die Schulparteiorganisation	47
18		Wandzeitungsartikel eines Lehrers (September 1989)	51
19		Offener Brief des Direktors (November 1989)	52
Zwischenbilanz und Hilfe für die Bearbeitung			55

Dokument Nr.	Datum	Inhalt	Seite im Leitfaden
Kapitel III			
20	22.9.1988	Parteiversammlung in der Schule (Genossen Lehrer)	59
21		Arbeitsplan der Schulparteiorganisation (Schuljahr 1986/87)	59
22	(Frühjahr 1989)	Aufforderung an die Parteisekretärin zum Bericht vor der SED-Kreisleitung 61	
23		Kündigung der Parteisekretärin (1991)	62
24		Widerspruch gegen die Kündigung	62
25	22.9.1988	Verhör in der Schule: Gedächtnisprotokoll Schüler Kai	64
26	23. 9.1988	Verhör in der Schule: Gedächtnisprotokoll Schüler Alexander	65
27	Offizieller Aufruf	zur Großkundgebung für die Opfer des faschistischen Terrors am 11. September 1988	65
28		Aufmarschplan für die Kundgebung	65
29	22.9.1988	Verhör in der Schule: Gedächtnisprotokoll Schülerin Katja	67
30	22. 9.1988	Verhör in der Schule: Internes Protokoll der Schulverwaltung	67
31		Befragung der Bezirksschulinspektorin (Kreiskriminalamt Pankow 1990)	68
32		Zeugenaussage des Schülers Benjamin (Kreiskriminalamt Pankow 1990)	69
33	26. 9.1988	Beurlaubung des Schülers Benjamin (Ergänzung zur Fallmeldung)	69
34	26.9.1988	Pädagogischer Rat (Lehrerversammlung)	73
35		Leistungsbericht über einen Lehrer	75
36	27.9.1988	Genossen-Elternversammlung	77
37		Direktive des ZK der SED zur Tätigkeit der Genossen in den Elternbeiräten	77
38		Querverbindungen (1): Auswahl von Eltern und Schülern für die Gremienarbeit in der Schule	79
39		Querverbindungen (2): Schule und Betrieb	79
40		Lagebericht des Ministeriums für Staatssicherheit (Juli 1989)	80
41	28.9.1988	Krisensitzung der FDJ-Bezirksleitung	84
42	29.9.1988	FDJ-Versammlung Klasse 11/5	90
43	29.9.1988	FDJ-Versammlung Klasse 12/1	90
44	30.9.1988	Appell in der Aula	91
45		Rainer Kunze: „Fahnenappell“	91
46		§ 32 Schulordnung	93

Dokument Nr.	Datum	Inhalt	Seite im Leitfaden
47	4.10.1988	Antrag auf Relegierung	93
48	12.10.1988	Selbstkritik des Direktors	93
Kapitel IV			
49	20.10.1988	Rundbrief der Kirchenleitung (Manfred Stolpe)	99
50	3.10.1988	Telegramm an das Politbüromitglied Egon Krenz	100
51	Oktober 1988	Eingabe von Eltern an den Rechtsausschuß der Volkskammer	100
52	10.10.1988	Christoph Hein: Brief an Margot Honecker	100
Kapitel V			
53		Analyse und Aufarbeitung: 10 Urteile über das eigene Handeln (November 1989-Mai 1990)	105
54		Christa Wolf: „Das haben wir nicht gelernt“	108
55	28.1.1990	Strafanzeige gegen die Funktionäre des Volksbildungsministeriums, der SED und der FDJ	110
56	18.4.1990	Schreiben der Staatsanwaltschaft Pankow an den Berliner Generalstaatsanwalt	110
57	6.8.1990	Schriftliche Befragung der ehemaligen Volksbildungsministerin Margot Honecker durch das Kreiskriminalamt Pankow	110
58		Zivilcourage? Öffentliche Debatte über die Rolle des Direktors	114
59		Rolf Henrich: „Die Tugend der Zivilcourage“	114
60		Politik und Erziehung: Ein Kommentar („Umweltblätter“ Dezember 1989)	116

Rat des Stadtbezirks Berlin-Pankow
Abteilung Volkbildung

1. Okt. 1983

Sehr geehrte Frau **E** !

Sehr geehrter Herr **E** !

Die Aufnahmekommission des Stadtbezirks hat auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen vom 5.12.1981 den Vorschlag der
6. Oberschule / ~~Ihren Antrag~~ zur Aufnahme Ihres Sohnes in die Abiturstufe der Erweiterten Oberschule eingehend beraten.

Es ist mir eine Freude, Ihnen mitzuteilen, daß wir auf Grund der bisherigen guten schulischen Leistungen und der positiven Persönlichkeitsentwicklung die Aufnahme in die 11. Klasse der Abiturstufe zum 1.9.1984 entschieden haben.

Wir erwarten, daß *Christian* die Eignung für die Abiturstufe weiterhin durch hohe Leistungen, bewußtes gesellschaftliches Engagement und vorbildliches Verhalten bis zum erfolgreichen Abschluß der 10. Klasse beweist.

Bei unserer Entscheidung war aus volkswirtschaftlicher Sicht der Studienwunsch *Musikpädagogie* ausschlaggebend. Wir bitten Sie, durch vielfältige Möglichkeiten der Erziehung in der Familie diesen Studienwunsch zu festigen und weiter auszubauen.

Ihrem Sohn wünschen wir zur Verwirklichung dieser Zielsetzung viel Erfolg.

Mit sozialistischem Gruß

W. R. **E**
Stadtbezirksschulrat

**Anordnung
über die Aufnahme in die erweiterte allgemeinbildende polytechnische Oberschule
und in Spezialklassen an Einrichtungen der Volksbildung
sowie über die Bestätigung von Schülern für die Bewerbung um eine Lehrstelle
in der Berufsausbildung mit Abitur
— Aufnahmeordnung —**

vom 5. Dezember 1981 (GBI. I 1982 Nr. 4 S. 93; VuM 1982 Nr. 1 S. 1)

**Grundsätze
für die Auswahl und Aufnahme
bzw. Bestätigung**

§ 2

(1) Die Auswahl von Schülern und ihre Aufnahme in die erweiterte Oberschule bzw. ihre Bestätigung für eine Berufsausbildung mit Abitur erfolgen mit dem Ziel, diese Jugendlichen auf ein Hochschulstudium vorzubereiten.

(2) Voraussetzung für den Übergang in die erweiterte Oberschule oder in die Berufsausbildung mit Abitur ist der erfolgreiche Abschluß der Klasse 10 der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. Für die erweiterte Oberschule und für die Berufsausbildung mit Abitur sind Schüler auszuwählen, die sich durch gute Leistungen im Unterricht, hohe Leistungsfähigkeit und -bereitschaft sowie politisch-moralische und charakterliche Reife auszeichnen und ihre Verbundenheit mit der Deutschen Demokratischen Republik durch ihre Haltung und gesellschaftliche Aktivität bewiesen haben.

§ 3

(1) In die erweiterte Oberschule bzw. für die Berufsausbildung mit Abitur werden entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen die besten und befähigsten Schüler aufgenommen bzw. bestätigt.

(2) Die Aufnahme bzw. Bestätigung erfolgt auf der Grundlage der Festlegungen im Volkswirtschaftsplan.

(3) Bei den Aufnahmen bzw. Bestätigungen sind die grundlegenden Proportionen zwischen den Studienrichtungen zu berücksichtigen.

(4) Für die Bewerbung um eine Lehrstelle in der Berufsausbildung mit Abitur sind bei Beachtung der generellen Anforderungen vorwiegend solche Schüler zu bestätigen, die sich auf eine Hochschulausbildung in den technischen, Agrar- und Wirtschaftswissenschaften sowie zum Berufsschullehrer bzw. Lehrer für Polytechnik vorbereiten wollen.

(5) Die Aufnahmen bzw. Bestätigungen haben unter Berücksichtigung der sozialen Struktur der Bevölkerung zu erfolgen. Dabei ist insbesondere ein entsprechender Anteil an Kindern von Angehörigen der Arbeiterklasse — vor allem von Produktionsarbeitern — und von Genossenschaftsbauern zu sichern. Hervorragende Leistungen von Eltern beim Aufbau des Sozialismus sind bei der Entscheidungsfindung zu beachten.

Vorschläge, Anträge und Entscheidungen

§ 4

(1) Die Direktoren der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen (nachfolgend Direktoren der Schulen genannt) schlagen dem Kreisschulrat (Stadt-, Stadtbezirksschulrat) Schüler der Klasse 10 vor, die den Anforderungen an die Aufnahme in die erweiterte Oberschule bzw. in die Berufsausbildung mit Abitur gerecht werden. Schüler können nach Versetzung in die Klasse 10 mit Zustimmung ihrer Eltern die Aufnahme in die erweiterte Oberschule oder in die Berufsausbildung mit Abitur beantragen.

(2) Die Direktoren der Schulen beraten ihre Vorschläge und die Anträge der Schüler mit dem Klassenleiter, den Fachlehrern der Klasse, dem Vorsitzenden des Elternbeirates und den FDJ-Leitungen an den Schulen. Werden gegen Anträge Einwände erhoben, so sind diese dem betreffenden Schülern und deren Eltern durch die Direktoren der Schulen in persönlicher Aussprache noch vor der Weiterleitung der Anträge an den Kreisschulrat (Stadt-, Stadtbezirksschulrat) mitzuteilen und zu erläutern.

(3) Die Direktoren der Schulen übergeben ihre Vorschläge und die Anträge der Schüler jeweils bis zum 10. September an den Kreisschulrat (Stadt-, Stadtbezirksschulrat).

§ 5

(1) Die Entscheidung über die vorliegenden Vorschläge und Anträge trifft eine Kommission unter Leitung des Kreisschulrates (Stadt-, Stadtbezirksschulrates)...

§ 8

Beschwerdeverfahren

(1) Die Eltern haben das Recht, innerhalb von 2 Wochen nach Erhalt der Entscheidung beim Kreisschulrat (Stadt-, Stadtbezirksschulrat) Beschwerde gegen die getroffene Entscheidung einzulegen.

(2) Über die Beschwerde ist innerhalb von zwei Wochen nach ihrem Eingang zu entscheiden. Wird die Ablehnung aufrechterhalten, sind die Eltern darauf hinzuweisen, daß sie dagegen innerhalb von 2 Wochen Beschwerde beim zuständigen Bezirksschulrat einlegen können.

(3) Die Entscheidung des Bezirksschulrates ist endgültig.

Geschichte einer Schule

Man schrieb das Jahr 1914, als die vier Jahre zuvor eröffnete Pankower Lehrereinrichtung den Namen "Richard-Wagner-Lyzeum" erhielt. Im gewaltigsten Schulkomplex Berlins waren eine Gemeindeschule für Mädchen, dieselbe für Knaben, eine Fortbildungsschule, eine Hohe Schule sowie ein Direktorenhaus untergebracht.

Der Grundstein für dieses meisterhafte Bauwerk im Stil der deutschen Spätrenaissance wurde am 1.4.1909 gelegt; auf den Tag genau ein Jahr später konnten die ersten Klassen in das Gebäude einziehen, das sich durch weite Treppenhäuser, helle Räume, gewölbte Flure und eine kunstvolle Aula von vielen anderen seiner Zeit unterschied. Die Baukosten, einschließlich der prachtvollen Innenausstattung und des Kesselhauses, beliefen sich auf fast zwei Millionen Mark.



Im Grundriß dominierten vier Stockwerke. Damit war das Lyzeum fast höher als das Berliner Schloß. Doch Friedrich II., damaliger König von Preußen, hatte festgelegt, daß kein Berliner Gebäude höher als der Turm seines Schlosses zu sein hat. Die Turmspitze der Schule blieb respektvoll wenige Zentimeter unter dieser Vorschriftsmarke. Aber wehe, es setzte sich eine freche Taube auf die Wetterfahne ...

Nach dem ersten Weltkrieg bildete die Schulaula häufig den Treffpunkt der musikliebenden Kreise der Bevölkerung, die sich hier an Konzerten, Opern und manch anderen Leckerbissen ergötzen.

Dr. Fritz Gerloff - ab 1935 Oberschuldirektor - war es, der die Umbenennung des Lyzeums in "Anna-Magdalena-Bach-Schule" veranlaßte. Dieser Name wurde von den Faschisten als Synonym für Kraft, Meisterschaft und Herrlichkeit mißbraucht.

Der Plan, auf dem freien Gelände vor dem Hause ein Schwimmbad zu errichten, mußte während der Nazi Herrschaft fallengelassen werden - die Kriegsmaschinerie verschlang nicht nur das Geld für dieses Projekt.

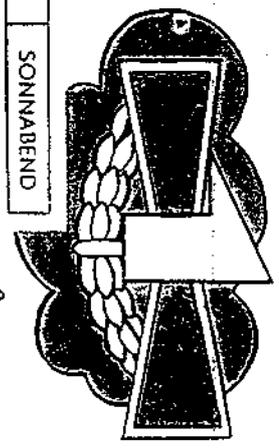
Von Kriegsschäden blieb der Komplex weitgehend verschont.

Am 2.12.1945 wurde die vorbereitende Versammlung zur Gründung einer einheitlichen demokratischen Jugendorganisation in Anwesenheit von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Erich Honecker in der Aula unserer Schule durchgeführt. Politische Aktionen gab es an unserer Bildungseinrichtung nicht wenige. Da waren beispielsweise die Rede Erich Weinerts 1946, die Verteilung von Flugblättern durch Schüler unserer Schule zur Unterstützung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, Wahlaufrufe und Demonstrationen 1955. Vier Jahre zuvor waren von 450 Jugendlichen 12 in der FDJ organisiert, die sich ihrer schweren Aufgabe bewußt waren und große Aktivitäten entwickelten.

Im Jahre 1958 wurde ein Patenschaftsvertrag mit dem VEB "Bergmann-Borsig" abgeschlossen, seitdem arbeiten Schüler aus der Schule dort.

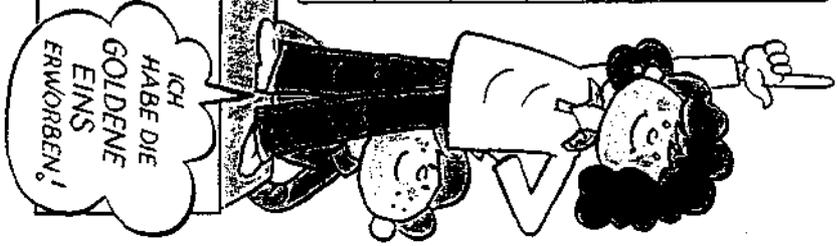
Heute lernen an der Erweiterten Oberschule "Carl von Ossietzky" etwa 200 junge Menschen. Die Hälfte der Schüler hat erweiterten Sprachunterricht in Russisch und Englisch.

Mein Stundenplan



ZEIT	MONTAG	DIENSTAG	MITTWOCH	DONNERSTAG	FREITAG	SONNABEND

STAATLICHE VERSICHERUNG DER DDR



Stundentafeln für die EOS 2.8.

2.8.

Anweisung zur Stundentafel
an erweiterten allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen

vom 16. Dezember 1980 (VuM 1981 Nr. 1 S. 1)

Zur weiteren Durchführung des Gesetzes vom 25. Februar 1965 über das einheitliche sozialistische Bildungssystem (GBI. I Nr. 6 S. 83) wird zur Stundentafel sowie zur Planung und Verwendung von Pflichtstunden der Lehrer an erweiterten allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen – einschließlich der Spezialklassen 11 und 12 –

angewiesen:

§ 1

(1) Der obligatorische, wahlweise obligatorische und fakultative Unterricht in Klasse 11 und 12 der erweiterten allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule wird ab Schuljahr 1981/82 auf der Grundlage folgender Stundentafel erteilt:

	Klasse 11		Klasse 12	
	1. Schul- halbjahr	2. Schul- halbjahr	1. Schul- halbjahr	2. Schul- halbjahr
Obligatorischer Unterricht				
Deutsche Sprache und Literatur		3		4
Russisch ¹⁾	5		3 ¹⁾	5
2. Fremdsprache ¹⁾	3		2	4
Mathematik		5		5
Physik		3		3
Chemie		2		3
Biologie		2		3
Geographie		2		—
Geschichte		3		—
Staatsbürgerkunde		1		2
Sport		2		2
	31	28	28	31
Wahlweise obligatorischer Unterricht				
wiss.-prakt. Arbeit	—		4	—
Kunsterz. oder Musik		1		1
	32	33	33	32
Fakult. Unterricht				
bis zu		3		3
Wochenstunden (insgesamt)				
bis zu	35	36	36	35

Anmerkung:

1) Die Nutzung der erhöhten Wochenstundenzahl in Russisch und in der 2. Fremdsprache bis zur Einführung neuer Lehrpläne ist in einer Direktive zu den jetzt gültigen Lehrplänen geregelt (Fremdsprachenunterricht 1981 H. 1 S. 7).

An alle Berliner
Gemeinden

Berlin am 04.11. 88

OFFENER BRIEF

In großer Sorge und Betroffenheit wenden wir uns an Gemeinden in einer Angelegenheit, die seit Wochen Beunruhigung, Angst und Empörung auslöst.

In der "Carl von Ossietzky" EOS in Berlin Pankow gab es eine Möglichkeit des freien Meinungsaustauschs, den man als beispielhaft bezeichnen kann. Dieser positive Ansatz ist nicht durchgehalten worden: Gegen einige Schüler, die sich kritisch und konstruktiv mit Gegenwartsfragen auseinandersetzen und dies in Artikeln zum Ausdruck gebracht haben, sind schwere Schulstrafen verhängt worden: Vier wurden von der Schule relegiert, zwei weitere wurden an andere Schulen versetzt, zwei erhielten einen Verweis. Diese Vorgänge, durch die das Vertrauen von Schülern mißbraucht wurde, fordern unseren Protest heraus. Wir wissen uns in diesem Protest einig mit vielen, die direkt und indirekt betroffen sind.

Mit Gemeindegliedern, weil wir als Christen nicht schweigen dürfen, wenn Unrecht geschieht, und weil Entmündigung, Unterstellungen und ungerechte Strafen im Widerspruch zum Evangelium stehen. Es gehört zu unserem Auftrag, dies in der Öffentlichkeit auszusprechen.

Mit Eltern, weil wir wollen, daß unsere Kinder zu aufrichtigen Menschen heranwachsen, deren Kreativität, Spontaneität und Ehrlichkeit nicht unterdrückt werden. Der Anpassungsdruck dem unsere Kinder ausgesetzt werden, schädigt die heranwachsende Generation und damit unsere ganze Gesellschaft.

Mit Pädagogen in Schulen, Kindergärten, Krippen und Heimen, weil über Unterschiede im pädagogischen und weltanschaulichen Ansatz hinweg, die Achtung vor der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen zu unser aller Berufsauffassung gehört. Es ist unverträglich, wenn Mitarbeiter der Volksbildung durch Falschinformation oder Einschüchterung daran gehindert werden, die Interessen Jugendlicher zu vertreten und sie partnerschaftlich in ihrem Ringen um weltanschauliche und politische Positionen zu begleiten.

Wir rufen dazu auf:

- sich und andere genau über die Vorgänge in der Ossietzky-Oberschule zu informieren und Meinungen dazu öffentlich zu diskutieren. (eine Dokumentation dazu liegt diesem Schreiben bei)
- das Thema Volksbildung verstärkt in die inhaltliche Arbeit der Gemeinden einzubeziehen. Dabei können die Erfahrungen von einzelnen und Gruppen genutzt werden, die seit langem an dieser Thematik arbeiten. (Wir sind ggf. bereit, Kontakte herzustellen)
- den Inhalt dieses Briefes und der Dokumentation in Gottesdiensten, Gruppen und anderen Gemeindeveranstaltungen bekanntzumachen und dafür auch die Veranstaltungen der Friedensdekade zu nutzen.
- das Gespräch mit allen zu suchen, deren Anliegen es ist, sich kritisch und konstruktiv mit unserem Bildungswesen auseinanderzusetzen - über weltanschauliche Grenzen und Gemeindegrenzen hinweg.

Dieser Brief wurde von Berliner Jugendmitarbeitern angeregt und formuliert. Die beiliegende Dokumentation stützt sich auf Aussagen Betroffener.

Mit Grüßen aus dem
Stadtjugendpfarramt

Anlage

Marianne Birkler Dr. Paul Fenzl

Kurze Darstellung der Ereignisse:

Am 11.09.1988 nehmen vier Schüler der Schule (Benjamin, Shenja-Paul, Alexander und Philipp) an der Veranstaltung zum internationalen Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen den Faschismus und imperialistischen Krieg mit zwei eigenen Transparenten teil. Die Aufschriften lauten "GEGEN FASCHISTISCHE TENDENZEN" und "NEONAZIS RAUS". Die Sicherheitskräfte stellen die Personalien der Schüler fest. Es ergibt sich eine rege Diskussion zwischen den Schülern, den Ordnern und den Umstehenden.

Am 12.9.1988 bringen die Schüler Shenja-Paul und Benjamin einen Artikel über die Ereignisse in Polen an der "Speakers Corner" an. Die sachliche Grundhaltung des Artikels, verstärkt durch zahlreiche ADN-Zitate wird von vielen Schülern gut aufgenommen. In den darauf folgenden Pausendiskussionen äußern zwei Schüler, daß die Polen faul seien und zum Arbeiten angetrieben werden müßten. Äußerungen, die trotz ihres Chauvinismus keine Beachtung bei der GOL (Grundorganisationsleitung der FDJ) und der Schulleitung finden.

Der Schüler Kai heftet wenige Tage später einen in Eigeninitiative gefertigten polemisierenden Artikel an die "Speakers Corner", in dem er die Notwendigkeit der Militärparade am 7. Oktober in Frage stellt. Die Schüler werden im Anhang aufgefordert, ihre Meinung zu äußern. Im Ergebnis einer mehrtägigen Diskussion, die durch den Artikel ausgelöst wurde, fertigt er (wieder ohne Absprache mit anderen) einen Nachdruck des Artikels an und reicht ihn als Unterschriftenliste herum. Als Kai bereits 37 Unterschriften gesammelt hat, ohne den Direktor Herrn F██████ zu informieren, bringt dieser seine Mißbilligung über die durch den Schüler gewählte Form zum Ausdruck. Herr F██████ bietet jedoch an, er würde sich für eine Anfrage an das zuständige Ministerium einsetzen. Voraussetzung sei jedoch die Aushändigung der Liste. Kai übergibt die Liste.

Mit Eltern, der Schüler, die den von Kai angefertigten Text unterschrieben haben, werden Termine für Gespräche vereinbart.

Am 21.9.1988 bringen Shenja-Paul, Benjamin, Alexander, Philipp und Wolfram unter der Überschrift "Ein Gedicht, das uns sehr beeindruckt und zum Nachdenken angeregt hat" ein Gedicht an der "Speakers Corner" an, das sie als waffenverherrlichend empfinden.

Am 21.9.1988 finden in den 12.Klassen die Wahlversammlungen der FDJ statt. Es wird heftig diskutiert. In der Klasse 12/1 werden Benjamin und Wolfram erneut in die FDJ-Leitung der Klasse gewählt. Auf dieser Wahlversammlung sind auch ein Vertreter der FDJ-Kreisleitung und der Direktor Herr F██████ anwesend.

Am 22.9.1988 (noch bevor alle Elterngespräche durchgeführt sind) werden die Schüler Kai, Katja, Philipp, Shenja-Paul und Benjamin in dieser Reihenfolge aus dem Unterricht geholt. An den nun folgenden Befragungen im Sekretariat nehmen der Direktor, die jeweiligen Klassenleiter, 2 Vertreter der GOL (Thomas H., Thomas T.), die Parteisekretärin Frau E██████ und 3 weitere Personen teil, die den Schülern nicht vorgestellt werden. Zwei der den Schülern unbekanntesten Personen protokollieren. Am nächsten Tag werden auf gleiche Weise Alexander und Wolfram

befragt. Die Befragung wird nach Aussage aller Schüler in einer scharfen Form durchgeführt, sie dürfen nicht aussprechen, haben das Gefühl, provoziert zu werden, es wird von ihnen verlangt, daß sie sich von den von ihnen geäußerten Meinungen in Zukunft distanzieren. Sie werden auf die Aufnahmebedingungen für die EOS verwiesen.

Am 26.9.1988 wird Benjamin für zwei Tage beurlaubt, damit die "Lage sich beruhigt und die Schulleitung sich über weitere Maßnahmen klarwerden kann". Herr F. spricht in Benjamins Klasse davon, daß Benjamin eine "Mängelphilosophie" vertrete und eine "nicht negative Lösung" für Benjamin nicht mehr denkbar sei. Es gäbe kein Problem "Unterschriftensammlung" mehr, sondern nur noch ein Problem "Benjamin". Die einzige Möglichkeit, die Benjamin hätte, wäre, alles zurückzunehmen.

Die Schüler (Katja, Philipp, Alexander, Shenja-Paul, Georgia und Kai) schreiben einen Brief an den Direktor in dem sie mitteilen, daß sie das Gefühl haben, daß Benjamin für Meinungen bestraft werden soll, die sie mitgetragen haben, über die sie weiter diskutieren wollen und für die sie mit Benjamin gemeinsam die Konsequenzen tragen wollen.

Am 27.09.1988 wird der Brief dem Direktor übergeben. Auf einer der Sitzungen der GOL, die inzwischen in kurzen Abständen und auch während des Unterrichts tagt, wird vom Direktor der Brief verlesen. Es wird über Relegierung und FDJ-Ausschluß gesprochen. Der FDJ-Ausschluß wird von der GOL für Benjamin, Katja, Philipp und Kai empfohlen.

Am 28.09.1988 wird das für diesen Tag angesetzte "Polen-Forum" abgesetzt. Den 7 Schülern wird mitgeteilt, daß die für den 29.09. angekündigten Aussprachen mit der GOL nicht stattfinden werden. Statt dessen werden außerordentliche FDJ-Mitgliederversammlungen für die Klassen Kais, Katjas, Philipps und Benjamins von der GOL festgelegt.

Auf den am 29.09.1988 nacheinander stattfindenden Mitgliederversammlungen werden Ausschlußverfahren aus der FDJ durchgeführt. An den Versammlungen nehmen 1 Vertreter der Kreisleitung der FDJ; des Patenbetriebes, des Elternaktives, 2 Vertreter der GOL, der jeweilige Klassenleiter, der Direktor Herr F., die Parteisekretärin Frau E. und Frau N. als Gäste teil. Philipp, Kai und Katja werden auf ihren jeweiligen FDJ-Versammlungen aus der FDJ ausgeschlossen. In Benjamins Klasse, auf die ebenfalls massiver Druck ausgeübt wird, kann der FDJ-Ausschluß nicht durchgeführt werden, da die notwendige 2/3 Mehrheit nicht erreicht wird. Mehrere der gegen den Ausschluß stimmenden Schüler brechen in Tränen aus. Der Vertreter der Kreisleitung der FDJ spricht von "antisozialistischer Plattformbildung im Blauhemd". Man bemühe sich, um jeden zu kämpfen (z.B. um Grabschänder, Skinheads u.a.), aber in diesem Fall müßte die Trennung von eindeutig staatsfeindlichen Schülern erfolgen. In keiner der Klassen können die von den Ausschlußverfahren betroffenen Schüler ausführlich Stellung nehmen. Ihre Einwände werden abgetan.

Am 30.9.1988 findet in der Aula der Schule eine außerordentliche Schulversammlung statt. Die Schüler müssen einzeln vortreten. Philipp, Kai, Katja und Benjamin wird nacheinander mitgeteilt, daß gegen sie ein Relegierungsverfahren eingeleitet wurde. Die Schüler werden beurlaubt und müssen den Raum verlassen. Philipp geht schweigend. Ebenso Benjamin. Kai bittet ums Wort, soll aber nicht reden. Er sagt trotzdem, daß er alles als sehr ungerecht empfindet. Dann wird er von einem Lehrer und einem Schüler aus dem Raum gebracht. Danach muß Katja gehen.

Jemand meldet sich und sagt, daß mit dem Ausschluß aus der FDJ keine Schulausschluß gewollt habe. Diese Erklärung bekräftigen viele Schüler durch Beifall. Zahlreiche Mitschüler der Betroffenen weinen. Alexander muß vortreten. Ihm wird ein Verweis erteilt. Er sagt, daß er sich für diese Schule schämt. Wenn er sich für diese Schule schäme, sagt der Direktor Herr F., könne er auch gehen. Auch Alexander geht. Shenja Paul wird die Erteilung eines Verweises und die Umschulung mitgeteilt. Auch er geht.

So sehen wir das

Anmerkungen zur derzeitigen Situation in der VR Polen

Am 15.8. dieses Jahres traten etwa 500 Arbeiter einer Kohlengrube in der Wojewodschaft Katowice in den Streik. Noch am selben Tag erklärte der Bezirksstaatsanwalt den Streik für illegal. Gibt es in der VR Polen auch legale Streiks?

Der Streik weitete sich zwischenzeitlich auf 12 Gruben, die Leninwerft in Gdansk, den Szczeciner Hafen, das Industriekombinat Stalowa Wola, das Zentrum des polnischen Schiffbaus Gdynia und die Verkehrsbetriebe Szczecins aus. Bei den Streiks handele es sich laut PAP um "Versuche von Provokateuren, das Leben zu desorganisieren und Unruhe zu stiften". "Eine Rückkehr zur Anarchie zu vergangenen Strukturen könne es nicht geben." Auf die Frage eines holländischen Journalisten sagte Regierungssprecher Urban, daß "zu einer Zeit, in der Lech Walesa einen Streik auf der Werft durchführt, Fragen nach Gesprächen mit Walesa nicht zeitgemäß sind". Weiterhin erklärte Urban: "Es gibt keine politischen Gespräche vor der Streikpistole". Doch eine Woche später traf sich der Innenminister Polens, Waffengeneral Kiszczak, mit Lech Walesa.

Noch am 24. August wurden die Organisatoren der Streiks als "Führer illegaler politischer Strukturen" bezeichnet, die sich in "sogenannten und selbsternannten Streikkomitees" zusammengeschlossen hätten. Eine Woche später beteuerte Kiszczak die Gesprächsbereitschaft der Regierung mit "den Vertretern der verschiedenen gesellschaftlichen und Arbeiterkreise", weder für die "Thematik solcher Gespräche, noch für die Zusammensetzung des Teilnehmungskreises stelle er Vorbedingungen". Zu diesem Zeitpunkt nielten die Streiks noch an, also doch Gespräche vor der "Streikpistole"?

Ein Ergebnis der "Zwischenfälle, die die Produktion behinderten" war eine Tagung des Politbüros des ZK der PVAP auf der "die tiefe Besorgnis" über "krasse Ungleichheiten der Einkünfte, aber auch die Ergebnisse der Preis-Einkommenspolitik und die Tendenz der Inflation" geäußert wurde. Es sei die Beseitigung dessen erforderlich, was sich als kränklich und ineffektiv erwiesen hätte. Als dringende Aufgaben betrachtet das Politbüro die Überwindung der Bedrohungen für die Existenzbedingungen der **Menschen, die Verbesserung der Versorgung des Marktes und das Aufhalten der Inflationsspirale**. Unerlässlich sei "... die fleißige Vorbereitung eines Paketes von Sofortmaßnahmen sowie eines Programms zur Konsolidierung der Volkswirtschaft". Der Streik kostete 50 Milliarden Sloty. Doch wieviel kostete das Land die bisherige Wirtschaftspolitik? Nur durch diese Wirtschaftspolitik konnte es zu Beginn der 80-iger Jahre zu einer solch desolaten Situation und im August zu den Streiks kommen. Das Eingeständnis der katastrophalen, sozialen Situation enthüllt die ökonomische Basis und damit die moralische Berechtigung der Streiks. Die Sofortmaßnahmen, das neue Wirtschaftsprogramm und

die Beteiligung der Arbeiteropposition an Gesprächen sollten als positive Konsequenzen der Streiks angesehen werden, die auf wirtschaftliche Gesundung und damit auf menschenwürdigere soziale Bedingungen hoffen lassen. Wir meinen, daß eine Machtbeteiligung der Solidarnocs und anderer oppositioneller Kräfte unerlässlich ist, damit diese Reformen nicht, wie so oft in der 40jährigen Geschichte der Volksrepublik Polen, im Sande verlaufen.

(Dieser Artikel wurde von Benjamin und Shenja-Paul erarbeitet.)

Rekonstruktion des Textes an der Speakers Corner, da Original nicht mehr vorhanden.

"In wenigen Wochen ist es soweit. Auf den Strassen Berlins werden riesige Geschosse aufgeföhren, todbringende Waffen zur Schau gestellt. Die Panzer rollen in einer Zeit über die Strassen, da gerade vertrauensbildende Massnahmen eine gemeinsame Sicherheit schaffen sollen. In einer solchen Zeit ist das öffentliche Vorföhren militärischer Stärke, das laute Bekunden der Abschreckung, schädlich für die politische Schönwetter-Phase, die vielleicht historisch sein könnte. Es passt auch nicht in die Friedenspolitik der DDR. Dem internationalen Ansehen der DDR sowie dem gesamten Friedensprozess würde ein Verzicht auf die Militärparade am 7.10. guttun."

So sehen wir das

Anmerkungen zur derzeitigen Situation in der VR Polen

Am 15.8. dieses Jahres traten etwa 500 Arbeiter einer Kohlengrube in der Wojewodschaft Katowice in den Streik. Noch am selben Tag erklärte der Bezirksstaatsanwalt den Streik für illegal. Gibt es in der VR Polen auch legale Streiks?

Der Streik weitete sich zwischenzeitlich auf 12 Gruben, die Leninwerft in Gdansk, den Szczeciner Hafen, das Industriekombinat Stalowa Wola, das Zentrum des polnischen Schiffbaus Gdynia und die Verkehrsbetriebe Szczecins aus. Bei den Streiks handele es sich laut PAP um "Versuche von Provokateuren, das Leben zu desorganisieren und Unruhe zu stiften". "Eine Rückkehr zur Anarchie zu vergangenen Strukturen könne es nicht geben." Auf die Frage eines holländischen Journalisten sagte Regierungssprecher Urban, daß "zu einer Zeit, in der Lech Walesa einen Streik auf der Werft durchführt, Fragen nach Gesprächen mit Walesa nicht zeitgemäß sind". Weiterhin erklärte Urban: "Es gibt keine politischen Gespräche vor der Streikpistole". Doch eine Woche später traf sich der Innenminister Polens, Waffengeneral Kiszczak, mit Lech Walesa.

Noch am 24. August wurden die Organisatoren der Streiks als "Führer illegaler politischer Strukturen" bezeichnet, die sich in "sogenannten und selbsternannten Streikkomitees" zusammengeschlossen hätten. Eine Woche später beteuerte Kiszczak die Gesprächsbereitschaft der Regierung mit "den Vertretern der verschiedenen gesellschaftlichen und Arbeiterkreise", weder für die "Thematik solcher Gespräche, noch für die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises stelle er Vorbedingungen". Zu diesem Zeitpunkt nielten die Streiks noch an, also doch Gespräche vor der "Streikpistole"?

Ein Ergebnis der "Zwischenfälle, die die Produktion behinderten" war eine Tagung des Politbüros des ZK der PVAP auf der "die tiefe Besorgnis" über "krasse Ungleichheiten der Einkünfte, aber auch die Ergebnisse der Preis-Einkommenspolitik und die Tendenz der Inflation" geäußert wurde. Es sei die Beseitigung dessen erforderlich, was sich als kränklich und ineffektiv erwiesen hätte. Als dringende Aufgaben betrachtet das Politbüro die Überwindung der Bedrohungen für die Existenzbedingungen der **Menschen, die Verbesserung der Versorgung des Marktes und das Aufhalten der Inflationsspirale**. Unerlässlich sei "... die fleißige Vorbereitung eines Paketes von Sofortmaßnahmen sowie eines Programms zur Konsolidierung der Volkswirtschaft". Der Streik kostete 50 Milliarden Sloty. Doch wieviel kostete das Land die bisherige Wirtschaftspolitik? Nur durch diese Wirtschaftspolitik konnte es zu Beginn der 80-iger Jahre zu einer solch desolaten Situation und im August zu den Streiks kommen. Das Eingeständnis der katastrophalen, sozialen Situation enthüllt die ökonomische Basis und damit die moralische Berechtigung der Streiks. Die Sofortmaßnahmen, das neue Wirtschaftsprogramm und die Beteiligung der Arbeiteropposition an Gesprächen sollten als positive Konsequenzen der Streiks angesehen werden, die auf wirtschaftliche Gesundung und damit auf menschenwürdigere soziale Bedingungen hoffen lassen. Wir meinen, daß eine Machtbeteiligung der Solidarnosc und anderer oppositioneller Kräfte unerlässlich ist, damit diese Reformen nicht, wie so oft in der 40jährigen Geschichte der Volksrepublik Polen, im Sande verlaufen.

(Dieser Artikel wurde von Benjamin und Shenja-Paul erarbeitet.)

Berliner Zeitung, 18.8.1988

Grubenstreik im Katowicer Revier

Warschau. ADN

Etwa 500 Beschäftigte einer Kohlengrube in Jastrzebie-Zdroj (Wojewodschaft Katowice) sind am Montagabend nicht zur Nachtschicht erschienen und in den Streik getreten, berichtete die polnische Nachrichtenagentur PAP. Dem Ausstand habe sich die Fröhschicht Dienstag morgen angeschlossen. Die Organisatoren des Streiks hätten einen Forderungskatalog von 21 Punkten aufgestellt. Gesprächsangebote der Direktion und der Gewerkschaften seien bisher zurückgewiesen worden. Der Streik habe eindeutig politischen Charakter, heißt es bei PAP. Die ökonomischen Forderungen betrafen nur die politischen. Der Bezirksstaatsanwalt habe den Streik für illegal erklärt, da er unter Verletzung des Gewerkschaftsgesetzes organisiert worden sei. Als der Aufforderung des Direktors der Grube, die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht nachgekommen worden sei, habe er die Schließung der Grube verfügt.

Neues Deutschland, 19.8.1988

Politbüro des ZK der PVAP:

Streiks vertiefen die Schwierigkeiten im Lande

Ausstand in polnischen Kohlegruben dauert weiter an

Warschau (ADN). Streiks und damit einhergehende Forderungen nach Wiederherstellung der Situation wie in den Jahren der völligen Desorganisation des Landes könnten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens nur vertiefen und die Prozesse der Reform und der nationalen Verständigung hemmen, heißt es laut PAP in einer Mitteilung über die jüngste Sitzung des Politbüros des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) in Warschau. Die Zwischenfälle, die die Produktion behindern, zögerten die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern nur hinaus. Der Schutz der Grundinteressen der Gesellschaft sei die wichtigste Pflicht der Partei und der Organe des sozialistischen Staates. Eine Rückkehr zur Anarchie, zu vergangenen Strukturen könne es nicht geben.

Die Stimme der Arbeitskollektive müsse Ausgangspunkt für eine vernünftige Lösung strittiger und komplizierter Fragen unter Berücksichtigung der staatlichen und ökonomischen Interessen und Möglichkeiten der Betriebe sein, wird betont. Es dürften keine Lohnerhöhungen zugelassen werden, die nicht durch eine entsprechend hohe Produktion und Arbeitsproduktivität begründet seien.

Warschau (ADN). Der Streik eines Teils der Belegschaft der Grube „Manifest „Lipcowy“ in Jastrzebie-Zdroj (Wojewodschaft Katowice) dauerte auch am Donnerstagvormittag an, berichtete PAP. Außerdem hätten Teile der Belegschaft der Grube „Morcinek“ die Arbeit niedergelegt. Am Vortage begonnene Gespräche waren wegen neuer Forderungen der Streikenden unterbrochen worden.

Wie PAP weiter berichtete, kam es im Szczeciner Hafen am Mittwoch und Donnerstag zu Arbeitsniederlegungen. Durch einen Streik der Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe sei auch der innerstädtische Busverkehr zum Erliegen gekommen.

Der polnische Arbeitsminister Ireneusz Sekula hat am Donnerstag die Betriebsdirektoren aufgefordert, gegenüber Teilnehmern illegaler Streiks, die geltenden Gesetze konsequent anzuwenden, meldete PAP. Zu den gesetzlichen Möglichkeiten zähle neben finanziellen Konsequenzen auch die Entlassung. Gleichzeitig habe der Minister die Möglichkeit eingeräumt, von Sanktionen Abstand zu nehmen, wenn die beteiligten Arbeiter spätestens bis zum 19. August die Arbeit wiederaufnehmen.

Urban: Kein Gespräch vor der Streikpistole

Fragen nach Dialog mit Walesa nicht zeitgemäß

Warschau. ADN
Regierungssprecher Jerzy Urban hat die Frage eines holländischen Journalisten zu Gerüchten über die Möglichkeit von Gesprächen zwischen Vertretern der polnischen Regierung und Lech Walesa vor der Auslandspresse in Warschau beantwortet. „Die Staatsorgane betonten seit Jahren unverändert“, sagte Urban, „daß wir nicht danach fragen, woher jemand kommt, sondern nur, womit er kommt — mit gutem Willen, mit Verständigungsbereitschaft, mit kompromißbarem Standpunkt. Auf einer solchen Plattform sind wir bereit, mit jedem Bürger zu sprechen. Aber zu einer Zeit, zu der Lech Walesa einen Streik auf der Werft durch-

führt, sind Fragen nach Gesprächen mit Walesa nicht zeitgemäß. Für diese Gespräche müßte man vielleicht die Werftmauer überspringen. Es gibt keine politischen Gespräche vor der Streikpistole.“

UdSSR-Sprecher:

Ereignisse in Polen sind beunruhigend

Moskau. ADN
Die Sowjetunion verfolge aufmerksam die gegenwärtige Situation in Polen, erklärte der Sprecher des UdSSR-Außenministeriums, Gennadi Gerassimow, auf einer Pressekonferenz in Moskau. Er bezeichnete die Ereignisse als beunruhigend.

Kiszczak bekräftigt Gesprächsbereitschaft

Warschau. ADN
Der polnische Innenminister Czeslaw Kiszczak hat Freitag seine Bereitschaft zu Gesprächen mit „Vertretern der verschiedenen gesellschaftlichen und Arbeiterkreise“ bekräftigt. In einer am Abend im polnischen Fernsehen verlesenen Erklärung betonte er, die Aussicht auf ein baldiges Ende der illegalen Streiks schaffe eine neue Situation. Er sei zu einem Treffen in möglichst kurzer Frist bevollmächtigt. Weder für die Thematik solcher Gespräche, noch für die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises stelle er Vorbedingungen. Ausgeschlossen seien lediglich jene, die die Rechts- und Verfassungsordnung der Volksrepublik Polen ablehnen.

Polnischer Innenminister sprach mit Lech Walesa

Warschau. ADN
Der Innenminister der Volksrepublik Polen, Waffengeneral Czeslaw Kiszczak, ist gestern in Warschau mit Lech Walesa zusammengetroffen, berichtet PAP. An dem Gespräch nahmen Bischof Jerzy Dabrowski und Stanislaw Ciosek, Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der PVAP und Generalsekretär des Landesrates der Patriotischen Bewegung der nationalen Wiedergeburt (PRON), teil. Gegenstand der Unterredung waren laut PAP Voraussetzungen für die Vorbereitung von Rundtischgesprächen sowie die Art und Weise ihrer Durchführung.

Große Produktionsausfälle durch Streiks in Polen

Situation steuert auf eine gefährliche Grenze zu

Warschau. ADN/BZ

Über die südpolnische Stadt Jastrzebie-Zdroj in der Wojewodschaft Katowice ist gestern eine nächtliche Ausgangssperre von 23.00 bis 5.00 Uhr verhängt worden, berichtet PAP. Die Anordnung stützt sich auf eine Weisung des polnischen Innenministers, der am Montag die Wojewoden von Katowice, Gdansk und Szczecin zu solchen Maßnahmen ermächtigt hatte, wenn die Sicherheit der Bürger bedroht ist.

Regierungssprecher Jerzy Urban teilte auf einer Pressekonferenz in Warschau mit, im Zusammenhang mit den illegalen Streiks seien bisher 49 Personen festgenommen worden. Er kündigte an, daß sich der Sejm am 31. August mit der Lage befassen werde.

Die illegalen Arbeitsniederlegungen, die in der Grube „Manifest Lipcowy“ in Jastrzebie-Zdroj in der vorigen Woche begonnen hatten, weiteten sich bis gestern auf zwölf Zechen der Wojewodschaft Katowice aus. Wie es bei PAP heißt, hätten in den Gruben „Marcel“ in Wodzislaw-Slaski und „Lenin“ in Myslowice etwa 700 der nahezu 14 000 Bergleute die Arbeit unterbrochen.

Die illegalen Aktionen haben im Katowicer Revier laut PAP bislang zu Förderrückständen von 417 600 Tonnen Steinkohle geführt, darunter 121 000 Tonnen für den Export bestimmte im Wert von rund sechs Millionen Dollar. Die Produktionsausfälle gingen zu Lasten der Bevölkerung und beeinträchtigten die Winterbevorratung der Energiewirtschaft. In der Grube „Andaluzja“ in Piekary Slaskie hätten am Dienstag arbeitswillige Bergleute der Spätschicht die geschlossenen Tore aufgestoßen und sich Zutritt zu ihren Arbeitsplätzen verschafft. Der Werkschutz habe Posten bezogen. Mit Vorarbeiten zur Wiederaufnahme der Förderung sei begonnen worden, hieß es bei PAP.

In anderen Betrieben Polens hat es hingegen weitere Versuche gegeben, illegale Streiks zu organisieren, meldete der polnische

Rundfunk. Unverändert sei die Lage im Hafen von Szczecin, wo die Be- und Entladearbeiten ruhen. Auf der Gdanskter „Lenin“-Werft dauere die Besetzung von Teilen des Werkgeländes durch mehrere hundert Personen an. In Poznan scheiterten am Widerstand der Arbeiter Versuche einer Gruppe von Provokateuren, den Haupteingang der Cegielski-Werke in ihre Gewalt zu bringen und eine allgemeine Arbeitsniederlegung auszurufen. Im Wroclawer Reparaturwerk für Eisenbahnwaggons wurde gestern nach Gesprächen zwischen der Werkleitung und Werkträgern eine ein-tägige Arbeitsunterbrechung beendet.

Die Lage im städtischen Nahverkehr von Szczecin beginne sich zu normalisieren, sagte Regierungssprecher Urban. Busse und Straßenbahnen hätten teilweise den Verkehr wieder aufgenommen. Es seien auch Transportmittel aus anderen Städten sowie von der Armee gestellte Fahrzeuge eingesetzt worden.

Nach Einschätzung der Zeitung „Zolnierz Wolnosci“ bewegen sich die illegalen Streiks auf eine gefährliche Grenze zu. Sie berührten das Recht des Menschen zu arbeiten, wenn er arbeiten wolle. Die zweite Grenze sei das nationale Interesse und die Sicherheit Polens. Es mehrten sich Anzeichen, daß die Arbeitsniederlegungen gesteuerte Aktionen sind. In die Bergwerke drängten Führer illegaler politischer Strukturen, die versuchten, den Gang der Ereignisse in die Hand zu bekommen. Sie verbreiteten Flugblätter und anderes Propagandamaterial.

Politbüro des ZK der PVAP tagte

Warschau. ADN

Das Politbüro des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei hat gestern in Warschau getagt. Wie das polnische Fernsehen am Abend berichtete, sei die gesellschaftlich-politische Situation im Lande erörtert worden.

Berliner Zeitung, 7.9.1988

Polen: Streiks kosteten fast 50 Milliarden Zloty

Warschau. ADN

Durch die illegalen Streiks wurden in Polen nach vorläufigen Schätzungen Schäden in Höhe von 49,3 Milliarden Zloty und 18 Millionen Dollar verursacht. Das teilte gestern in Warschau Regierungssprecher Jerzy Urban mit. Die größten Einbußen gebe es bei der Kohleförderung sowie bei der Produktion von Koks und Hütten-erzeugnissen. Weitere Verluste drohten durch verschiedene Zahlungsverpflichtungen, wegen verzögerter Ent- und Beladung von Schiffen und anderer Dienstleistungen des Landes als Transitpartner und Kohleexporteur.

"In wenigen Wochen ist es soweit. Auf den Straßen Berlins werden riesige Geschosse auffahren, todbringende Waffen zur Schau gestellt. Die Panzerrollen in einer Zeit über die Straßen, da gerade vertrauensbildende Maßnahmen eine gemeinsame Sicherheit schaffen sollen. In einer solchen Zeit ist das öffentliche Vorführen militärischer Stärke, das laute Bekunden der Abschreckung, schädlich für die politische Schönwetter-Phase, die vielleicht historisch sein könnte. Es paßt auch nicht in die Friedenspolitik der DDR. Dem internationalen Ansehen der DDR sowie dem gesamten Friedensprozeß würde ein Verzicht auf die Militärparade am 7.10. guttun."

Kai F. [REDACTED], 11. Klasse

Name	Klasse	Unterschrift
------	--------	--------------

Abschrift des Artikels (Plakat) von Kay F. [REDACTED] an der Wandzeitung der EOS "Carl von Ossietzky" am Dienstag, 13.09.1988

In wenigen Wochen

Ist es so weit!

Im Zentrum Berlins

werden rissige Geschosse ausgefahren
todbringende Waffen zur Schau gestellt.

Die Panzer rollen in einer Zeit über die Straßen Berlins
da gerade vertrauensbildende Maßnahmen eine gemeinsame
Sicherheit in Europa schaffen sollen.

In einer solchen Zeit ist das öffentliche Vorführen
militärischer Stärke, das laute Bekunden von Abschreckung
ungesund für die politische Schönwetterphase, die vielleicht
historische werden kann.

Es paßt auch nicht in die Friedenspolitik der DDR.

Dem internationalen Ansehen der DDR sowie dem gesamten Friedens-
Prozeß würde ein

Verzicht auf die
Militärparade

am 7. Oktober guttun.

Eure Meinung?

Dafür sollten wir uns einsetzen.

Das ist nicht direkt verkehrt!

Das wäre ein guter Schritt Kay F. [REDACTED]

Es sei hier noch einmal betont, daß es sich nicht um Statusfragen
handelt.

Folgende Unterschriften sind erkennbar

Ganz meine Meinung -

Grit M. [REDACTED]

Katja I. [REDACTED]

Richtig -

Yvonne O. [REDACTED]

Das ist nicht direkt verkehrt - Ulrike L [REDACTED]
Dafür sollten wir uns einsetzen - Andreas G [REDACTED]
Ein Thema über das geredet werden muß,
aber nicht anonym - Andrea F [REDACTED]
Ich bin auch der Meinung - Gunner U [REDACTED]

Ohne Meinung nur Unterschriften

Clementine S [REDACTED]

Kay H [REDACTED]

Petra Z [REDACTED]

- später Artikel selbst (Anlage 2)

Georgia v [REDACTED] C [REDACTED]

Annett M [REDACTED]

Henriette S [REDACTED]

Philipp L [REDACTED]

Irene D [REDACTED]

Ronny B [REDACTED]

Meinungen, die nach dem Plakat an der Wandzeitung erschienen

I. Seit einigen Tagen werden an unserer Schule intensiv Unterschriften gesammelt über ein Thema, über das es sich zu diskutieren lohnt. Aber mich würde, und nicht nur mich, sondern auch einen Teil derjenigen, die unterschrieben haben, interessieren, wie diese Unterschriften genutzt werden. Welchen Zweck haben diese Unterschriften? Werden sie wirklich genutzt, um unseren Unwillen über Militärparaden zum Ausdruck zu bringen?

Ich schenke dem keinen Glauben!

Jan B. [REDACTED], geb. [REDACTED], 1970, wohnhaft [REDACTED]

Berlin, 1115

II. Warum verfallen wir wieder mal in eine unsachliche Art und Weise der Diskussion?

Warum weist sich der Verfasser bzw. Urheber dieses Gedichts nicht deutlich aus?

Zwei Fragen, die wir sowohl im Interesse einer weiteren, offenen und freien Diskussion beachten sollten. Wir sind voll und ganz für demokratische Diskussion, aber die GOL wendet sich gegen unsachliche, vordergründige Propaganda. Freilich kann man die Durchführung von Militärparaden unterschiedlich beurteilen, aber zwei Dinge stehen fest:

- Es ist weder 5 Minuten vor 12

(es ist auch nicht soweit - wie weit eigentlich?)

- noch demonstriert die NVA am 7.10. Angriffstärke.

In einer Zeit, in der sich westlichen Seiten mit beiderseitiger Abrüstung sehr schwer tun, gehört eine starke Verteidigungsarmee leider noch zum Sozialismus.

T. [REDACTED] 12/3

Torsten T. [REDACTED] geb. [REDACTED]. 1970, wohnhaft [REDACTED]
[REDACTED], Berlin 1107

III. Zur Meinung der Klasse 11/5 zum 7. Oktober

Nichts gegen Meinungsäußerungen, aber ich glaube, daß die Argumentation, wie sie hier geführt wurde, eine Provokation ist.

Diese Äußerung zeigt, daß derjenige sich mit den aktuellpolitischen Ereignissen in der Welt noch nie sinnvoll auseinandergesetzt hat. Mir scheint eher, daß hier gegnerische Meinungen zum Ausdruck kommen, da sich unsere Presse zu diesen Fragen offen und kritisch auseinandergesetzt.

Ganz aktuell bekräftigte Genosse Honecker, daß wir als Staat in der sozialistischen Staatengemeinschaft den Fragen der Verteidigungsbereitschaft nach wie vor große Aufmerksamkeit schenken müssen.

Belegend doch Tatsachen, aus den letzten Tagen diese Notwendigkeiten. Erinnern möchte ich an das seit dem 2.9. - 23.9. in mehreren Etappen verlaufende Manöver "Autumu Forge 88", an welchen insgesamt 500 000 Mann beteiligt sind. Das zeugt davon, daß von den NATO - Staaten, allem voraus die USA, keine ernsthaften Bemühungen unternommen werden, die Politik der friedlichen Koexistenz, die Fragen der allseitigen Abrüstung zu realisieren.

Zu den weiteren aufgeworfenen Problemen meine ich: Unsere NVA ist eine Armee des Volkes und zum Schutz unserer Grenze notwendig.

Warum soll demnach an einem Staatsfeiertag, wie der 7. Oktober, nicht auch unsere Armee mit ihren Waffengattungen ihre Verbundenheit bekunden?

Um gewisse ideologische Unklarheiten beseitigen zu helfen, bei den Schülern der Klasse 11/5, empfehle ich ausgehend vom beiliegenden Zeitungsartikel - ND vom 2.9.1988 - sich mit dieser Thematik einmal zu beschäftigen.

Kathrin B. [REDACTED], 12/1 geb. [REDACTED].1970, wohnhaft [REDACTED] Berlin, 1115

- . dazu hatte die Schülerin die Artikel aus dem ND vom 2.9.1988 geheftet: "Brauchen wir die NVA?"
- . "Pentagon ordnet Bau neuer Nuklearraketen und Atombomben an."

IV. Zum Thema "Verzicht auf Militärparade"

Um es gleich vorneweg zu sagen, ich bin für den Verzicht auf Militärparaden, deshalb habe auch ich meine Unterschrift unter diesen Aufruf gesetzt. Wenn die NVA die Verbundenheit mit dem Staat zeigen will, daß die Armee hinter dem Staat steht, kann man das nicht auch in einem anderen Rahmen gestalten?

Doch ein Einwand, wenn es wirklich nur das Ziel war, daß man anderer Leute - Meinung erfragt zur Militärparade, warum dann in solch einer provokatorischen, hetzerischen Aufmachung? Verzicht auf Militärparade ja - aber nicht in solchem Rahmen!

Petra Z. [REDACTED] 12/2 geb. [REDACTED].1971, wohnhaft [REDACTED]
Berlin, 1110

V. Billige Anmache oder Suche nach Gründen und Ursachen?

Um es gleich vorwegzuschicken: Auch mir erschließt sich der Sinn von Militärparaden in unserer Hauptstadt nicht auf den ersten Blick. Ja, ich bin davon überzeugt, daß sie über kurz oder lang nicht mehr zu unserem Traditionsverständnis gehören werden.

Aber:

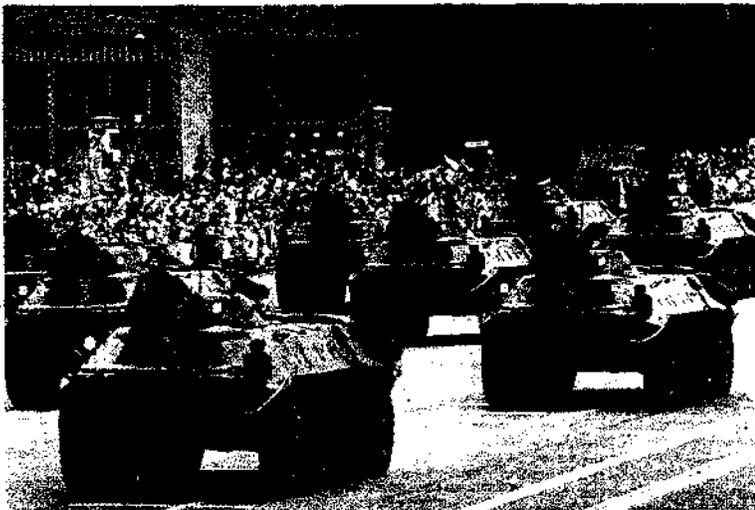
Die Art und Weise, wie hier zum Nachdenken angeregt werden soll, scheint mir nicht als Grundlage für eine Diskussion und eine gemeinsame Suche nach einer Antwort auf die aufgeworfenen Fragen geeignet. Hier wird auf eine reißerische Art unserem Staat Säbelrasseln, ja Doppelzügigkeit unterstellt. Und dagegen verwahre ich mich!

Bevor man urteilt, sollte man sich sachkundig machen. Die erste FDJ-Mitgliederversammlung der Klasse 11/5 hat sich u.a. auch mit dieser Frage beschäftigt und beschlossen, sich mit dem Problem an die "Junge Welt" zu wenden, um von kompetenten Leuten Auskunft zu erhalten. Wir werden Euch über die Antwort informieren.

Petra L. [REDACTED]
Klassenleiterin, 11/5

14.09.1988

Ehrenparade der Nationalen Volksarmee zum Nationalfeiertag



Paradebilder: Moderne Schützenpanzerwagen des traditionsreichen mot. Schützenregiments „Mans Beimler“, das enge Waffenbrüderschaftsbeziehungen zu sowjetischen und tschechoslowakischen Einheiten unterhält. Belohnung nach dem Marsch...

Des Volkes Soldaten demonstrierten die Kraft des Friedens

Vierzigminütiges Defilee in der Berliner Karl-Marx-Allee / Herzliche Begegnungen am Rande

Von unseren Berichterstattern Peter Rax, Bernd Vetter (Text), Hans-Jürgen Horn und Reinhard Kaufhold (Fotos)

7. Oktober — der Himmel hat nach einer stürmischen Nacht seine Schleusen geschlossen, und in der Berliner Karl-Marx-Allee zeigt sich wenige Minuten vor 10.00 Uhr Tausenden Berlinern und ihren Gästen im Spalier ein längst vertrautes Bild. Marschformationen und motorisierte Einheiten unserer Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR sind zu ihrer traditionellen Ehrenparade angetreten. Die zehn Glockenschläge vom Turm des Roten Rathauses eröffnen das gewiß Tage und Wochen geübte militärische Zeremoniell. Der Kommandierende der Ehrenparade, Generaloberst Horst Stechbarth, meldet Armeegeneral Heinz Kehler die angetretenen Einheiten. Durch die Allee schallt unüberhörbar das dreifache Hurra der Soldaten, die sich so für die Glückwünsche des Verteidigungsministers zum Nationalfeiertag bedanken.

Eröffnet wird das Marschband von Offiziershörern der Militärakademie „Friedrich Engels“ und FDJlern in Uniform der Offiziershochschulen „Ernst Thälmann“, „Franz Mehring“, „Rosa Luxemburg“ und „Karl Liebknecht“.

Exerzierschritt in exakt ausgerichteten Zwölfer-Reihen, weiße Handschuhe, Blick zur Tribüne. Nein, ein unterhaltsamer Auftritt der Armee ist die Ehrenparade nicht. Geht es doch den Soldaten auf der Allee in ihren Geländewagen, Schützenpanzern und Panzern und den Tausenden im Spalier gemeinsam um eine ernste Sache — den Frieden. Das Ringen darum ist im Soldatenalltag auch für die Parade-Soldaten weniger beschaulich. Da muß sich mancher der weit über 20jährigen fürs Militärspori- oder Bestenabzeichen doch schon arg schinden. Und wieviel Training, wieviel Schwelb, wieviel Enttäuschungen mögen allein hinter der Note 1 für Führung und Schießen der Panzer

aus dem Regiment „Julian Marchlewski“ stecken? Wofür diese Anstrengungen? Damit wir einmal zuerst schießen können? Nein! Uns geht es darum, nie schießen zu müssen.

Die antimilitaristische, antischiessische, antikrieglerische Tradition unserer Streitkräfte steht doch außer jeder Frage. Ihr Klarsenaufruf belegt es ebenso wie die beharrliche Friedenspolitik unseres Staates oder auch die — ebenfalls zum Nationalfeiertag stattfindenden — militärischen Ehrungen der Opfer des Faschismus und Militarismus. Selbst wenn Außerdickheiten bei solchen Paraden manche die Stirn runzeln lassen und dazu verleiten, Parallelen zu den unermüdeten Kapiteln deutscher Vergangenheit zu ziehen, unter dem NVA-Stahlhelm sieht es anders aus. Deshalb auch das Angebot Armeegeneral Heinz Kellers an BRD-Verteidigungsminister Rupert Scholz zu möglichen Gesprächen — mit oder ohne Tagesordnung — über Militärdoktrin, Reduzierung von



Streitkräften und Rüstungen sowie einen kernwaffenfreien Korridor — damit von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht.

Denn geschichtliche Tatsache ist doch: Es waren faschistische Generale, die an der Spitze der 1955 geschaffenen Bundeswehr standen. Sie prägten deren Geist und Auftrag — zur gleichen Zeit, da am 1. Mai 1956 Angehörige der eben formierten NVA erstmals zu einer Ehrenparade antraten; ge-

führt von Arbeitern in Uniform und kampferprobten Antifaschisten, deren wieder und wieder unterbreitete Vorschläge zur Entmilitarisierung beider deutscher Staaten hinter der Westgrenze der DDR auf taube Ohren stießen. Noch heute versuchen ja manche Leute dort, mit ihren stereotypen Querschüssen unsere Ehrenparade zu diskreditieren, und sie kaschieren, damit doch nur dürrtig, daß ihnen Waffen in Arbeiterhand noch nie in ihre Pläne paßten...

Bleibe also die Frage nach dem heutigen Sinn unserer Soldatenparade, wo in der Tat ein echtes erstes Abrüstungsabkommen hoffnungsvolle Zeichen setzte, Dialogpolitik und gegenseitige Manöverbeobachtung vertrauensfördernd wirken. Das ist richtig, und doch sind auch gegenläufige Tendenzen nicht zu übersehen. So, weil NATO-Militärs am nuklearen Demokesschwert festhalten, sie den anfallenden Bakterenschrott mit anderen Waffen kompensieren wollen und gerade jetzt wieder Hunderttausende Soldaten in grenznahen Herbstmanövern stehen. So sehen wir die Ehrenparade auch als eine zeitgemäße, gerechtfertigte Demonstration an zuständige NATO-Adressen an — und als ein gewichtiges Versprechen der ganzen Republik gegenüber.

Für all das, was unsere Soldaten tagaus, tagein auf sich nehmen, um getreu unserer Militärdoktrin ihre Friedensmission zu erfüllen, dankten Tausende im Spalier und bei den anschließenden Treffen auf dem Alexanderplatz



Nr. 228 / Sonnabend/Sonntag, 6./7. Oktober 1958

5 Vorbeimarsch motorisierter Einheiten an der Ehrentribüne mit unserer Partei- und Staatsführung

Du Meine

Ich denk noch an einst,
an sonnigen Tagen,
hab stolz ich dich
übern Bach getragen,
Dein Können
hast du mir gezeigt,
hab willig mich zu dir geneigt,
Die Stärken sind mir
gut bekannt,
oft zucktest du in meiner Hand.
Und ich werd
in deine Kammer gehn,
werd in reinster
Pracht dich sehn.
Ich streif mit dir
zur Mondesnacht,
dein Anblick
mich ganz sicher macht.
Ich weiß warum,
ich kenn dein Wie
du,
Kalaschnikow-MPi.

(Das Gedicht von Oberfeldwebel Bernd Anderson ist der Zeitung
"Volksarmee" vom Mai 1986 entnommen.)

Abschrift

Nur für den Dienstgebrauch (Stempel)

Berlin, den 13.6.1980

Rat des Stadtbezirks Berlin-Pankow
Abt. Volksbildung

Information 3 - außergewöhnliche Vorkommnisse(Auszug aus VD 11/80)

1. Meldepflichtige außergewöhnliche Vorkommnisse sind:

- politische Provokationen, feindliche Hetze, faschistische Schmierereien, An- und Abwerbung von Beschäftigten der Volksbildung, ungesetzliches Verlassen der DDR, Verrat von Dienstgeheimnissen;
- Gruppen- bzw. Bandenbildung, Rowdytum, Schund- und Schmutzliteratur, versuchte bzw. ausgeführte Grenzdurchbrüche, Anträge auf Ausreise aus der DDR;
- Eingänge von Erklärungen und Schreiben bzw. Versuche persönlicher Kontakte von Personen, Dienststellen oder Organen aus nichtsozialistischen Staaten, die nicht im Rahmen der von den zuständigen staatlichen Organen erlassenen Direktiven liegen;
- Organisiertes Auftreten von Stimmungen und Meinungen, erhebliche Störungen der Ordnung und Sicherheit im Bereich Volksbildung, welche die Durchführung der staatlichen und politischen Aufgaben und Maßnahmen negativ beeinflussen;
- Schwere politische bzw. tätliche Angriffe aus Mitarbeiter der Volksbildungseinrichtungen und -organe, Einbrüche in Volksbildungseinrichtungen, Beschädigungen und Diebstähle an sozialistischem Eigentum größeren Ausmaßes;
- Mordversuche, Morde, Selbstmorde und Selbstmordversuche, Kindesmißhandlungen, Sittlichkeitsdelikte, Raubüberfälle;
- Arbeitsniederlegungen im Bereich der Volksbildung und organisiertes Fernbleiben einer größeren Anzahl von Schülern vom Unterricht;
- Auffinden bzw. Verlust von Waffen, Munition, infektiösem Material, radioaktiven Stoffen, Giften u.a., die Menschen, Betriebe und Einrichtungen in größerem Maße gefährden;
- Herstellung von Sprengkörpern, Brandstiftungen;

- Plötzlich auftretende Massenerkrankungen;
- Katastrophen und Havarien in Einrichtungen und Institutionen der Volksbildung, wie z.B. Explosionen, Brände, Witterungseinflüsse u.a.;
- Erhebliche Störungen bei der Versorgung mit Elektroenergie, Wasser, Gas, sofern sie größere Auswirkungen auf die Erfüllung der Aufgaben haben;
- Todesfälle und schwere Unfälle von Leitungskadern der direkt unterstellten Einrichtungen und der Bezirksabteilungen sowie Kreisabteilungen und Direktoren der Schulen;
- Arbeitsunfälle und Unfälle mit tödlichem Ausgang von Pädagogen, Schülern und Vorschulkindern während der Arbeits- bzw. Schulzeit;
- Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang während und außerhalb der Schulzeit.

2. Die Meldungen sind folgendermaßen abzufassen:

- Name und Funktion des Meldenden;
- Zeitpunkt des Vorkommnisses;
- Art und Umfang des Vorkommnisses (Anzahl der betroffenen Personen, entstandener Schaden und andere Auswirkungen);
- genaue Angabe des Ereignisortes;
- Ursachen des Vorkommnisses;
- eingeleitete bzw. noch erforderliche Maßnahmen;
- weitere Informationen sind vorgesehen bis ...;
- andere Organe, die informiert bzw. die um Mitwirkung gebeten wurden;
- bereits getroffene Entscheidungen;
- Schlußfolgerungen für Entscheidungsvorschläge;
- Bearbeiter des Vorkommnisses.

3. Die Direktoren der Schulen und Leiter der nachgeordneten Einrichtungen melden unverzüglich alle außergewöhnlichen Vorkommnisse dem Schulrat.

Jede Meldung ist auch dann unverzüglich zu erstatten, wenn noch nicht alle erforderlichen Angaben vorliegen.

Sie ist so schnell wie möglich zu ergänzen.

Bei länger andauernden Auswirkungen sind Zwischenberichte und ein Abschlußbericht zu erstatten.

4. Für die Übermittlung der Meldung sind die Nachrichtenverbindungen zu nutzen, die unter den gegebenen Bedingungen die erforderliche Geheimhaltung und schnellste Beförderung gewährleisten.

EGS „Carl von Ossietzky“

Berlin - Panke

Fallmeldung

Datum : 16.09.1953

Zeit : 14.45 Uhr

Inhalt : Am 13.45 Uhr erhielt ich Kenntnis vom Inhalt einer
Ankündigungskarte, die der Schüler Kai J. (11.)
an unsere Schule unterbreiten ließ.

(siehe Anlage)

Eine zunächst klapprige Information des Rates der
Spezialklasse Berlin-Panke erfolgte um 14.30 Uhr durch
mich (an Herrn H. A. Gellertsch des Geschichts-
schulrates)

Zum vorangegangenen Tagesablauf :

Am 10.30 Uhr teilte Herr G. mit, daß in
der Pause von 9.50 Uhr bis 10.20 Uhr die Klassenleiter
des 115, Kollm. J., die Befürchtung geäußert hätte,
in der Schule existiere eine Ankündigungskarte, worüber
Inhalt : Protest gegen die Presse der NVA am Tag der
Republik.

In einer sofortigen kurzen Sitzungsberatung wurden folgende
Maßnahmen festgelegt :

1. Herr J. (stellv. Direktor) und Herr N.
informieren in der nächsten Pause die evtl. Beteiligten
und die 115. Klasse des 12. Klassen.

Abschrift des handschriftlichen Originals

EOS "Carl von Ossietzky"
Berlin-Pankow

Fallmeldung

Datum: 16.09.1988

Zeit : 14.45 Uhr

Inhalt: Um 13.45 Uhr erhielt ich Kenntnis vom Inhalt einer Unterschriftensammlung, die der Schüler Kai F. (115) an unserer Schule unternommen hat. (Siehe Anlage). Eine zunächst telefonische Information des Rates des Stadtbezirkes Berlin-Pankow erfolgte um 14.30 Uhr durch mich (an Genn. W., 1. Stellvertreter des Stadtbezirksschulrates)

Zum vorangegangenen Tagesablauf:

Um 10.30 Uhr teilte Genn. G. mit, daß in der Pause von 9.50 Uhr bis 10.20 Uhr die Klassenleiterin der 115, Kolin. L., die Befürchtung geäußert hätte, in der Schule kursiere eine Unterschriftenliste, vermutlicher Inhalt: Protest gegen die Parade der NVA am Tag der Republik.

In einer sofortigen kurzen Leitungsberatung wurden folgende vier Maßnahmen festgelegt:

1. Genn. G. (stellv. Direktor) und Genn. N. informieren in der nächsten Pause die GOL-Mitglieder und die FDJ-Sekretäre der 12. Klassen.

2. Genn. G. (stellv. Direktor) informiert in der nächsten großen Pause (12.50 Uhr) die nah an der Schule arbeitenden Lehrer. (Kurzinformationen an die erreichbaren Kollegen erfolgten sofort)

Ziel beider Maßnahmen: Ermitteln des Aufenthaltsortes der vermuteten Liste und Verhindern von Unterschriftsleistungen.

3. Bei Bestätigung der Existenz einer solchen Sammel-liste: Klärung des Sachverhaltes in der Klasse, aus der Liste wahrscheinlich stammt (115 - vgl. Vorgeschichte)

4. telefonische Information der Abteilung des Rates des Stadtbezirkes Berlin-Pankow.

Diese vier Festlegungen wurden in der angegebenen Reihenfolge realisiert; die Existenz der Unterschriftenliste bestätigt, Kai F. als Initiator festgestellt.

Ich ging um 13.15 Uhr in die 115. Ebenfalls anwesend: Die Klassenleiterin Kollegin L.

Nach der Begrüßung fragte ich zunächst frontal, ob es stimme, daß eine Unterschriftensammlung stattfindet.

Kai F. bestätigte dies sofort.

Ich fragte, durch wen; er bekannte sich sofort dazu.

Meine nächste Frage: Warum wurde nicht die Genehmigung des Direktors eingeholt?

Die Frage verblüffte den Schüler, er versuchte ausweichende Antworten zu geben, sinngemäß: "Ich wollte Sie nicht vor eine so schwierige Entscheidung stellen."

Daraufhin erläutere ich gemeinsam mit der Klassenleiterin, warum Meinungsumfragen oder Unterschriftensammlungen der Genehmigung bedürfen (u.a. mit der Notwendigkeit der Verhinderung des Mißbrauchs)

Diese Position wurde von allen Mitschülern der 11₅ angenommen, es gab keinen Widerspruch. Auch nicht von Kai F.

Ich fragte daraufhin, ob er denn die unterschreibenden Mitschüler darüber informiert hätte, für welchen Zweck er die Sammlung durchführe.

Seine Antwort: "Die Liste soll an den Verteidigungsrat der DDR geschickt werden."

Daraufhin wandten wir uns dem Inhalt zu.

Die Schüler der 11₅ beschäftigten sich offensichtlich sehr intensiv mit der Katastrophe in Ramstein (BRD) anlässlich des "Flugtages" der NATO-Streitkräfte (vgl. ebenfalls Vorgesichte).

Daraus leiteten Kai F. und einige Mitschüler, darunter

Katja I. etwa folgende These ab:

"Es ist notwendig, auf beiden Seiten auf das Drohen mit und Zur-Schau-Stellen von Militärtechnik zu verzichten, denn das ist unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr zeitgemäß. Dazu zählen wir auch Militärparaden, egal wo sie stattfinden. Die DDR sollte hier beispielhaft vorangehen."

Im Ergebnis der Diskussion konnte folgendes erreicht werden: Wenn eine so wichtige Frage erörtert wird, ist sachlichem Herangehen und wissenschaftlich-dialektischer Denkweise vor emotionaler Polemik der Vorrang zu geben. Soll die Frage sogar dem Minister für nationale Verteidigung gestellt werden, ist es unumgänglich, die politische Position des Fragenden zur sozialistischen Landesverteidigung deutlich zu machen und keine Mißverständnisse über die Ursache der Frage zuzulassen. Diese Überlegung akzeptierte auch Kai F. und machte in einem anschließenden persönlichen Gespräch mit mir deutlich, daß er seine Unterschriftensammlung in dieser Form nicht absenden wird, die Frage aber immer noch hätte.

Ich bestand nicht auf sofortiger Aushändigung der Liste. Der Schüler erhielt Gelegenheit, sie mir freiwillig am Sonnabend, den 17.9. zu bringen. Für mich bestand kein Zweifel daran, daß er sie tatsächlich unseren Staatsorganen senden wollte.

Vorgeschichte:

Bereits am 1. September 1988 machte Kollegin L. darauf aufmerksam, daß in der Klassenleiterstunde der 11₅ sehr intensiv über die Katastrophe von Ramstein diskutiert wurde. Obwohl die Lehrerin versuchte, zu den Aufgaben des Schuljahres erforderliche Überlegungen zu entwickeln, kamen die Schüler immer wieder auf das Thema "Militärtechnik" zurück. Neben ein-

helliger Empörung über die Handlungsweise der Verantwortlichen in Ramstein wurde bereits versucht, Verbindungen zur Parade am 7. Oktober zu ziehen.

Dies haben wir in der Beratung der Parteileitung am Montag, dem 4. September erörtert und in den Bericht an die Kreisleitung der SED aufgenommen. Die Leiterin der Schülinspektion, Genn. P., wurde bereits am 1. Schultag über Gesprächsinhalte der Klassenleiterstunden informiert. Wir haben zunächst kurzfristig festgelegt, über den Unterricht der Fächer Staatsbürgerkunde und Geschichte (Gen. D., Genn. E., Kolln. L.) zur Klärung der Frage beizutragen und die Funktionäre des Jugendverbandes zu informieren.

Zwei Ansatzpunkte verfolgten wir dabei:

1. Herausarbeiten des Klassenauftrages einer jeden Armee; Der Auftrag der NVA in Bezug auf die Militärdoktrin des Warschauer Vertrages.
2. Herausarbeiten des Unterschiedes zwischen einer Militärparade der NVA als Bekenntnis unserer Volksarmee zum sozialistischen Staat DDR und den offenen Drohungen der NATO. Dabei die aktuelle Tagespresse nutzen.

Offenbar war das Problem aber kurzfristig nicht zu lösen, denn ab Dienstag, 13. September wurde die Diskussion zu Kai F.'s Position durch Aushang seines Wandzeitungsartikels (er selbst brachte ihn an) öffentlich ausgelöst. Mitautorin, Katja I. (Siehe Anlagen). Der Artikel rief sofort Zustimmungen und Proteste hervor. Wir beschlossen in der Leitungsberatung, den Artikel trotz seines eindeutig provozierenden Charakters an der Wandzeitung zu belassen, weil sich eine breite Bewegung der Ablehnung solcher Art Diskussionsbeitrag bei unseren Schülern und Lehrern zeigte.

Hervorzuheben ist, daß alle GOL-Mitglieder und die überwiegende Mehrheit der FDJ-Funktionäre der Klassen, darunter alle FDJ-Sekretäre meistens in der mündlichen Diskussion, einige auch schriftlich, eindeutig gegen Inhalt und Aufmachung des Artikels von Kai F. protestierten. Auch aus Klassenstufe 11 gab es Proteste. (Die Jugendfunktionäre sind allerdings noch nicht gewählt.)

In der Diskussion erwiesen sich besonders die Schüler Thomas T., Thomas H., Ulrike S., Hartmut S., Kathrin B., Carsten K. als einheitlich fähig, gegen die Provokation aufzutreten. Von den Lehrern engagierten sich besonders Genn. G., Genn.G., Genn. N., Genn. E., Gen. D., Genn. J., Kolln. L., Kolln. S. (Hier habe ich z.Zt. noch keine vollständige Übersicht der Aktivitäten). Die Entscheidung, den Artikel befristet (vorgesehen waren 3 - 4 Tage) an der Wandzeitung zu belassen, erwies sich m.E. auch dadurch als richtig, daß zu den spontan am 1. Tag abgegebenen Zustimmungen der ersten Stunden des Aushanges keine weiteren erfolgten. Zwei Schüler (Frank H., Julia N.) zogen ihre zunächst spontane Zustimmung durch öffentliches Streichen ihres Namens bzw. Beitrages zurück. Über den Beginn der mündlichen und schriftlichen Diskussion zu dieser Problematik wurden Abt. Volksbildung des

Stadtbezirkes (Genn. W.) und Kreisleitung der SED (Genn. S.) an diesem Dienstag, den 13.9.1988 durch mich informiert.

Aus der Erkenntnis der sichtbaren und öffentlichen Ablehnung seines Artikels heraus beschloß Kai F. wahrscheinlich, die Methode der öffentlichen Diskussion aufzugeben und heimlich Unterschriften zu sammeln. Nachträglich bemerken möchte ich noch, daß die Entscheidung über den Verbleib des provokatorischen Wandzeitungsartikels des befristeten Aushang auch davon bestimmt war, daß das Entfernen eines ähnlich gelagerten Beitrages im Vorjahr eine sehr heftige Diskussion über angeblich "unterdrückte offene und ehrliche Meinungen" hervorrief; was unbedingt im Interesse einer schnellen Formierung des Jugendverbandes an der Schule verhindert werden sollte. Die politische Brisanz war mir vom 1. Tag an bewußt. Um die Wirkungen nach außen (Wir haben nachmittags die Volkshochschule im Haus) zu begrenzen, beschlossen wir nach einem Gespräch mit der GOL, den Artikel mittags zu entfernen und am nächsten Morgen um 7.00 Uhr erneut zu befestigen). ~~Die endgültige-Entfernung-erfolgte-am-Sonnabend-(17-9-88)-morgens-in-Gegenwart-der-Schüler.~~

Berlin, den 16.09.1988

R. F.
Direktor

Nachtrag zur Fallmeldung vom 16.9.88

1. Die an der Wandzeitung befindlichen Diskussionsbeiträge wurden, sofern sie sich auf die genannte Problematik bezogen, heute morgen endgültig von mir entfernt. Dies wurde den Schülern durch eine kurze schriftliche Mitteilung bekanntgegeben und erläutert.
2. Der Schüler Kai F. händigte mir um 10.10 Uhr die Unterschriftensammlung mit 38 Unterschriften aus. Er erwartet, daß ich ihm helfe, die der Sammlung zugrunde liegende Frage zu klären und bedankte sich für meine Bereitschaft, dies zu tun.
3. Um 9.50 Uhr begann eine kurze außerordentliche Sitzung der Parteileitung: Anwesend waren:
 - Genn. Dr. V. (Stadtbezirksschulrat)
 - Genn. Marion D. (SED-Kreisleitung)
 - Genn. Renate E. (SPO-Sekretär)
 - Genn. Karin N. (SPL-Mitglied)
 - Genn. Ursula D. (SPL-Mitglied)
 - Gen. Georg D. (SPL-Mitglied)
 - Gen. Rainer F. (SPL-Mitglied, Direktor)

Die bisher vorliegenden Fakten wurden noch einmal zusammengetragen. In der Wertung hervorgehoben haben wir, daß die Mehrzahl unserer FDJ-Funktionäre, die gesamte GOL und alle KOL-Sekretäre eingeschlossen, gemeinsam mit den Genossen der Schulparteiorganisation bei der Abwehr dieser Provokation zusammengestanden haben. Ich halte ebenfalls für wichtig, daß unsere Methode der mündlichen Diskussion im Schulhaus, verbunden mit öffentlichem Meinungsstreit an der Wandzeitung, wesentlich dazu beigetragen hat, das Problem gemeinsam mit den Schülern zu lösen. Auch der letzte Versuch, eine ungesetzliche Unterschriftensammlung zu organisieren, konnte zwar nicht völlig vereitelt, aber verzögert und schließlich wirkungslos gemacht werden.

Da es sich um einen Verstoß gegen die Gesetzlichkeit handelte, mußte in diesem Fall konsequent eingegriffen werden, jedoch in einer solchen Form, die von den Schülern verstanden werden konnte.

Dennoch bleiben viele Fragen, besonders für die weitere Arbeit mit den erst kürzlich in die Abiturstufe aufgenommenen 11. Klassen, aber auch für einige Kollektive der Stufe 12.

Das Ausgangsproblem, die einseitige Verbindung von Waffendrohungen und Ehrenparade am 7. Oktober 1988 ist noch nicht gelöst. Zumindest noch nicht für alle Schüler. In der Wahlbewegung der FDJ wird zu klären sein, wie weiter daran zu arbeiten ist. Dazu ist erforderlich, über Grundorganisation der FDJ und Klassenleiter zu ermitteln, wie weit es die Schüler in den unterschiedlichen Klassenkollektiven wirklich berührt und wo nur provoziert werden sollte.

Folgende Beschlüsse wurden zunächst gefaßt bzw. sind als Maßnahmen des Direktors vorgesehen:

1. Information des Vorsitzenden des Elternbeirates und des Parteisekretärs der Elternvertretung durch den Direktor.
2. Nochmalige Verständigung der Direktoren und Parteisekretäre der Wilhelm-Pieck-Schule und der Carl-von-Ossietzky-Schule über die besondere Situation in einigen Kollektiven der jetzigen 11. Klassen.
3. Über die Klassenleiter 11 sind alle Anstrengungen zu unternehmen und zu kontrollieren, die zum Kennenlernen der häuslichen Atmosphäre in den Familien unserer Schüler führen.
4. Es ist genau zu analysieren, wer Unterschriften geleistet hat, in welchen Klassen sie gehäuft auftraten, auch warum einige Kollektive überhaupt nicht vertreten waren.
5. Für die Arbeit mit den Eltern, insbesondere den Genossen Eltern, sind geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der Erziehungswirksamkeit in Elternhaus und Schule zu beraten. Dies betrifft in besonderem Maße die Genossen Eltern, deren Kinder die Liste unterzeichnet haben.
6. Der Direktor nimmt eine erste Auswertung in der nächsten GOL-Sitzung vor und bedankt sich bei allen Funktionären für die Bereitschaft zum aktiven Handeln.
7. Der Direktor nimmt eine Auswertung in der nächsten Sitzung des Elternbeirates vor.
8. Kollegin L. wird beauftragt, dem Schüler Kai F. besondere Beachtung zu widmen und regelmäßige, mit ihm verabredete Besuche in der Wohnung zu machen. Dazu erfolgt Absprache mit dem Referat Jugendhilfe.

Berlin, den 17.09.1988

R.F.
Direktor

Kreisleitung Berlin-Pankow der SED
Abteilung Agitation und Propaganda

Berlin, 18.09.1988

Abteilung Volksbildung

F a l l m e l d u n g

Am Freitag, dem 16.09.1988 wurden wir vom Direktor der EOS "Carl von Ossietzky", Genossen Rainer F. [REDACTED] davon in Kenntnis gesetzt, daß an der Schule durch den Schüler Kay F. [REDACTED], geb. am [REDACTED].1971, wohnhaft [REDACTED], eine Unterschriftensammlung vorgenommen wurde, unter der Lösung:

"Totbringende Waffen werden am 7.10.1988 anlässlich des Nationalfeiertages der DDR im Zentrum Berlins zur Schau gestellt. Wir sind gegen die geplante Militärparade."

Nach Auskunft des Direktors hätten ca. 40 Schüler unterschrieben. Gleichzeitig teilte der Direktor mit, daß es bereits mit der Klasse, die Kay F. [REDACTED] besucht und dem Schüler selbst eine Aussprache gegeben hätte.

Deutlich wurde, daß nach wie vor die Schüler nicht ihre Diskussion zur Katastrophe in Ramstein bewältigt haben, die sie grundsätzlich mit Militärparaden verknüpfen, ohne dabei klassenmäßige Unterschiede zu erkennen.

Kay F. [REDACTED] erklärte im persönlichen Gespräch mit dem Direktor, daß er diese Liste an den Minister für Nationale Verteidigung schicken wollte.

Er war nicht bereit, die Unterschriftenliste dem Direktor zu übergeben. Der Direktor verblieb mit ihm so, daß er ihn zum Sonnabend, 9.00 Uhr, zu einem erneuten persönlichen Gespräch einlud, um dann von ihm die Liste zu erhalten.

Vorgeschichte:

Bereits am ersten Schultag dieses Jahres machte Kollegin I [REDACTED], Klassenleiterin der 11/5, darauf aufmerksam, daß in der Klassenleiterstunde sehr intensiv über die Katastrophe von Ramstein diskutiert wurde.

Neben einhelliger Empörung über die Handlungsweise der Verantwortlichen wurde bereits versucht, Verbindung zur Parade am 7. Oktober zu ziehen.

In Auswertung des ersten Schultages wurde zwischen Parteileitung und Direktor festgelegt, die Funktionäre des Jugendverbandes zu formieren und über den Unterricht in den Fächern Staatsbürgerkunde und Geschichte zur Klärung beizutragen.

Nach zwei Schwerpunkten:

1. Herausarbeiten des Klassenauftrages einer jeden Armee, Militär- doktrin des Warschauer Vertrages.
2. Herausarbeiten des Unterschieds zwischen einer Militärparade der NVA, als Bekenntnis unserer sozialistischen Volksarmee unserer DDR und dem Säbelgerassel der NATO. Dabei sollte auf aktuelle Veröffentlichungen hingewiesen werden.
Z. B. ND vom 2. September 1988.

Offenbar konnte das Problem nicht tiefgründig genug geklärt werden, denn am Dienstag, dem 13.09.1988 wurde die Diskussion zur Frage: "Ist eine Militärparade zum Tag der Republik noch zeitgemäß?" an der Wandzeitung öffentlich ausgelöst.

Der Artikel (Plakat siehe Anlage 1) wurde von Kay F [REDACTED] an der Wandzeitung angebracht.

Dieser Artikel löste sowohl Zustimmung aus, als auch Widersprüche (siehe Anlage 2)

Darunter waren auch Schüler, z. B. Petra Z [REDACTED], die erst sowohl Plakat, als auch Unterschriftenliste unterschrieb, sich aber dann öffentlich von dieser Form der politischen Arbeit distanzierte.

Die Partei- und staatliche Leitung beschlossen, den Artikel trotz seines eindeutig provozierenden Charakters an der Wandzeitung zu belassen (in der Schulzeit der EOS, nicht in der Unterrichtszeit der Volkshochschule), weil sich eine breite Bewegung der Ablehnung solcher Art Diskussionsbeiträge bei Schülern und Lehrern zeigte.

Diese wurde besonders getragen von Schülern, wie Thomas T [REDACTED], Thomas H [REDACTED], Ulrike S [REDACTED], Hartmut S [REDACTED], Carsten K [REDACTED], Katrin B [REDACTED], allen Mitgliedern der Grundorganisationsleitung der FDJ und den anderen Funktionären der Klassenstufe 12.

In Klasse 11 gibt es noch keine gewählten Leitungen, aber auch hier gab es zahlreiche Stimmen der Ablehnung.

Direktor und Parteileitung schätzen ein, daß die Entscheidung, den Artikel zu belassen, sich dadurch als richtig erwies, daß zu den spontan am ersten Tag (Dienstag) abgegebenen Zustimmungen keine weiteren erfolgten.

Einige Schüler (Petra Z [REDACTED], Frank H [REDACTED], Julia N [REDACTED]) haben ihren Namen öffentlich gestrichen.

Direktor und Parteileitung schätzen ein, daß darauf wahrscheinlich Kay F [REDACTED] beschloß, die Methode der öffentlichen Diskussion aufzugeben und heimlich Unterschriften zu sammeln. Diese Unterschriftensammlung wurde gestern aufgedeckt (16.09.1988).

(Anlage 3)

Einsichten am Sonnabend, den 17.09.1988 durch Genossin V [REDACTED], Stadtbezirksschulrat und Genossin D [REDACTED], politischer Mitarbeiter der Kreisleitung Berlin-Pankow der SED führen zu folgender Lagekenntnis.

Gespräch mit dem Direktor. Genosse Rainer F [REDACTED]

Der Direktor informierte über die Vorgeschichte und über eingeleitete Maßnahmen.

In diesem Zusammenhang informierte er uns, über das durch ihn in der Klasse 11/5 geführte Gespräch.

Dabei wurde deutlich:

- Die Liste mit den Unterschriften sollte an den Verteidigungsrat der DDR geschickt werden.
 - Nach Aussagen des Schülers F [REDACTED] hatte er die Unterzeichner nicht über den wahren Zweck der Liste in Kenntnis gesetzt.
 - Auf Befragen, warum er nicht wie rechtlich vorgesehen, die Unterschriftensammlung vom Direktor bestätigen ließ, erklärte er:
 "Ich wollte Sie (gemeint ist der Direktor) nicht vor so eine wichtige Entscheidung stellen."
 - F [REDACTED] äußerte folgende Position:
 - . es gibt auf beiden Seiten Militärtechnik, es ist nicht mehr zeitgemäß damit zu drohen
 - . Säbekrasseln gehört nicht in unsere Zeit.
 - Die Schüler distanzieren sich vom Vorgehen F [REDACTED], jedoch wurde deutlich, daß in ihnen ungenügend das Verständnis und auch die Argumentationsfähigkeit ausgeprägt sind, sich zu Fragen der Landesverteidigung klassenmäßig auseinanderzusetzen.
 - Die Direktor einigte sich mit dem Klassenkollektiv der 11/5 darüber daß, wenn Schüler Fragen haben, diese nicht über Provokationen zu beantworten sind. Noch dazu, da im Klassenkollektiv und in der Schule viele FDJler bereit sind, einen 3jährigen Ehrendienst zu absolvieren und auch die meisten Mädchen richtige Haltungen zur Landesverteidigung haben.
 - Der Direktor bot an, mit ihnen gemeinsam Fragen und Probleme zu überlegen, die in vertrauensvollen, offenen und parteilichen Diskussionen - auch eventuell mit Unterstützung erfahrener Genossen der NVA - beantwortet werden sollen.
 - Key F [REDACTED] äußerte dort und auch in dem persönlichen Gespräch, daß er darüber gründlich nachdenken werde.
- Es gelang offensichtlich dem Direktor und der Klassenleiterin, die auch an dem Gespräch teilnahm, die FDJler für ihre Argumentation aufzuschließen und sie zum Nachdenken anzuregen und richtige politische Standpunkte herauszubilden.

In diesem Gespräch mußte jedoch der Direktor darauf hingewiesen werden, daß er seine Informationspflicht ungenügend entsprach, so daß weder den Genossen der Kreisleitung der SED, noch der FDJ-Kreisleitung und noch der Abteilung Volksbildung die Möglichkeit gab, mitzuhelfen die Lage zu analysieren und Einfluß auf entsprechende Leitungsschritte auszuüben.

Gespräch mit Kay F. [REDACTED], 9.00 Uhr, durch den Direktor (kurz vor dem Unterricht)

Kay F. [REDACTED] nahm die ersten zwei Stunden des fakultativen Unterrichts nicht wahr und erschien erst kurz vor Beginn der dritten Unterrichtsstunde.

Das Gespräch führte der Direktor mit Kay F. [REDACTED] allein, um das sich anbahnende Vertrauensverhältnis nicht zu stören. Nach Aussagen des Direktors war Kay F. [REDACTED] zunächst nicht bereit, die Liste mit den Unterschriften dem Direktor zu übergeben, mit der Begründung, daß ja noch nichts weiter eingeleitet ist, um die aufgeworfenen Fragen zu beantworten.

Nach einer kurzen Diskussion erklärte er sich jedoch bereit, die genannte Liste aus seiner Wohnung zu holen, die er dann um 10.00 Uhr seinen Direktor übergab. Dabei bedankte sich Kay F. [REDACTED] gegenüber dem Direktor, daß er sich so vertrauensvoll seines Problems annahm.

Gleichzeitig setzte er den Direktor davon ^{Gen.} in Kenntnis, daß er an der Formulierung eines Briefes an den Keßler arbeitet. Der Direktor wird weiter engen Kontakt mit Kay F. [REDACTED] halten, um ihn weiter aufzuschließen und über seine Handlungen ständig in Kenntnis zu sein.

Kurze Parteileitungssitzung am 17.09.1988

Die Genossen der Parteileitung wurde über die am Freitag, den 16.9.1988 durch den Direktor geführte Aussprache mit der Klasse 11/5 und Kay F. [REDACTED] informiert. Zugleich schätzen die Genossen den unmittelbaren Stand der Diskussion aus ihrer Unterrichtstätigkeit der ersten zwei Stunden dieses Tages ein.

Genossin E [REDACTED], Parteisekretär

Die Mädchen meiner Gruppe im fakultativen Unterricht hatten sofort das Bedürfnis, sich den Vorfällen an der Schule zu äußern. Sie sagten:

"Der F [REDACTED] spinnt, wir sind der Meinung, daß man das auf so geheime Weise nicht löst."

Genosse D [REDACTED], fakultativer Unterricht aktuelle Politik

Die Schüler diskutierten mit ihm die Frage: "Wir sind nicht gegen Verteidigung und NVA, aber ist zur Schaustellung der Waffen die Parade wirklich notwendig?"

Genosse D [REDACTED] argumentierte, daß wir im Zeigen von Militärtechnik sehr sparsam sind und dies nur zum Nationalfeiertag, als Ausdruck der Macht der Arbeiterklasse in unserem Land tun.

In diesem Zusammenhang verwies er auf den in den nächsten Tagen stattfindenden Kampfgruppenappell.

Er brachte zum Ausdruck, daß er stolz darauf ist, daß wir ein sozialistisches Land mit Kampfgruppen der Arbeiterklasse sind.

Genosse D [REDACTED] erinnerte, daß 1980 die Solidarnosc in Polen mit ähnlichen Plakaten zur Konterrevolution aufrufen wollte.

Kay sei kein Konterrevolutionär, aber es darf nicht zugelassen werden, daß ehrlich gemeinte Gefühle junger Menschen mißbraucht werden dürfen.

Die Schüler stimmten seiner Argumentation zu.

Genossin Karin N [REDACTED] berichtete aus Gesprächen mit Schülern der Klassen 12/1 und 12/2:

In einer offenen Diskussion zu den genannten Fragen meldeten sich freiwillig sowohl in der Klasse 12/1, als auch in der Klasse 12/2 die Schüler, die die Unterschriftenliste unterzeichnet hatten. Dadurch war es den FDJlern und der Genossin N [REDACTED] möglich, sehr konkret und auf die Person bezogen zu argumentieren, zeigt aber auch, daß in diesen Kollektiven in Zusammenarbeit mit Genossin N [REDACTED] die Bereitschaft vorhanden ist, sich zu äußern und Standpunkte deutlich zu machen.

Eindeutig sprachen sich die FDJler gegen solche Unterschrifts-sammlungen aus.

Im Mittelpunkt der Diskussion der Klasse 12/2 stand die Frage der Schülerin Juliette L■■■■■, daß sich Paräden gegen Dialogpolitik richten würden.

Die Gēnossin N■■■■■ schätze ein, daß sich parteiliche Haltungen bei den FDJlern zeigten, aber die Diskussion weitergeführt werden muß.

Der Parteisekretär legte im Ergebnis der kurzen Beratung fest:

- die Gēnossen befähigen und formieren in Vorbereitung der FDJ-Wahlen ihre gewählten Lēitungen und unterstützen beim Finden parteilicher Standpunkte und überzeugender Argumente;
 - die Genossenelternversammlungen in Vorbereitung der Elternaktivwahlen werden genutzt, um die Gēnossen Eltern über die Diskussion zu informieren und sie in die Lage zu versetzen, Gespräch in den Elternversammlungen zu führen und die FDJler in ihrer Diskussion zu unterstützen;
 - es wird erwogen, den GOL-Sekretären zu dieser Beratung mit den Genossen - Eltern einzuladen;
 - die Parteileitung informiert den Elternbeiratsvorsitzenden und den Parteisekretär des Elternbeirates; der Genosse B■■■■■, Elternbeiratsvorsitzender, wird gebeten, Gēnossen der NVA als Gēsprächspartner zu gewinnen;
 - die Parteileitung lädt zu ihrer nächsten Lagewertung die Genossin L■■■■■, Direktor der Wilhelm-Pieck-Oberschule und Gēnossin S■■■■■, Parteisekretär der Wilhelm-Pieck-Oberschule ein, um mit ihnen zu beraten, wie es möglich ist, daß innerhalb von 14 Tagen eine solche Veränderung in politischen Haltungen von Schülern, die von dieser Schule zur EOS delegiert wurden und in den Einschätzungen positiv beurteilt wurden, vor sich gehen können.
- Damit wird das Ziel verfolgt, Motive und Ursachen des Verhaltens der Schüler zu erforschen.

In Absprache mit dem Parteisekretär der EOS "Carl von Ossietzky" wurde festgelegt, daß an dieser Beratung ein Genosse der Kreisleitung der SED und der Stadtbezirksschulrat teilnehmen.

- Die Parteileitung unterstützt die GOL, die Agitatoren und die Klassenleiterin der 11/5, um stets Einsichten in die laufende Diskussion zu haben und weitere Schlußfolgerungen abzuleiten.
- Die Parteileitung beauftragte den Direktor, die Klassenleiterin zu veranlassen, einen H_ausbesuch bei Kay F. [REDACTED] zu machen, um auch Einsicht in das U_mfeld des Schülers zu erhalten.

Die erste Analyse der Unterschriften zeigt folgendes Bild:

11/1	keine Unterschrift	12/1	4
11/2	6 Unterschriften	12/2	3
11/3	2 Unterschriften	12/3	3
11/4	3 Unterschriften	12/4	8
11/5	7 Unterschriften	12/5	1

Daraus ist erkennbar, daß sich die Probleme auf 11/2, 11/5 und 12/4 konzentrieren. Dabei sind insbesondere die Klassen 11/5 und 12/4 B-Klassen, die sich aus den Schülern der Wilhelm-Pieck-Oberschule Berlin-Pankow und der Edgar-Andre-Oberschule, Berlin-Friedrichshain zusammensetzen.

Es ist deshalb zu prüfen, daß in die Analyse der Ursachen und Motive für das Verhalten einzelner Schüler der Direktor und Parteisekretär der Edgar-Andre-Oberschule einbezogen werden müssen.

In Abstimmung mit der Kreisleitung der FDJ und der Abteilung Volksbildung wurden folgende gemeinsame Führungsschritte festgelegt:

1. Die Genossen der Grundorganisation der EOS "Carl von Ossietzky" werden sich in ihrer Mitgliederversammlung im Monat September und zur Wahlberichtsversammlung am 10.10.1988 mit der an der Schule bestehenden politisch-ideologischen Situation auseinandersetzen und gemeinsam Maßnahmen zur

Erhöhung der Qualität der politisch-ideologischen Arbeit mit den Schülern und Lehrern beraten sowie diese zur Wahlberichtsversammlung im Kampiprogramm der Grundorganisation vom August 1988 ergänzen.

2. Die Parteileitung läßt sich zu ihrer höchsten Lagebewertung den Parteisekretär und den Direktor der Wilhelm-Pieck-Oberschule ein, um sich über Ursachen und Motive der beteiligten Schüler tiefgründiger zu verständigen. An dieser Leitungssitzung wird ein Vertreter der Kreisleitung der SED und der Abteilung Volksbildung teilnehmen.
3. In Vorbereitung auf die Wahlen in den Elternvertretungen werden die Genossen-Eltern auf den Genossenelternversammlungen der Klassenstufen 11 und 12 über die vorhandene politisch-ideologische Situation an der Schule informiert. Der Parteisekretär der Elternvertretung und der Elternbeiratsvorsitzende werden sofort durch die Parteileitung informiert.
4. Die Genossen verstärken ihre Unterstützung für die gewählten FDJ-Funktionäre und Agitatoren sowie für die Klassenleiterin der 11/5, Kollegin L■■■■. Dazu findet mit Kollegin L■■■■ in der Parteileitung ein vertrauensvolles Gespräch statt.
5. Am 19.09.1988 findet an der EOS "Carl von Ossietzky" mit dem 1. Sekretär der Kreisleitung der FDJ eine gemeinsame Beratung zur Festlegung von wirksamen Maßnahmen der Unterstützung der Kreisleitung der FDJ für die Grundorganisation der FDJ der EOS "Carl von Ossietzky" statt. Dabei wird es vor allem um die Befähigung der gewählten FDJ-Funktionäre und der Vorbereitung der Wahlen in den FDJ-Kollektiven gehen.
6. Genosse Rainer F■■■■ (Direktor) und B■■■■ (Elternbereitsvorsitzender) werden sich weiterhin bemühen, auch in diesem Schuljahr für die FDJler geeignete Genossen z. B. der NVA als Gesprächspartner zu gewinnen.
7. Die Partei - und staatliche Leitungen werden beauftragt, ständig über die bestehende Lage an der Schule zu informieren und daraus notwendige Maßnahmen abzustimmen.

8. Genosse Rainer F. [REDACTED] wird beauftragt, den persönlichen Kontakt zu Kay F. [REDACTED] aufrechtzuerhalten und vertrauensvoll auszubauen.
9. Der Direktor wird beauftragt, in den Klassen 11/2, 11/5, 12/1 und 12/4 eine gründliche Analyse der Klassensituation anzufertigen und Maßnahmen für die Arbeit des Pädagogenkollektivs für diese Klassen festzulegen.
Diese sind in enger Zusammenarbeit mit den gewählten Leitungen der FDJ anzufertigen.
10. Es ist zu sichern, daß die zu erarbeitenden Persönlichkeitsgutachten in Vorbereitung auf die Bewerbung zum Hochschulstudium in hoher Qualität erstellt werden.
11. Der Direktor wird beauftragt, kontinuierlich mit den Klassenleitern zu arbeiten, um stets eine reale Lagebewertung zu sichern und die Klassenleiter zur differenzierten Arbeit mit den Schülern zu befähigen.
12. Der Direktor berät mit den Direktoren der delegierenden Schulen, um noch gründlicher Ursachen und Motive für das Verhalten der einzelnen Schüler herauszuarbeiten und daraus Leitungsschritte ableiten zu können.

SOFORTINFORMATION

+ + + / 7

Ministerium für Volksbildung
Büro des Ministers

22 Sep 1988

27/2/88 H.

von: Hauptschulinspektion

an: Minister Genn. Honecker

Staatssekr. Gen. Lorenz

22.9.1988

STM, Gen. [REDACTED]

Weitere Informationen zu Vorkommnissen an der EOS "Carl von Ossietzky", Berlin-Pankow

Mit Schreiben vom 21.9.1988 (Eingang HSI am 22.9.1988) informiert der Bezirksschulrat über folgende weitere Vorkommnisse:

1. Während der Gedenkkundgebung für die Opfer des Faschismus wurden durch Ordnungskräfte Jugendliche herausgelöst, die Transparente folgenden Inhalts mitgebracht hatten:

"Neonazis raus" - "Wir wollen keine Neonazis"

Zu den Jugendlichen gehörten die folgenden 4 Schüler der o. g. EOS, die auch an der Unterschriftenaktion beteiligt waren:

- W [REDACTED], Shenja-Paul
geb. [REDACTED]. 1970
1100 Berlin, [REDACTED]

- L [REDACTED], Benjamin
geb. [REDACTED]. 1970
1100 Berlin, [REDACTED]

- L [REDACTED], Philipp
geb. [REDACTED]. 1972
1100 Berlin, [REDACTED]

- K [REDACTED], Alexander
geb. [REDACTED]. 1971
1100 Berlin, [REDACTED]

2. Am 12. 9. 1988 war an der Wandzeitung der EOS ein Artikel folgenden Inhalts angebracht worden:

"Wir meinen, daß eine Machtergreifung von Solidarnocz erforderlich ist, um Reformen nicht im Sande verlaufen zu lassen"

Der Schüler Benjamin L [REDACTED] hatte sich im Sekretariat der Schule nach dem Grund der Entfernung des Artikels von der Wandzeitung erkundigt und die Auskunft erhalten, daß der Artikel am nächsten Tag mit einer entsprechenden Antwort wieder angebracht wird.

Über beide Vorkommnisse hatte der Stadtbezirksschulrat erst Kenntnis durch die Bezirksschulrätin erhalten, der entsprechende Informationen durch Sicherheitsorgane vorlagen.

3. Am 21.9.1988 wollten 5 Schüler (Philipp L [REDACTED], Benjamin L [REDACTED], Wolfram R [REDACTED], Shenja-Paul W [REDACTED], Alexander K [REDACTED]) ein Gedicht an der Wandzeitung veröffentlichen, das bei der gegenwärtigen Lage an der Schule als Provokation aufgefaßt werden muß (Gedicht siehe Anlage).

Der Direktor zog den Aushang sofort ein, obgleich die Schüler L [REDACTED] und F [REDACTED] den sofortigen Aushang verlangten.

Alle Schüler, die das Gedicht unterzeichnet hatten, waren auch an der Unterschriftenaktion beteiligt.

Der Direktor der EOS wurde beauftragt, die sofortige gründliche Information des Pädagogenkollektivs zu den neuen Provokationen zu sichern und die Standpunktbildung für eine offensive politische Arbeit jedes einzelnen Pädagogen weiterzuführen.

Der Bezirksschulrat informierte persönlich zur Lage an der EOS "Carl von Ossietzky" am 21.9.1988 (nachmittags) das Sekretariat der Bezirksleitung der SED Berlin.

Nach Beratung des Sekretariats über die Lage an dieser EOS wurden durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung und Mitglied des Politbüros, Gen. Günter Schabowski, folgende Festlegungen getroffen:

1. Die durch die Abteilung Volksbildung des Magistrats festgelegten Maßnahmen werden bestätigt und sind unter unmittelbarer Verantwortung und Teilnahme der Kader der Abteilung Volksbildung des Rates des Stadtbezirkes sowie der Magistratsabteilung zügig zu realisieren.

Es ist sofort die prinzipielle Auseinandersetzung mit den Schülern zu führen, die die betreffenden Aktivitäten initiiert und durchgeführt haben.

2. Die Kreisleitung der SED ist beauftragt, zügig die Arbeit mit den Genossen Eltern der Schüler, die Unterschriften geleistet haben, zu führen und kurzfristig eine Beratung aller Genossen Eltern durchzuführen. Es ist zu sichern, daß die Genossen Eltern die gründlichen Aussprachen mit allen Eltern an der Schule gewährleisten.

3. Die Bezirksleitung Berlin der FDJ wurde beauftragt, unmittelbar an der Schule eine offensive Auseinandersetzung der Funktionäre des Jugendverbandes der Grundorganisation der Schule mit denjenigen Schülern zu führen, die die Vorkommnisse verursacht haben. In entsprechenden Versammlungen sind die Akteure der Vorkommnisse konkret herauszufordern, zu ihrem Verhalten Stellung zu nehmen. Es ist eine eindeutige Atmosphäre im gesamten FDJ-Kollektiv zur Ablehnung der Handlungsweise der provozierenden Schüler herauszubilden, die bis zu dem Punkt geführt werden sollte, daß die FDJler der Auffassung sind, daß die betreffenden Schüler nicht an eine EOS gehören.
4. Die Schüler L [REDACTED] und F [REDACTED] sind wie alle anderen an den Vorkommnissen beteiligten Schüler zu behandeln. Konkrete Entscheidungen über das Vorgehen gegenüber diesen beiden Schülern sind mit den zuständigen übergeordneten Leitungen abzustimmen.

Das Sekretariat der Bezirksleitung Berlin der SED ist am Mittwoch, dem 28.9.1988, über die Realisierung der festgelegten Maßnahmen zu informieren und wird über das weitere Vorgehen beraten.

Der Bezirksschulrat nimmt persönlich Einfluß auf den weiteren Klärungsprozeß an der EOS "Carl von Ossietzky".

Es wird gesichert, daß in allen Klassen und FDJ-Gruppen eindeutige und klassenmäßige Argumentationen zur Militärdoktrin der Warschauer Vertragsstaaten erfolgen in Auseinandersetzung mit der Militärdoktrin der NATO sowie deren gegenwärtigen Aktivitäten.

Zum grundsätzlichen Herangehen habe ich mich mit dem Stellvertreter des BSR, Gen. R [REDACTED], verständigt.

Wir vertreten den Standpunkt, zu prüfen, wie der Direktor der EOS der nachweislich über außergewöhnliche Vorkommnisse an seiner Schule geschwiegen und sich über die Meldeordnung hinweggesetzt hat, disziplinarisch zur Verantwortung zu ziehen ist.

Anlage

H [REDACTED]

Abschrift

Kreisleitung Berlin-Pankow der SED
- Sekretariat -

Berlin, den 22. 9. 1988

Weitere Maßnahmen zur Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit an der Erweiterten Oberschule "Carl von Ossietzky" Berlin-Pankow und zur kurzfristigen Auswertung der Vorkommnisse mit den Direktoren und Parteisekretären der Schulen

Die letzten Ereignisse an der Erweiterten Oberschule, die Provokation, das Sammeln von Unterschriften gegen die Durchführung einer Parade der NVA zeigen, daß die Parteiorganisation, die Schulleitung und die FDJ-Leitung ungenügend in der ideologischen Offensive waren und von den Ereignissen überrascht wurden.

Zur schnelleren Veränderung der politisch-ideologischen Situation in der Schule wird festgelegt:

1. Am 22. September findet eine weitere Mitgliederversammlung der Grundorganisation der SED statt, an der der 1. Sekretär der Kreisleitung der SED teilnimmt.

Ziel:

- Einschätzung und differenzierte Wertung der politisch-ideologischen Situation im Lehrer- und Schülerkollektiv;
- Persönlicher Standpunkt jedes Genossen zur Lage und Festlegung von Maßnahmen zur weiteren klassenmäßigen Erziehung

V.: Sekretär der Grundorganisation

T.: 22. 9. 1988, 14.15 Uhr

2. An den Wahlversammlungen der FDJ-Grundorganisation nehmen Sekretäre der FDJ-Kreisleitung teil sowie verantwortliche Genossen der Parteiorganisation der Schule.

Der Besuch der Versammlung wird am selben Tag unter Führung des Parteisekretärs und Direktors in Zusammenarbeit mit dem 1. Sekretär der Kreisleitung der FDJ ausgewertet.

Ziel ist, daß Mitglieder der FDJ öffentlich auftreten gegen Machenschaften, die gegen unseren Staat gerichtet sind.

V.: 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung

3. Aus den FDJ-Wahlversammlungen werden am folgenden Tag persönliche Stellungnahmen an der Wandzeitung zu o.g. Problematik veröffentlicht.

V.: 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung

SPO-Sekretär

T.: Erstmalig 22. 9. 1988

4. Mit den Eltern von den Schülern, die unterschrieben haben, wird bis Sonnabend, den 24. 9. 1988, das Gespräch geführt. An den Gesprächen mit Genossen Eltern (15) nehmen Mitglieder der Parteileitung bzw. Mitarbeiter der Kreisleitung der SED teil.

V.: Direktor der EOS

Sekretär für Agitation und Propaganda
der Kreisleitung der SED

5. Zur inhaltlichen Führung der Gespräche fand bereits am 21. 9. 1988 eine gründliche Anleitung der Klassenleiter statt, um sie mit dem Ziel der Gespräche vertraut zu machen und sie zu befähigen, den Prozeß der politisch-ideologischen Erziehung im jeweiligen Klassenkollektiv gemeinsam mit der FDJ-Leitung inhaltlich richtig politisch und klassenmäßig zu führen.

V.: Direktor der EOS

6. Am 27. 9. 1988 finden zur Auswertung der persönlichen Gespräche mit den Eltern sowie zur politisch-ideologischen Situation insgesamt in allen Klassen Genossen-Eltern-Versammlungen statt, an denen Genossen der SED-Kreisleitung teilnehmen.

V.: Parteisekretär der EOS
Kreisleitung der SED

7. Der Elternbeiratsvorsitzende und der Parteisekretär der Elternvertretung sind bereits durch den Direktor und Parteisekretär der EOS über die Situation und über die eingeleiteten Maßnahmen informiert worden.
8. Am 27. 9. 1988, 08.00 Uhr, findet eine Beratung mit den Direktoren der Erweiterten Oberschulen und Polytechnischen Oberschulen unter Leitung des Stadtbezirksschulrates statt, wo über diese Vorfälle sowie über das weitere Vorgehen unsererseits informiert wird.
Die Direktoren werden aufgefordert, dazu ihren Standpunkt darzulegen und die Situation an der eigenen Schule einzuschätzen.
An der Beratung nimmt der Sekretär für Agitation und Propaganda teil.
9. Am 27. 9. 1988, 15.00 Uhr, findet im Haus der Kreisleitung der SED eine Beratung mit den Parteisekretären der EOS und POS statt, wo über die Vorfälle informiert wird und die Einschätzung der politisch-ideologischen Situation erfolgt.
Alle Parteisekretäre sind aufgefordert, die Lage an der eigenen Schule einzuschätzen. Diese Beratung wird geleitet durch den 1. Sekretär der Kreisleitung der SED und des Sekretär für Agitation und Propaganda der SED.

10. Täglich findet beim Sekretär für Agitation und Propaganda der Kreisleitung der SED die Einschätzung der Lage an der Erweiterten Oberschule "Carl von Ossietzky" statt.

Teilnehmer: Sekretär für Agitation und Propaganda
der SED-Kreisleitung

Direktor und Parteisekretär der EOS "Carl von
Ossietzky"

Stadtbezirksschulrat

1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung

Fragen zum Parteilehrjahr - Thema 1

- I. "Die SED versteht demzufolge unter Massenverbundenheit die Überzeugungsarbeit vor Ort, das politische Gespräch mit den Werktätigen zur Erläuterung ihrer Gesamtpolitik"
(Studien- und Seminarhinweise S.18)

"Die materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte veränderter Umstände und geänderter Erziehung sind, vergißt, daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie kommt mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Teile zu sondern von denen die einen ~~die einen~~ *über die Gesellschaft erheben sind ...*" (Lloux, dritte Feinerbau - Teil 2)

Frage: Hat sich nicht unsere Gesellschaft mehr und mehr eben in diese zwei Teile gesondert, die Marx beschreibt, in die einen, die genau zu wissen glauben, wie die gesellschaftliche Entwicklung verläuft, und die anderen, denen die "Gesamtpolitik" lediglich erläutert werden muß?
Können wir annehmen, daß sich die Werktätigen mit dieser untergeordneten Rolle auf die Dauer zufriedengeben?

- II. "Solange ich in der Partei bin - ich trat ihr 1942 an der Front bei -, bin ich es gewohnt, daß meine Meinung den Höhergestellten und auch den ganz - oben - Sitzenden nichts gilt. Meine Stimme hatte niemals Gewicht bei der Wahl des Sekretärs der Kreis- oder gar der Bezirksleitung. Keiner der höheren Parteifunktionäre war von mir, dem einfachen Parteimitglied, abhängig. Ihr Geschick, ihre Entscheidungen, ihr Ansehen - alles wurde von oben bestimmt. Und darum schauten sie auch dorthin, nach oben, und nicht auf uns, die für sie nutzlos waren. Daran hatte ich mich gewöhnt, wie auch alle anderen um mich herum nichts anderes kannten."
>Daniel Granin in "Literturnaja gaseta", S. 8, 88; s.3

"Entgegen der Verleumdungen unserer Gegner beinhaltet er (der demokratische Zentralismus) nicht eine Einteilung der Partei in leitende und ausführende Ebenen, vielmehr sichert er das Wirken der Grundorganisation als Fundament der Partei und Bindeglied zu den Massen.
(Studien- und Seminalmaterial, S. 33)

Daß der demokratische Zentralismus in der SED schlecht funktioniert ist ganz offensichtlich, das merken nicht nur die Gegner, sondern auch Parteilose, denen Sozialismus Herzenssache ist. Es lassen sich hierfür zahlreiche Beispiele anführen, vom Sputnik - Verbot, gegen das ganze Parteigruppen protestiert haben, bis zu Ereignissen der jüngsten Zeit.

Frage: Warum tut sich die Partei so schwer, offenkundige Mängel zu sehen und einzugestehen? Warum wird derjenige, der unangenehme Wahrheiten ausspricht, in den Kreis der Gegner gerückt?

III. In der sowjetischen Zeitschrift "Gesellschaftswissenschaften" (Nr. 3/89, S. 133) heißt es z. B.:
"... der Reichtum der Philosophie und des philosophischen Denkens wurde unterdrückt und eingezwängt in einen ideologischen Katechismus, den "Kurzen Lehrgang der KPdSU", in dem auf primitive, pseudophilosophische Fragen ebenso primitive pseudophilosophische Antworten gegeben wurden."

In der sowjetischen Öffentlichkeit herrscht überwiegende Einmütigkeit darüber, daß in der "Geschichte der KPdSU" (auch in der Ausgabe von 1974) dogmatische Lehrsätze und grobe Unwahrheiten verbreitet wurden. Aus diesem Grunde wurden die Geschichtsbücher, die ja auf diesem Ständerdwerk fußten, eingezogen. Die Geschichtslehrer stützen sich auf zahlreiche in der Parteipresse veröffentlichte Darstellungen, die sich bemühen, die marxistische Philosophie von Dogmen zu befreien und das geschichtliche Zerrbild zu korrigieren.

Die Lehrer der Ossiezky-Schule haben drei Jahre lang die "Geschichte der KPdSU" im Rahmen des Parteilehrjahres studiert und dabei viel Unsinn geredet und viele Unwahrheiten gelernt.

Frage: Wäre es nicht an der Zeit, richtigzustellen, was falsch dargestellt wurde?

Warum dürfen wir nicht selbst bestimmen, womit wir uns im Parteilehrjahr beschäftigen?
Ist es nicht wichtiger, sich mit den Problemen des sozialistischen Ausbaus zu beschäftigen, als noch weiteres, drittes Jahr festzustellen, daß der Imperialismus im Zerfall begriffen ist?
(die meisten Kollegen haben dazu nicht viel Lust)

Brief an die Stadtschulrätin

Sehr geehrte Genossin S■■■■!

Die ADN-Information vom 31. 10. beziehungsweise 1. 11. 1989 zu den aus unserer Schule relegierten Schülern gibt nicht den vollständigen Inhalt des von mir mit ADN geführten Gesprächs wieder. Um erneuten Mißverständnissen unter den Menschen unseres Landes vorzubeugen und meinem Schüler- und Lehrerkollektiv gerecht zu werden, erkläre ich:

Wir pflegen in gemeinsamer Arbeit von Jugendverband und Pädagogenkollektiv seit Jahren ein Klima offener und freimütiger Diskussion zu allen Fragen, die die Schüler bewegen. In dieser Zeit entstand auf Wunsch der Schüler unsere speakerscorner, an der (auch schriftlich) der Meinungsstreit stattfindet.

Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, daß die Schule der Ort sein muß, wo Schüler die sie berührenden Probleme diskutieren können. Unsere Schule ist so ein Ort und wird es bleiben.

Auch zu Beginn des Schuljahres 1988/89 haben wir unsere neuen 11. Klassen in diesem Sinne begrüßt und mit ihnen versucht, den Dialog auch zu komplizierten aktuellen Fragen zu führen. Wir stellten uns unter anderem den Problemen, die mit der Bewegung Solidarnosc in der VR Polen beziehungsweise mit der Vorbereitung der Parade der NVA zu Ehren des Geburtstages der Republik zusammenhängen. Dieses Herangehen des Lehrerkollektivs stieß nicht überall auf Verständnis.

Die auf Initiative einiger Schüler entstandene Unterschriftensammlung gegen die Durchführung einer „Militärparade“ am 7. Oktober 1988 wurde dem Direktor auf seine Bitte hin ausgehändigt, um den Mißbrauch zu verhindern. (Sie ist noch heute in meinem Besitz.)

Die Lage an der Schule spitzte sich sehr schnell zu, als mit genaueren Untersuchungen der Zusammenhänge begonnen wurde. Hierbei wurde die Kompetenz des Direktors für die Belange seiner Schule (ich füge hinzu: für mich sichtbar auch die Kompetenz des Stadtbezirksschulrates für die Schulen seines Stadtbezirks) verletzt. Entgegen dem Vorhaben der Schule, die herangereiften Probleme im Erziehungsprozeß behutsam und langfristig zu lösen,

wurden wir am 20. September 1988 durch die Abteilung Volksbildung des Magistrats der Hauptstadt angewiesen, die Situation zuzuspitzen und Entscheidungen zu beschleunigen. Wir haben auf die politische Brisanz und den zu erwartenden pädagogischen Schaden aufmerksam gemacht, sind dann der Weisung widerwillig aber doch gefolgt. Zu diesem Zeitpunkt haben wir die möglichen Konsequenzen nicht voll übersehen.

Durch dieses Vorgehen entstand eine Situation, in der die Aufrechterhaltung störungsfreier solider Bildungs- und Erziehungsarbeit an der Schule nicht mehr zu gewährleisten war. Daraus resultierte der Antrag auf Relegierung der vier hauptbeteiligten Schüler, die ihrerseits nicht mehr bereit waren, ihre politischen Probleme und Fragen den übergreifenden Interessen der Schule unterzuordnen.

Die damals getroffene Entscheidung zum Relegierungsantrag wurde vom Pädagogenkollektiv getragen, aber in der Folgezeit immer wieder in Beziehung zur aktuellen Entwicklung in der DDR gesetzt. Schmerzhaft haben wir den Vertrauensverlust eines großen Teils unserer Schüler gespürt. Es hat uns sehr viel Arbeit gekostet, wieder ein offenes und streitbares Klima an unserer Schule herzustellen.

In den letzten Tagen haben wir erneut zu unserer Entscheidung im Kollektiv bezogen. Mit der heutigen Situation in der DDR stellen die Schüler und Lehrer erneut die Frage nach der weiteren Entwicklung der im vorigen Jahr relegierten Schüler. Die bereits geführten Beratungen erbrachten als Ergebnis, daß die damals ausgesprochenen Schulstrafen nicht länger aufrechterhalten werden sollten. Wir beantragen deshalb die Aufhebung.

Selbstverständlich akzeptieren wir das Recht des Bezirksschulrates, den relegierten Schülern die Fortsetzung ihrer Ausbildung zu ermöglichen, wenden uns aber dagegen, daß Lehrer und Schüler unserer Schule dazu nicht gehört worden sind.

Rainer F■■■■, Direktor,
im Namen des Kollektivs
der EOS „Carl von Ossietzky“

Protokoll der Parteiversammlung vom 22. September 1988

Am 22. September 1988 fand eine außerordentliche Parteiversammlung - nur Mitglieder unserer Parteiorganisation - mit dem Ersten Sekretär der SED-Kreisleitung statt. Im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung um den Begriff "politische Provokation". Uns wurde noch einmal deutlich gemacht, daß die klassenmäßige Erziehung der Schüler im Vordergrund stehe, und daß es dabei gelte, nicht leichtfertig zu sein. Der Austausch von Meinungen und Kritiken, auch Zweifeln, sei gut, müsse aber zum Ziel haben, die sozialistische Ideologie zu verbreiten. Alles andere sei unduldsam.

Die Ursachen für die jetzige Lage an der Schule seien folgende:

- Wir, d.h. die Schulparteiorganisation, seien nicht von Anfang an Herr der Lage gewesen.
- Wir hätten die Jugendlichen unterschätzt und den Punkt verpaßt, "wo Kritik aufhört und Provokation anfängt".
- Die FDJ-Leitung sei organisatorisch und ideologisch noch nicht gefestigt, könne demzufolge die Prozesse nicht selbst leiten.
- Nicht die Schüler hätten zu bestimmen, was an die Wandzeitung kommt, sondern die Parteiorganisation. (Im übrigen müsse eine solche Wandzeitung, noch dazu mit einem solchen Namen, verschwinden!)

In der sehr kontroversen Diskussion ging es um den Begriff "politische Provokation", gegen den sich die meisten Genossen wehrten. Dieses Wort stoße jeden vor den Kopf, die Schüler würden das überhaupt nicht begreifen, in den Gesprächen habe sich herausgestellt, daß sie die Vorfälle überhaupt nicht so werteten.

Es gab Genossen, die mit dem Ersten Kreissekretär sofort konform gingen. Ein Genosse stellte die Frage, ob man solche Schüler überhaupt an einer sozialistischen Oberschule dulden könne, denn die Schüler L. [Phillipp] und L. [Benjamin] seien nicht zur ehrlichen Meinungsbildung bereit, wollten auch keine Diskussion, sondern wollten feindliche Meinungen verbreiten.

Wir einigten uns in dieser Versammlung auf die "politische Provokation", waren der Meinung, daß unter den betreffenden Schülern differenziert werden müsse, daß man mit Gewalt überhaupt nichts erreichen könne, daß es völlig falsch sei, die "Speaker's Corner" zu beseitigen, und daß wir klärende Gespräche mit den Schülern und Kollegen führen würden.

aus: Sitzungsprotokoll der Parteisekretärin, angefertigt im November 1991 anhand privater Aufzeichnungen.

EOS "Carl von Ossietzky"
-Schulparteioorganisation-

Arbeitsplan für das Schuljahr 1986/87

Dieser Arbeitsplan ist eine Fortschreibung des im Oktober 1985 beschlossenen Kampfprogramms.

Der XI. Parteitag der SED hat mit seinen grundlegenden Beschlüssen einen qualitativ neuen Abschnitt in der Verwirklichung des Programms der SED bei der Gestaltung der e.s.G. in der DDR eingeleitet. Er steckt die konkreten Aufgaben, Kampfziele und Wege für unsere Arbeit zur weiteren allseitigen Stärkung des Sozialismus und die Sicherung des Friedens ab. Für die Parteiarbeit unserer SPO gilt, die Mitglieder und Kandidaten unserer Partei sowie alle Pädagogen und Schüler so zu befähigen, daß sie umfassend in den praktischen und theoretischen Ideengehalt der Dokumente eindringen und persönliche Konsequenzen für einen hohen eigenständigen Beitrag zu ihrer schöpferischen Verwirklichung ableiten.

1. In diesem Sinne werden die ideologischen Schwerpunkte wie folgt ergänzt:
 - 1.1. Der Kampf um die Sicherung des Friedens ist die alles überragende Aufgabe der Gegenwart.

Diese Erkenntnis ist weiter inhaltlich tiefgründig zu erschließen und für das eigene Handeln zu nutzen.

Während die SU und die sozialistischen Staaten sowie die Friedenskräfte in der Welt alles tun, um die Kriegsgefahr zu mindern, eskalieren die aggressivsten Kreise der USA die Hochrüstung und Konfrontation und wollen die SU und die sozialistischen Staaten dazu provozieren, ihren Friedenskurs in der internationalen Politik zu verlassen.

Der Weltfrieden ist auf Grund imperialistischer Macht- und Abenteuerpolitik nicht sicherer, sondern anfälliger geworden. Aus Gier und Superprofiten und nach Weltherrschaft streben die aggressivsten Kreise der USA nach militärischer Überlegenheit über den Sozialismus. Angesichts dessen sieht es unsere Partei als entscheidende Aufgabe an, alle vernünftigen und realistischen Kräfte zu aktivieren und mit allen, die aus irgendwelchen Motiven gegen die Politik der USA-Administration sind, zusammenzugehen. Die Dialogpolitik bietet die Möglichkeit, die entstandene Lage umzukehren und die Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik der aggressiven Kreise des Imperialismus zu durchkreuzen.

Die objektiv bedingte Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus ergibt sich aus dem Grundwiderspruch unserer Epoche. Das friedliche Nebeneinanderbestehen von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, die Entwicklung ihrer Zusammenarbeit ist heute dringender denn je.

Die Sicherheit der Völker kann heute nicht mehr nur mit militärischen, sondern muß umso mehr mit politischen Mitteln gewährleistet werden. Es kommt darauf an, "die Kunst zu lernen, miteinander umzugehen und gut miteinander auszukommen, die Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu gestalten."

Im Friedenskampf eröffnet sich mit dem initiativreichen Herangehen der SU an die weltpolitischen Fragen eine neue Etappe. Das umfassende Programm der SU für die Befreiung der Welt von allen Atomwaffen bis zum Jahre 2000, für die Schaffung eines Systems der internationalen Sicherheit nach dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit sind eine historische Chance für die Menschheit.

1.2. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist unser Hauptkampffeld.

Dieser Kurs ist keine tagespolitische oder zeitweilig taktische Variante, sondern eine programmatisch festgeschriebene strategische Aufgabe und gehört zu den Wesensmerkmalen der e.s.G. Er ist "der Kern der ökonomischen Strategie bis zum Jahre 2000". Die weitere Vervollkommnung aller Seiten des gesellschaftlichen Lebens, die erfolgreiche Fortsetzung und Entwicklung der DDR als politisch stabiler und leistungsfähiger Staat erfordern einen kontinuierlichen und dynamischen Leistungsanstieg sowie ein starkes und beständiges Wirtschaftswachstum. "Dieses Wirtschaftswachstum wird immer stärker von den Wechselbeziehungen der Wirtschaft zu den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen beeinflusst, wobei an erster Stelle die gegenseitige Durchdringung von Wissenschaft und Produktion steht. Das sozialistische Bildungswesen und seine weitere Entwicklung üben großen Einfluß auf die Wirtschaft aus. Andererseits leiten sich aus dem Fortschritt der modernen Produktivkräfte Anforderungen an Bildung und Weiterbildung ab."

Auch für unsere Arbeit gilt die Lösung "Mein Arbeitsplatz ist mein Kampfplatz für den Frieden!" Sie realisiert sich insbesondere durch die Gestaltung jeder Unterrichtsstunde in hoher Qualität.

"Es geht auch künftig darum, unserer Jugend ein breites, solides und aufbaufähiges Fundament der Allgemeinbildung zu vermitteln. Sie im Geiste unserer kommunistischen Weltanschauung und Moral zu erziehen, die Grundlagen für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit, für Disponibilität und schöpferische Leistungsfähigkeit sicher zu legen, die die künftigen FA, Ingenieure und Wissenschaftler benötigen."

Jeder Pädagoge hat die Aufgabe, die Jugendlichen auf die anspruchsvollen Aufgaben vorzubereiten, die die Weiterführung der soz. Revolution stellt, d. h. die Anlagen und Fähigkeiten eines jeden Schülers optimal auszubilden.

Entscheidende Bedeutung gewinnt die Aufgabe, Wissen und Können fest und solide zu vermitteln und die Fähigkeit auszubilden, Wissen selbst zu erwerben und in der Praxis anzuwenden, das Bedürfnis zu entwickeln, selbständig weiterzulernen.

Für die Erhöhung der Qualität der Arbeit erlangen solche Fragen an Gewicht:

Wie können die geistige Arbeit der Schüler, die wissenschaftliche Denk- und Arbeitsweise besser ausgebildet werden?

Wie erziehen wir die Jugend zur Liebe zur Wissenschaft und wie entwickeln wir ihr Interesse an Technik und Produktion?

Bildungsvorlauf schließt Haltungsvorlauf ein.

Die vollziehenden gesellschaftlichen Prozesse stellen höhere Ansprüche an die Verhaltensweise, die Aktivität, das Verantwortungsbewußtsein, die schöpferische Tätigkeit und Kollektivität. Solche Eigenschaften wie Disziplin, Pflichtbewußtsein, Zuverlässigkeit, Gemeinschaftssinn, Hilfsbereitschaft, Kameradschaftlichkeit, Bescheidenheit gilt es sowohl bei den Schülern als auch bei den Pädagogen herauszubilden bzw. zu festigen.

Klassenmäßig zu erziehen heißt Liebe und Stolz auf das sozialistische Vaterland immer erneut ausprägen und vertiefen, die Erziehung zum proletarischen Internationalismus sowie zur Freundschaft zur SU und zur aktiven Solidarität stets im Auge zu behalten.

In den Fachzirkeln sind unter Verantwortung der Genossen alle durch die Fachwissenschaft gegebenen Potenzen aufzudecken und im Sinne der weltanschaulichen und moralischen Bildung und Erziehung aller Schüler umfassend im Unterricht und den außerunterrichtlichen Arbeitsformen zur Wirkung zu bringen.

1.3 Dreh- und Angelpunkt unserer Parteiarbeit ist die Sicherung eines hohen Niveaus des innerparteilichen Lebens. Schwerpunkte in diesem Prozeß sind:

Größte Aufmerksamkeit gilt der Erreichung einheitlicher politischer Standpunkte und Positionen unter allen Lehrern. Dazu werden wir auch weiterhin alle Veranstaltungen nutzen, wobei alle Genossen offensiv daran mitwirken.

Hilfe und Unterstützung der FDJ-Leitungen bei der Erfüllung des "FDJ-Auftrages XI. Parteitag der SED"

Alle Formen der Einflußnahme der Pädagogen müssen noch zielgerichteter und effektiver ausgeschöpft werden, um den FDJlern zu helfen, die Auseinandersetzung auf der Grundlage richtiger klassenmäßiger Positionen, verbunden mit der Sicherung von Ergebnissen zu führen. In diesem Prozeß gilt es, die Rolle des Klassenleiters als politischer Leiter weiter auszuprägen.

Die konkrete Erfüllung und straffe Kontrolle der im Kampfprogramm beschlossenen Parteaufträge

Die zielgerichtete Zusammenarbeit mit den Kandidaten (konkreter abrechenbarer Kandidatenauftrag, der auch kurzzeitig sein kann

monatliche Kandidatenschulung

Einbeziehung der Kandidaten bei der politischen Formierung der FDJ-Kollektive

Die Bürgen (Genossen unserer SPO) kümmern sich verstärkt um die Entwicklung der Kandidaten und schätzen am Ende der 12.Klasse den Kandidaten ein)

2. Mitgliederversammlungen

Die im Kampfprogramm formulierten Kriterien für die Vorbereitung und Durchführung der Mitgliederversammlung bleiben gültig. Unter diesem Gesichtspunkt werden folgende Arbeitsthemen festgelegt:

26. August 1986: Aufgaben der SPO im Schuljahr 1986/87 unter Auswertung der Volksbildungsaktivtagung;
politische Vorbereitung der Beratungen der Vorbereitungswoche

V.: Genn. E.

8. September 1986: Politische Vorbereitung der Wahlen
des Jugendverbandes und der neuen
Elternvertretungen

V.: Gen. F.,
Genn. N.

13. Oktober:

10. November:

8. Dezember:

12. Januar 1997:

2. Februar:

Ergebnisse der Parteiarbeit im ersten Schul-
halbjahr mit Schlußfolgerungen für die Weiter-
führung im 2. Halbjahr

V.: Genn. E.

(Bitte Vorschläge für Arbeitsthemen bis 1.9.86 an die
Parteileitung)

3. Parteilehrjahr

Zirkel zum Studium der Dokumente des XI. Parteitages der SED

Das Parteilehrjahr ist die Hauptform der politisch-ideologischen Weiterbildung der Genossen und Kollegen. Die guten Erfahrungen der letzten beiden Jahre sind zu nutzen und weiterzuführen. Die Zirkelveranstaltungen sollen vor allem dazu dienen,

- die unter 1.1. und 1.2. genannten politisch-ideologischen Schwerpunkte zu vertiefen, besonders den Zusammenhang zwischen soz. Revolution und Schule
- die Argumentationsfähigkeit der Pädagogen zu schulen
- die Klassenleiter besser als politische Leiter zu befähigen, indem der Erfahrungsaustausch geführt wird
- das Geschichtsbewußtsein weiter zu entwickeln.

Folgende Termine sind vorgesehen:

13.10.86	Thema 1
17.11.	Thema 2
15.12.	Thema 3
19.1.87	Thema 4
16.3.	Thema 5 und 6
20.4.	Thema 7
18.5.	Thema 8
15.6.	Thema 9

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS
KREISLEITUNG BERLIN-PANKOW



1100 Berlin, Johannes-R.-Becher-Straße 48

Ruf: [REDACTED]

EOS "Carl von Ossietzky"
Parteisekretär der Grundorganisation
Genossin Renate E [REDACTED]

Görschstraße 42/44

Berlin

1 1 0 0

Berlin, 26. 4. 1989

Liebe Genossin Renate E [REDACTED]!

Entsprechend dem Arbeitsplan des Sekretariats der Kreisleitung Berlin-Pankow der SED für das 1. Halbjahr 1989 ist Eure Grundorganisation beauftragt, am 2. Juni 1989 über Ergebnisse und Erfahrungen bei der weiteren Ausprägung der Verantwortung gegenüber der FDJ-Grundorganisation vor dem Sekretariat der Kreisleitung mündlich Bericht zu erstatten.

In der Anlage übergebe ich Dir eine Konzeption zur Vorbereitung der mündlichen Berichterstattung.

Ich bitte Dich, mit uns den wesentlichen Inhalt Deines Berichts, nach der Beratung in der Parteileitung, bis zum 19. Mai 1989 abzustimmen.

Mit sozialistischem Gruß

Anlage

Ute S [REDACTED]
Sekretär für Agitation
und Propaganda

Konzeption

zur mündlichen Berichterstattung der EOS "Carl von Ossietzky" über ihre Ergebnisse und Erfahrungen bei der weiteren Ausprägung der Verantwortung gegenüber der FDJ-Grundorganisation

1. Ergebnisse und Erfahrungen der Parteiorganisation bei der weiteren Stärkung der Kampfkraft der Grundorganisation der EOS "Carl von Ossietzky"
 - Wie wurden die Schlußfolgerungen zur Stärkung der Kampfkraft aus der Wahlversammlung der Grundorganisation genutzt, um den hohen Anforderungen der täglichen politisch-ideologischen Arbeit gerecht zu werden?
 - Welche Maßnahmen haben wesentlich dazu beigetragen, das innerparteiliche Leben zu qualifizieren?
 - Welche politisch-ideologischen Schwerpunkte für die Arbeit im 2. Schulhalbjahr hat sich die Parteiorganisation gesetzt, um diesen Prozeß effektiv weiterzuführen?
 - Wie wird dazu der Beitrag jedes einzelnen Genossen und Kandidaten eingeschätzt?

2. Ergebnisse und Erfahrungen der Parteiorganisation bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse der Partei auf dem Gebiet der Jugendpolitik
 - Wie wird die politisch-ideologische Situation gegenwärtig im FDJ-Kollektiv der EOS "Carl von Ossietzky" eingeschätzt?
 - Welche Schlußfolgerungen aus den politischen Vorkommnissen am Anfang des Schuljahres 1988/89 haben sich in der Arbeit mit den Pädagogen und Jugendlichen besonders bewährt?

- Welche Rolle nimmt gegenwärtig die GOL und ihre gewählten Funktionäre im FDJ-Kollektiv ein? Wie ist der Grad ihrer Selbstständigkeit und ihrer politischen Verantwortung gegenüber dem gesamten FDJ-Kollektiv einzuschätzen?
- Welche Erfolge wurden bei der Einbeziehung der Jugendlichen in die Klärung pädagogischer Fragen erreicht?
(z. B. bei der Diskussion: "Ist der Pädagogische Kongreß nur eine Angelegenheit der Lehrer?" oder der Teilnahme von Vertretern der GOL an den Pädagogischen Räten?)
- Wie wurde der Wahlkampf in der DDR genutzt, um bei den Jugendlichen das Verständnis für die sozialistische Demokratie und ihre bewußte Erweiterung zu vertiefen?
- Wie werden die FDJler in die Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Carl von Ossietzkys an der Schule einbezogen. Welche Traditionen werden dabei besonders in den Mittelpunkt der Bildungs- und Erziehungsarbeit gerückt?

Bezirksamt Pankow von BerlinAbteilung Bildung und Kultur
Bezirksstadtrat**BERLIN**

Bezirksamt Pankow, Johannes-R.-Becher-Str. 24a/26, Berlin 1100

Geschäftszeichen (bitte immer angeben)

Frau
Renate E. [REDACTED]
Grabbeallee 15
0-1110 Berlin

Bearbeiter [REDACTED]

Zimmer

Telefon
4 80 08 01

App.

Datum 25.2.1991

- mit Empfangsbekanntnis über die
Zustellung -

Sehr geehrte Frau E. [REDACTED],

hiermit kündigen wir das zwischen uns bestehende Arbeitsverhältnis nach der Anlage I Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 Absatz 5 Ziffer 1 (Verstöße gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit) des Einigungsvertrages fristlos.

Das Arbeitsverhältnis endet mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieses Schreiben zugeht.

Ein Festhalten am Arbeitsverhältnis ist unzumutbar, weil Sie aufgrund Ihres aktiven Einsatzes für die Ziele des SED-Regimes in Ihrer Funktion als Parteisekretärin der Erweiterten Oberschule "Carl von Ossietzky" und damit als politisch Verantwortliche dieser Schule nachweislich auch repressiv auftraten, insbesondere im Zusammenhang mit der ungerechtfertigten Relegation von Schülern der Erweiterten Oberschule im Herbst 1988.

Bei der am 11. Februar 1991 im Bezirksamt in Anwesenheit eines Vertreters des Personalrates erfolgten Anhörung wurde Ihnen dargelegt, daß Sie

- durch einseitig gefärbte Beurteilungen Schüler in ihren Studienwünschen einschränkten, christliches Verhalten z.B. als "unreife und politisch falsche Vorstellungen" einschätzten und damit die Gesamtentwicklung gewaltig beeinträchtigten;
- Schülern mit politischer Intoleranz begegneten, sie wiederholt in Konfliktsituationen brachten und unter psychologischer Zuspitzung einen Deformierungsprozeß der Jugendlichen gegünstigten (erinnert sei an die von den betroffenen Schülern als "Verhöre" bezeichneten Befragungen);

Eingang
Neue Schönholzer Str.

Fahrverbindungen:

Bus-Linien
7, 7E, 50, 55, 45
Straßenbahn-Linien
46, 22Parkplätze
Neue Schönholzer Str.

- 2 -

- mit plakativen Wendungen, insbesondere vom gefährlichen aggressiven BRD-Imperialismus, Ihre Schüler abspeisten und völlig kritiklos sowie der SED treu ergeben ("man muß wachsam sein!" - wiederholt in den Protokollen nachzulesen) kritisches und pluralistisches Denken nicht zuließen;
- gegen humanistische Grundsätze, aber auch gegen das Lehrere ethos verstießen.

Als Parteisekretärin der Erweiterten Oberschule "Carl von Ossietzky" waren Sie letztlich die entscheidende Person für die an der Schule anzutreffende politische Unkultur, die sich besonders in der Relegation der so mutig aufgetretenen Schüler ausdrückte.

All dies führte zu massiven Vorwürfen gegen Sie und spiegelte sich in der Forderung wider - vom Bildungsausschuß, vielen Lehrern des Bezirks, vor allem aber von betroffenen Schülern und Eltern und nicht zuletzt der Leitung Ihrer Schule -, endlich Konsequenzen zu ziehen.

Wir sind aus all den hier aufgeführten Gründen der Auffassung, daß Sie damit nicht die Gewähr bieten, künftig für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten.

Für den Fall, daß aus uns nicht erkennbaren Gründen die außerordentliche Kündigung keinen Bestand haben sollte, sprechen wir hiermit vorsorglich auch die ordentliche Kündigung mit der sich aus den "Manteltariflichen Vorschriften" (BAT-O) vom 10. Dezember 1990, Abschnitt XII, § 53, Pkt. 2 ergebenden Frist von 6 Monaten zum Schluß eines Kalendervierteljahres zum 30. September 1991 aus.

Der Personalrat ist beteiligt worden.

Hochachtungsvoll



Berlin, den 5.3.91

An den Bezirksstadtrat
für Bildung und Kultur
Herrn L. [REDACTED]
Berlin-Fankow

Betrifft: Fristlose Kündigung

Ich erhebe Widerspruch gegen die mir am 25.2.91 zugestellte fristlose Kündigung.

Mir ist bekannt, daß eine fristlose Kündigung innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntwerden der vorangegangenen Ursache (Tat der Handlung) erfolgen muß.

Sie beziehen sich auf die im Herbst 1988 stattgefundenen Relegierungen von Schülern und auf die Tätigkeiten in meiner Funktion als Parteisekretärin an der EOS "Carl von Ossietzky". Ich bin bereits im Dezember 1989 aus der Partei ausgetreten und nachweislich seit dieser Zeit nicht mehr aktiv politisch tätig. Demzufolge ist eine fristlose Kündigung schon aus formalen Gründen nicht zulässig.

Insgesamt läßt die Begründung erkennen, daß die tatsächliche Rolle des nebenamtlichen SchulparteiSekretärs nicht ausreichend bekannt ist. Ich war keineswegs "... die entscheidende Person für die an der Schule anzutreffende politische Unkultur, die sich besonders in der Relegation ... ausdrückte." Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

Davon war sicher auch Herr H. [REDACTED], der jetzige Direktor der Schule, überzeugt, denn wie hätte er mich sonst als Klassenleiterin einer 11. Klasse mit verstärktem Literaturunterricht (Leistungskurs) eingesetzt!

Ich weise diese Anschuldigung auch deshalb zurück, weil die schulpolitischen Entscheidungen im Herbst 1988 an ganz anderen Stellen getroffen wurden, uns oktroyiert wurden und schließlich vom gesamten Lehrerkollegium mitgetragen und umgesetzt wurden. (siehe Entscheidungen im Päd. Rat und sicher dazu vorhandene Protokolle)

Es waren Personen am Werke, deren Druck ich auch ausgesetzt war und die derzeit nicht zu entsprechenden Konsequenzen veranlaßt werden, deshalb sehe ich mich gezwungen, gerichtlich gegen diese Kündigung vorzugehen.

Ich möchte auch darauf verweisen, daß der Vorwurf, ich hätte einseitig gefärbte Beurteilungen geschrieben, die die Schüler in ihren Studienwünschen einschränkten, grob verallgemeinert wurde und so nicht stimmt.

Desgleichen wird meine Rolle bei den sogenannten "Verhören" der Schüler derart zugespitzt, daß sie nicht der Wahrheit entspricht.

Die bundesrepublikanischen Wertgrundsätze von Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit gelten erst seit Inkrafttreten des Einigungsvertrages. Da in anderen viel höheren Dimensionen zur Zeit die Anwendung dieser BRD-Wertungsgrundlagen auf Verhältnisse aus DDR-Zeiten infrage gestellt werden, empfinde ich die ausgesprochene fristlose Kündigung als Berufsverbot und damit als drastischen Verstoß gegen die rechtsstaatlichen Normen der BRD.

Ich weiß aus vielen Gesprächen, Telefonaten etc., daß diese Entscheidung von den meisten Kollegen und den von Ihnen genannten Gremien nicht mitgetragen wird.

Ich erwarte die Zurücknahme der fristlosen Kündigung.

. R. E

Gedächtnisprotokoll, Kai F. [REDACTED]

Donnerstag, 22.9.88, EOS "U.v.Ossietzky", Berlin, Klasse 11 (5),
9.10 Uhr, Informatik-Unterricht.

(Die Lage schien sich beruhigt zu haben und sich zum Guten zu wenden, nachdem Herr F. [REDACTED] seine Bereitschaft zum Dialog bekräftigt und ich mit der Aushändigung der Unterschriftenlisten mein Vertrauen bekundet hatte.)

Ohne Ankündigung holt mich Frau L. [REDACTED] (Klassenleiterin) aus dem Unterricht zum Direktor in einen Raum, wo mir folgende Personen gegenüber saßen: Herr F. [REDACTED], die GOL-Vertreter Thomas H. [REDACTED] und Thomas T. [REDACTED], Frau L. [REDACTED] und zwei Personen, die mir nicht vorgestellt wurden. An einem anderen Tisch saß eine weitere Person, die sich mir ebenfalls nicht vorstellte.

Als erstes stellte Herr F. [REDACTED] fest, daß ich mich an der Kundgebung für die Opfer des Faschismus mit einem eigenen Plakat... (beteiligt?) habe. Daraufhin stellte ich klar, daß ich mich in keiner Weise an der genannten Kundgebung beteiligte, was von Herrn F. [REDACTED] auch sofort akzeptiert wurde.

Als zweites stellte Herr F. [REDACTED] ~~klar~~ fest, daß ich der Verfasser des Wandzeitungsartikels und der Initiator der Unterschriftenliste sei. Das bestätigte ich folgerichtig.

Ich erklärte, daß ich die Unterschriftensammlung nach wie vor als ein geeignetes Mittel ansehe, eine Meinung zu äußern. Den Vorwurf der Ungesetzlichkeit habe ich zwar gehört, jedoch als nicht begründet angesehen. Ich sprach mich für mehr Demokratie im sozialistischen Staat (Versammlungsrecht etc.) und weniger Polizeiwillkür (Recht auf Auflösung einer friedlichen, nicht genehmigten Versammlung) aus. Die Frage, wofür ich mich versammeln wolle, wies ich als äußerst lächerlich und für das Ende des 20. Jh. unzeitgemäß zurück, da es sich bei der Versammlungsfreiheit um ein demokratisches Grundrecht handele. Allgemein kritisierte ich Lücken in der Gesetzgebung der DDR, die dem Bürger - wie im Fall der Unterschriftensammlung - Rechtsunsicherheit bringen und so seine Eigeninitiative hemmen.

Man legte mir zur Last, daß ich mich mit meiner "Frage nicht an kompetente Leute gewandt" habe. Ich berichtete, daß es sich hier nicht um eine Frage, sondern um eine klar formulierte Meinungsäußerung handelt.

Ich sprach mich dagegen aus, daß die Kindergärten angehalten werden, Kriegsspielzeug zu kaufen, da in einem Kind, das wertungsfrei damit spielt, die Assoziation Panzer-Spiel ausgeprägt und im Unterbewußtsein festgesetzt wird. Ich fände es unverantwortlich, ein Kind dergestalt zu beeinflussen. Man entgegnete mir: "Das hört sich aber sehr pazifistisch an!!!" Das Kindergarten-Kind müsse doch wissen, wo sein Feind steht!

Im Ergebnis wurde mir mit Hinweis auf die Treuepflicht, die ich verletzt hätte, indirekt gedroht, mich von der Schule zu relegieren für den Fall, daß ich meine Meinung nicht ändere.

Ich muß sagen, daß ich mit einer Verfahrensweise konfrontiert wurde, die nicht den geringsten Versuch bedeutete, mich von eigenen Fehlern zu überzeugen. Vielmehr mußte ich mich eine Stunde lang gegen Verleumdungen wehren und für alles, was ich getan, Erklärungen geben. Ich fühlte mich durch die Anschuldigungen einerseits und durch die inquisitorische Aufforderung andererseits unter psychischen Druck gesetzt. Ich habe zu keinem Zeitpunkt Einblick in die dort angefertigten Protokolle erhalten können.

abschrift

Gedächtnisprotokoll, Alexander K█████

So., 11.9.88 Teilnahme an der Großkundgebung zu Ehren der Opfer des Faschismus

1. Wir (Benjamin L█████, Philipp L█████, Shenja-Paul W█████ u.a.) hatten zwei Transparente vorbereitet. Auf dem ersten stand "Neonazis raus", auf dem zweiten "Gegen faschistische Tendenzen". Wir wollten damit demonstrieren, daß wir uns mit dem Staat entschieden gegen Neonazis und gegen faschistische Tendenzen aussprechen. Die Transparente wurden uns nach kurzer Zeit abgenommen. Unsere Aktion bewirkte rege Diskussionen.

2. Unabhängig davon unterschrieb ich eine Woche später einen Artikel, der den Sinn der Militärparade in Frage stellte, wobei ich diesen Artikel an diesem Tag zum erstenmal gelesen hatte.

3. Am 21.9.88 setzte ich meine Unterschrift unter einen Artikel, der sich gegen ein Gedicht aussprach, welches wir in der Zeitung "Volksarmee" abgedruckt fanden. Außer mir unterschrieben noch vier andere Schüler. Diesen Artikel befestigten wir an der Speakers-Corner. Wir betrachteten ihn nicht als Provokation, sondern als passenden Beitrag zum Thema, welches gerade in der Schule diskutiert wurde.

4. Am selben Tag erhielt meine Mutter einen Anruf von Klassenlehrer, der sie wegen einer Unterschrift ihres Sohnes unter eine Unterschriftensammlung, die den Sinn von Militärparaden in Frage stellte, in die Schule zum Donnerstagabend einlud.

5. Am Donnerstag, dem 22.9.88, ging meine Mutter in die Schule und traf sich dort mit dem Direktor, dem Klassenleiter und den Eltern von sieben anderen Schülern meiner Klasse (12/4). Dort sagte sie im Gegensatz zu den meisten anderen Eltern, daß ihr Sohn sich den Artikel nichtig durchgelesen und bewußt unterschrieben hat, immer noch dazu steht.

6. Am Freitag, dem 23.9.88, wurde ich ohne vorherige Benachrichtigung ins Direktorat untergerufen (während des Unterrichts!). Dort befragte man mich ungefähr 1h und 15 min. Es ging dabei um meine persönliche Haltung zu drei Punkten

1. Die Teilnahme an der Großkundgebung am 11.9.88
2. Die Unterschrift unter den Artikel zur Thematik Militärparade
3. Die Unterschrift gegen ein, für unsere Begriffe militantes Gedicht

Ich sprach mich in diesem Gespräch nicht gegen ~~xx~~ diesen Staat aus und wehrte mich gegen unterstellte Anschuldigungen, wie z.B. "antisozialistisches Verhalten" und "staatsfeindliche Aktivitäten". Außer mir saßen der Direktor, zwei GOL-Vertreter, eine fremde Person, die man mir nicht vorstellte und zwei Personen im Hintergrund, die protokollierten, und teilweise mein Klassenlehrer im Zimmer.

Mein Engagement gegen Neonazis in der DDR, welches ich in der 11. Klasse freiwillig entwickelte, warf mir der Direktor unter anderem als Aktivität vor, die negative Erscheinungen in unserem Staat aufdeckt und damit als staatsfeindlich interpretiert werden kann.

7. Am Dienstag, dem 27.9.88, deutete eine Maßnahme vom Direktor darauf hin, daß meine Mitschüler Benjamin L█████ bestraft werden soll. Daraufhin übergab ich mit Shenja-Paul W█████ einen sachlich geschriebenen Brief an den Direktor, in dem festgehalten war, daß sich die Schüler Kai F█████, Philipp L█████, Shenja-Paul W█████, Georgia v█████ C█████, Katja I█████ und ich mit Benjamin L█████ solidarisierten und die moralische Pflicht hätten, gemeinsam die Konsequenzen zu tragen.

8. Am Freitag, dem 30.9.88, in einer außerordentlichen Schüler-
vollversammlung die Schulstrafen für sieben Schüler bekanntgege-
ben. Für Kai, Philipp, Katja und Benjamin wurde hiermit Antrag
auf Relegierungsverfahren gestellt, für Wolfram und für mich ein
Verweis ausgesprochen, für Shenja-Paul ein Verweis und eine Um-
schulung in die BOS "Max Planck" bekanntgegeben. Kein Schüler
hatte die Möglichkeit, nach der Verkündigung noch etwas zu sagen.
Kai, der es dennoch versuchte, wurde gewaltsam entfernt. Ich
sagte, daß ich mich für diese Schule schäme. Herr F. sagte
darauf: "Wenn Sie sich für diese Schule schämen, können Sie gleich
hinterhergehen!" Daraufhin verließ ich dann die Schule. Bei Shenja
verhielt es sich ähnlich, auch er ging.
Am Nachmittag wurde meine Mutter in die Schule bestellt und vom
Direktor und der Schulrätin informiert, daß ich einen Verweis er-
halten habe und daß für mich, falls ich am 1.10.88 nicht in der
Schule erscheinen würde, eine Relegierung beantragt werde. Seit
dem 1.10.88 bin ich ärztlich krank geschrieben.

BERLINERINNEN UND BERLINER !

Der diesjährige Internationale Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg steht unter der Losung

„Das Vermächtnis der revolutionären Kämpfer gegen Faschismus und Krieg lebt in unseren Taten für Sozialismus und Frieden !“

**Nehmt teil an der Großkundgebung am Sonntag,
dem 11. September 1988, um 10.00 Uhr auf dem Bebelplatz!**

Esssprechen: Günter Mittag,

Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED

Aleksander Silantjew,

Stellvertreter des Vorsitzenden des Komitees der
sowjetischen Kriegsveteranen, Marschall der Luftstreitkräfte

Alix Lhote,

Generalsekretär der F. I. R.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Bezirksleitung Berlin

Komitee der Antifaschistischen
Widerstandskämpfer der DDR

Nationale Front der DDR
Bezirksausschub Berlin

AUFMARSCHPLAN

für die Kundgebung am 11. September auf dem Bebelplatz

Anlässlich der Kranzniederlegung am Mahnmahl für die Opfer des Faschismus und Militarismus Unter den Linden nehmen die Werkstätten folgender Institutionen zur Spallerbildung ab 9.25 Uhr Aufstellung:

Vor der Humboldt-Universität; Hellersdorf, Humboldt-Universität, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Zentrale Gewerkschaftsorgane, Fernsehen der DDR, Bezirkspartei-schule „Friedrich Engels“.

Seitlich des Mahnmahls (westlich): Akademie der Wissenschaften der DDR, Ministerium für Wissenschaft und Technik, Staatliche Plankommission.

Seitlich des Mahnmahls (östlich): Zentrale Finanz- und Bankorgane, Zentrale Organe der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, Zentrale Organe des Verkehrswesens.

Vor dem Operncafé und dem Palais Unter den Linden: Weißensee, Hohenschönhausen.

Die Mitglieder der FDJ und die Thälmann-Pioniere erhalten ihren Stellplatz und die Stellzeit durch die FDJ-Kreisleitung übermittelt.

Marschsäule I

Mitte I: Stellplatz: Friedrichstraße, zwischen Unter den Linden und Französische Straße, sowie Französische Straße, zwischen Friedrichstraße und Glinkastraße, und Glinkastraße, zwischen Französische Straße und Mohrenstraße; Spitze: Friedrichstraße/Unter den Linden; Abmarschzeit: 9.45 Uhr.

Marschsäule II

Mitte II: Stellplatz: Unter den Linden (südliche Fahrbahn), zwischen Friedrichstraße und Otto-Grotewohl-Straße, und Glinkastraße, zwischen Unter den Linden und Behrenstraße; Spitze: Unter den Linden/Friedrichstraße; Abmarschzeit: 9.45 Uhr.

Marschsäule III

Treptow: Stellplatz: Unter den Linden (nördliche Fahrbahn), zwischen Friedrichstraße und Otto-Grotewohl-Straße, sowie Schadowstraße, zwischen Unter den Linden und Mittelstraße; Spitze: Unter den Linden/Friedrichstraße; Abmarschzeit: 9.45 Uhr.

Marschsäule IV

Köpenick: Stellplatz: Friedrichstraße zwischen Unter den Linden

und S-Bahnhof Friedrichstraße (beide Fahrbahnen); Spitze: Friedrichstraße/Unter den Linden; Abmarschzeit: 9.45 Uhr.

Marschsäule V

Bauwesen: Stellplatz: Karl-Liebknecht-Straße (nördliche Fahrbahn), zwischen Marx-Engels-Brücke und Karl-Liebknecht-Brücke (Dorn); Spitze: Karl-Liebknecht-Straße/Höhe Marx-Engels-Brücke; Abmarschzeit: 9.40 Uhr.

Prenzlauer Berg: Stellplatz: Karl-Liebknecht-Straße (nördliche Fahrbahn), zwischen Karl-Liebknecht-Brücke und Spandauer Straße, sowie Spandauer Straße, zwischen Karl-Liebknecht-Straße und S-Bahnhof Marx-Engels-Platz; Spitze: Karl-Liebknecht-Straße (Höhe Dorn); Abmarschzeit: 9.50 Uhr.

Pankow: Stellplatz: Karl-Liebknecht-Straße (nördliche Fahrbahn), zwischen Spandauer Straße und Memhardstraße; Spitze: Karl-Liebknecht-Straße/Höhe Spandauer Straße; Abmarschzeit: 9.50 Uhr.

Marschsäule VI

Friedrichshagen: Stellplatz: Karl-Liebknecht-Straße (südliche Fahrbahn), zwischen Marx-Engels-Brücke und Spandauer Straße; Spitze: Karl-Liebknecht-Straße/Höhe Marx-Engels-Brücke; Abmarschzeit: 9.40 Uhr.

Marzahn: Stellplatz: Spandauer Straße, zwischen Karl-Liebknecht-Straße und Rotem Rathaus; Spitze: Spandauer Straße/Ecke Karl-Liebknecht-Straße; Abmarschzeit: 9.50 Uhr.

Marschsäule VII

Außenhandel: Stellplatz: Marx-Engels-Platz, entlang der Straße am Spreekanal, zwischen Karl-Liebknecht-Straße und Werdersche Straße; Spitze: Marx-Engels-Platz mit Blick auf den Lustgarten; Abmarschzeit: 9.40 Uhr.

Lichtenberg: Stellplatz: Marx-Engels-Platz, zwischen Karl-Liebknecht-Straße und Werdersche Straße; Spitze: Marx-Engels-Platz mit Blick auf den Lustgarten; Abmarschzeit: 9.50 Uhr.

Einsatz von Bahnen und Bussen verstärkt

Verkehrshinweise zur Kundgebung am Internationalen Gedenktag für die Opfer des faschistischen Ter-

rors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg:

U-Bahn: Zur Beförderung der Teilnehmer an der Kundgebung werden von etwa 7.30 bis 12.30 Uhr die Fahrabstände auf den U-Bahn-Linien Pankow-Otto-Grotewohl-Straße und Elsterwerdaer Platz-Alexanderplatz, auf den Straßenbahnlinien 11, 49 und 63 sowie auf den Buslinien 7, 32, 50 und 60 verdichtet.

Straßenbahn und Bus: Zusätzlich verkehren die Straßenbahnlinien E (Am Steinberg-Planckstraße), 46 E und 83 E sowie die Buslinien 7 E, 27 E, 55 E, 68 E, 75 E und 77 E.

Ab 7.30 Uhr fahren die Busse der Linie 57 in beiden Richtungen ab Karl-Liebknecht-Straße über Spandauer Straße-Oranienburger Straße zur Chausseestraße und der Linie 78 in beiden Richtungen über Gertraudenstraße-Leipziger Straße-Otto-Grotewohl-Straße-Neustädtische Kirchstraße-Friedrichstraße. Ab 9 Uhr wird diese Linie bis Otto-Grotewohl-Straße/Unter den Linden zurückgezogen.

In der Zeit von 7 bis 10 Uhr fahren die Buslinien 32 und 40 zwischen Leninplatz und Hans-Beimler-Straße über Mollstraße.

S-Bahn: Der S-Bahn-Betrieb erfolgt von 7.30 bis 12.30 Uhr nach einem Sonderfahrplan. Die Züge von Friedrichshagen und Ahrensfelde verkehren bis Friedrichstraße und zurück.

Zusätzlich verkehren von 8 bis 12 Uhr Züge zwischen Grünau und Alexanderplatz sowie Ahrensfelde und Alexanderplatz.

Zur Entlastung des Bahnhofs Marx-Engels-Platz wird gegeben, bei der Anfahrt zur Kundgebung verstärkt den Bahnhof Alexanderplatz als Aussteigebahnhof zu nutzen.

Straßenverkehr: Von 7 Uhr bis gegen 12 Uhr wird ein Sperrkreis für den öffentlichen Fahrzeugverkehr gebildet. Er umfaßt das Gebiet Leipziger Straße-Gertraudenstraße

-Mühlendamm-Grunerstraße-Alexanderplatz-Memhardstraße-Münzstraße-Neue Schönhauser Straße-Rosenthaler Straße-Oranienburger Straße-Friedrichstraße-Reinhardtstraße-Hermann-Matern-Straße-Otto-Grotewohl-Straße. Innerhalb dieses Bereiches besteht ab 10. September Halte-beziehungsweise Parkverbot. Es wird empfohlen, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen.

Abschrift

Gedächtnisprotokoll Katja I
Gespräch bei Direktor F am 22.9.88

Teilnehmer: Direktor F
2 GOL-Vertreter
Klassenleiterin
mir zu diesem Zeitpunkt noch unbekannte Frau
mir noch immer nicht bekannte Person
sowie 2 mir völlig unbekannte Personen, die mitprotokollierten

Ablauf:

Direktor: Äußern Sie sich zu folgenden 3 Punkten: Unterschriftensammlung, Plakat an Speakerscorner, Gedicht

Katja: 1. stehe zum Inhalt der Unterschriftensammlung, sehe aber ein, daß ich mich an Gesetz halten muß, auch wenn ich Gesetz nicht gut finden. 2. stehe zum Inhalt, Form war nicht ganz angebracht. 3. habe ich überhaupt nichts mit zu tun.

Direktor: Sie haben von mir kategorisch gefordert, das Gedicht wieder an die Speakerscorner zu machen.

Katja: Das ist nicht der Fall. Ich habe gefragt, wo ALLE Artikel von der Speakerscorner sind und wozu so eine Einrichtung da wäre, wenn die Artikel doch abgenommen werden.

Direktor: Diese Frage beantworte ich Ihnen in der Schulversammlung in der Aula

Nachtrag: Direktor hatte einen Zettel an die Speakerscorner gemacht, auf dem stand, wo die Artikel sind. Wir haben das nicht gesehen.

Klassenleiterin L: Wann trat Problem bzw. Frage zu Militärparaden bei Ihnen auf?

Katja: Schon länger, da ein Unwille bei Militärparaden. Frage tauchte aber konkret auf bei Vorbereitung meines Politikdiskussionsbeitrages über Ramstein. In Politikdiskussion als Frage gestellt. Keine Kontakte mit Kai in dieser Frage. In Ferien ganz allein bei mir aufgetaucht.

Direktor: Warum nicht an GOL gewandt?

Katja: Kein Vertrauen zu dieser GOL, da in der Diskussion an Speakerscorner erlebt und kenne ~~xxx~~ 2 davon.

Direktor: An wen wenden Sie sich mit Problemen?

Katja: Freundeskreis.

Direktor: Mit wem identifizieren Sie sich an dieser Schule, wenn nicht mit GOL?

Katja: Nicht identifizieren, aber achten, weil sie sich Kopf machen und ~~xxx~~ offen und ehrlich auftreten - Benjamin und ShenjaPaul und weil sie auch Zweifel im Sinne von Fragen haben, die sie offen aussprechen und mit den anderen zu lösen versuchen.

Direktor: Woher wissen Sie um die Probleme von Ausreisenden, z.B. daß sie wegen Problemen mit Staat ausgereist sind?

Katja: Ich kenne Leute, die ausgereist sind.

Anmerkung: Im Nachhinein wurde mir unterschoben, daß mein Freundeskreis ausschließlich aus Ausreisenden und Zweiflern am System bestehe.

Direktor: Was wollten Sie mit Unterschriftensammlung und Plakat erreichen?

Katja: Zum Nachdenken anregen, Meinungen dokumentieren

Direktor: Wie stehen Sie zu diesem Land?

Katja: Sozialismus - humanste Gesellschaftsordnung, die es im Moment gibt. Will verbessern helfen.

Direktor: Wie stellen Sie sich einen sozialistischen Staat vor, was müßte Ihrer Meinung nach verbessert werden?

Katja: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, keine Polizeiwillkür.

Direktor: Was finden Sie überhaupt gut an diesem Staat? Sie kritisieren nur!

Katja: In mir sind Fragen zu Sachen, die noch nicht gelöst sind. Nicht zu denen, die schon laufen. Z.B. Soziales, (Aufzählung sozialer Maßnahmen, Recht auf ~~Arbeit~~ Bildung, Arbeit usw.)

Fazit: "Sie waren nicht überzeugend!"
Wenn Sie sich weiter so verhalten, dann...
(Vorher wurden mir die Aufnahmebedingungen für die EOS vorgelesen und hervorgehoben: Verbundenheit mit dem sozialistischen Vaterland...)

Zur Situation: Da ich einige Personen nicht kannte und diese mir auch nicht vorgestellt wurden, war keine Vertrauenssituation geschaffen, und ich fühlte mich unter Druck gesetzt. Es wurde mitgeschrieben, und diese "Protokolle" wurden dann im weiteren Verlauf gegen uns verwandt, obwohl wir keinen Einblick in diese "Protokolle" hatten.

Katja J.

F: Sie were Vorleser gefen die Ordnung an um-sichere aus.

(unt. der Wandstg, Merkmal-sammlung, Tisch im Museum der Gedichte)

F: Inlet der Wandstg, nicht, Form und nicht, Wir waren ein besuch, das wir keine Kunst-sammlung machen durften.

Sie wurde durch Geruch nicht gut.

Aber die Merkmal-sammlung hat ja das nicht gebracht, was wir wollten.

1. Gedicht war keine Prosa haben

F: Das Gedicht war nicht Kunst-sammlung Prosa

F: Wenn Sie die Kunst-sammlung als eine Prosa gewollt haben, in in was. Populär, aber in der Ged. auch so weiter.

Gr.

Die Leute sollten nachdenken an diese

Silber, nicht immer ein ja sagen.

Das Nachdenken ist schon lange da,

der Prozess läuft schon viel länger.

F: Gibt es ein Hauptbild?

F: Nichts Sie wollen kein Nachdenken

ausgen

F: Wie bewerten Sie die Kritik?

F: Als der DDR jung war, war das nicht

fehlt nicht mehr, fehlt immer das alle

Das Gefühl - Verbundenheit - ist da

F: Meiner Sie nicht, das dieses Gefühl

bringt auch noch was gebracht werden

muß

F: Heute - vertrauensbildende Maßnahmen -

wirf doch jetzt, das wir eine vertrauens-

basierte Arbeit haben

F: alles, was Sie für Vergangenheit typischer

haben, ist heute aktuell.

F: Sie meinen alle Maßnahmen sind aktuell?

Abschrift des handschriftlichen Originals

(Zur Erläuterung: E. = Parteisekretärin Frau E.
F. = Direktor F.
H. = Bezirksschulinspektorin Frau H.
I. = Schülerin Katja I.
L. = Klassenleiterin Frau L.)

Katja I.

- F.: Ich werde Verstöße gegen die Ordnung an unserer Schule aus.
(Unt. der Wandztg., Unterschr.-sammlg, Disk. zur Abnahme des Gedichtes)
- I.: Inhalt der Wandztg. richtig. Form nicht richtig. Wir waren uns bewußt, daß wir keine Unt.-sammlg machen durften.
Ich finde dieses Gesetz nicht gut.
Aber die Unterschriftensammlung hat ja das nicht gebracht, was wir wollten.
Gedicht war keine Provokation.
- F.: Das Gedicht war nach Unt.-sammlg Prov.
- I.: Wenn Sie die Unt.-sammlg als eine Prov. gewertet haben, ist es nat. logisch, daß Sie das Ged. auch so werten.
Ziel:
Die Leute sollten nachdenken an dieser Schule, nicht immer nur ja sagen. Das Nachdenken ist schon lange da, der Prozeß läuft schon viel länger.
- F.: Ging es um Meinungsbildg.?
- I.: Beides. Ich wollte zum Nachdenken anregen.
- F.: Wie bewerten Sie die Militärp.?
- I.: Als die DDR jung war, war das nötig. Jetzt nicht mehr, jetzt wissen das alle.
Das Gefühl - Verbundenheit - ist da.
- F.: Meinen Sie nicht, daß dieses Gefühl heute auch noch wachgehalten werden muß?
- I.: Heute - vertrauensbildende Maßnahmen - weiß doch jeder, daß wir eine verteidigungsbereite Armee haben.
- H.: Alles, was Sie für Vergangenheit zugebilligt haben, ist heute aktuell.
- I.: Sie meinen Militärparaden sind aktuell?
- I.: Man sollte guten Willen<s> sein.
Ich bin nicht gegen Waffen. Meine Auffassung zu Militärparaden hat nichts mit "Niederlegen" der Waffen zu tun.
- L.: Anmaßend, wenn ihr zwei Wochen hier seid, die and. zum Nachdenken zu bringen.
- I.: Unt.-sammlg - bestätigte uns im Anliegen.
Speakercorner: wieso werden Artikel abgenommen?
- F.: sachl. Meinungsaustausch möglich
(Wandztg., Disk. in Klassen)
Sie als Sch. der 11. Kl. wollen die Schule zum Denken bringen.
- I.: Wir wollten Frau L. nicht schaden.
- L.: Warum begnügt man sich nicht, den Beschluß der FDJ zu beachten?
- H.: Warum wenden Sie sich nicht mit Probl. an GOL?

- I.: Ich habe kein Vertrauen zur GOL, wenn Disk. mit allen abgeblasen wird, erst recht kein Vertrauen. Das hat nichts mit der CvO zu tun. Ich wäre auch an der alten Schule nicht zur GOL gegangen. GOL hätte es sowieso nicht gebilligt, weil es ein Gesetzesverstoß ist.
- H.: Militärparade bewegt Dich, welche noch?
- I.: Ich habe viele Fragen, die will ich hier aber nicht ausbreiten.
Ich zweifle an vielem hier in diesem Staat. Ich lebe hier, ich versuche, meine Lebenslinien zu finden, z.B. Fragen, die mit Militär zusammenhängen (Warum so viele Uniformen? Warum Paraden, wenn die Leute doch nicht aus Überzeugung hingehen).
- H.: Woher nimmst Du das?
- I.: Das fängt doch in der Schule an, wenn ich mit Lehrern spreche ist (die?) Schule - Instr. des Staates.
- H.: Was ist Ursache dafür, daß Du kein Vertrauen zur GOL hast?
- I.: ?
- F.: Wir können Ihnen dann helfen, wenn wir Ihre Probl. kennen.
Ihnen kommt es in erster Linie darauf an, Unruhe zu verbreiten.
- I.: Ich will nicht mit Ihnen diskutieren, sondern mit den Schülern.
Wenn Sie über mich denken, dann ist das Ihre Sache. Ich bin nicht bereit, vor Ihnen meine Probleme auszubreiten.
- H.: Was sollen Sie an dieser Schule?
- I.: Ich will lernen. Wollen Sie mir unterschieben, daß ich andere vom Lernen abhalte? Ich will nicht nur im Schulstreß steckenbleiben, sondern auch nachdenken.
- F.: Welche Zweifel?
- I.: Ich fühle mich dazu nicht in der Lage.
- H.: Welche Zweifel, (mit?) wem reden Sie?
- I.: Ich fühle mich dazu nicht in der Lage, verdammt noch mal.

Nach 10 Minuten

- I.: Ich habe genaue Kenntnisse über diese Schule - das war mein Freund, dem vertraue ich.
- F.: Welches sind Fragen, die Sie <...>
- I.: Soz<ialismus> ist das humanste. Ich mache das nicht aus Prov. Ich will verändern.
z.B. Menschenrechte, Versammlungsfreiheit, Verh<ältnis> Staat-Kirche
(Staat will Kirche was unterschieben, Ansehen der Kirche wird geschädigt).
- I.: Ich habe Herrn D. gefragt, ob wir nicht über Ursache für Probleme in uns. Staat diskutieren können
z.B. Ausreiseanträge (Antw.: Damit müssen sich Sozial. u. Min. d. Innern befassen)
Leute gehen doch rüber, nicht weil es im Westen so schön ist, sondern weil sie hier Probleme <haben>. Vielleicht liegt es daran, daß wir den Soz. so machen.

- I.: Ich kenne Leute, die ausgereist sind.
z.B. Demonstration.
Wenn man Plakate ausrollt, gegen Nazis, wird man
einkassiert.
- E.: Man muß wachsam sein.
- I.: Das ist überwachsam. Das ist mit allem so! In allem
wird etwas gewittert.
- H.: Woher stammt das?
- I.: Z.B. kenne ich die Mutter von Ph. L.
Initiator "Kirche von unten".
Die wurde einfach rausgeschmissen.
Solche Leute werden einfach rausgeschmissen. Die machen
sich noch einen Kopf.
Frau Wollenberger ist entfernt worden, weil sie stört.
Das ist wie in der Klasse, die Elemente, die stören,
werden rausgeschmissen.
- H.: Kennst Du den Sachverhalt, die dazu führten?
- I.: Wenn sie nicht für den Staat ist, wäre sie ausge-
reist.
Wenn hier nur Stagnation wäre, würde ich auch aus-
reisen.
- H.: Wie müßte es vorangehen!
- I.: Keiner mehr unterdrückt. Versammlungsfreiheit.
- H.: Jeder kann alles.
- I.: Die Gesetze müßten anders sein
z.B. Assi gesetz.
Es müßte Versammlungsfreiheit
Ziel: wahrer Sozialismus
z.B. Bürokratismus.
Uns wird vorgeworfen, wir sind für Umweltschutz, dürfen
aber nicht dafür wurden aber nicht dafür beurlaubt.
- F.: Soz. Ideale nicht verwirklicht
- I.: Nicht richtig!
- F.: Wie kann's anders gemacht werden?
- I.: Zum Nachdenken anregen, verändern.
Wenn ich meine Meinung gesagt habe, hatte ich nur Nach-
teile (alte Schule).
Meinungsäußerung(en) wurden unterdrückt. Man ist ab-
gestumpft, sagt zu allem ja.
- L.: Wer hat Dich dazu gebracht, anders zu sein?
- I.: Freunde, Leute, mit denen man sich identifizieren
<kann>.
Ich identifiziere mich mit Benjamin u. Shenja, die nicht
alles hinnehmen.
Ich habe etwas gegen Leute, die hinnehmen.
- E.: Wofür ergreifen Sie Partei?
Was finden Sie gut?
- I.: Alle sozialen Leistungen
(Arbeitsrecht, Familienunterstützung, Renten ...)
- F.: Sie haben gegen Gesetze verstoßen
- Aufnahmeordnung
Wir lassen nicht zu, daß geg., paz. Pos. die der
Schule diskutiert werden.
Sie haben Gelegenheit, sich den For. der Aufnahme-
ordnung zu stellen. Machen Sie das nicht, ist kein
Platz an der EOS.
Sie haben es in der Hand.
Off. Meinungsstreit ja, aber es hat Grenzen.

Beginn : 09.30 Uhr

~~Ende~~
Ergebnis : sh. Schluß

... Ausf. ... Exempl.

Befragung einer Verdächtigten

H [REDACTED], Christa
geb. [REDACTED].1940 in Frankfurt/O. [REDACTED]
wh. [REDACTED], Berlin 1186
besch.: Magistrat Berlin Abt. Volks-
bildung als : Mitarbeiter
verh.
nicht Vorbestraft

Ich wurde vor Beginn meiner Befragung mit dem Gegenstand vertraut gemacht. Mir wurde gesagt, daß ich zu den durchgeführten Relegierungen an der EOS " C. v. O. " Pankow im September 1988 befragt werden soll.

Ich bin bereit, die volle Wahrheit zu allen Fragen zu sagen.

Frage: Sie wurden im September 1988 als Verantwortliche Inspektorin vom Bezirksschulrat Fr. Ex. Herta O [REDACTED] an der EOS " C. v. O. " Pankow eingesetzt. Mit welcher Aufgabe wurden Sie an dieser Schule eingesetzt ?

A n t w o r t : Ich hatte von Frau Ex. O [REDACTED] mit der Aufgabe an dieser Schule eingesetzt, die ordnungsgemäße Bearbeitung des außergewöhnlichen Vorkommnisses zu kontrollieren. Als erste Aufgabe wurde gestellt, eine Aussprache mit dem Leitungskollektiv der Schule zu führen.

Dies war am 19.09.1988, als ich gemeinsam mit dem Herrn R [REDACTED] diese Aufgabe wahrnahm. Ich kannte zuvor diese Schule und Lehrer nicht.

Frage: Was war der Inhalt dieser am 19.09.1988 durchgeführten Aussprache ?

A n t w o r t: Durch eine Fallmeldung des Direktors Herrn F [REDACTED] vom 17.09.1988 an den Kreisschulrat zur Weiterleitung an den Bezirksschulrat, wurden die Vorkommnisse an der EOS " C. v. O. " Pankow bekannt. Der Inhalt wurde mir auch zur Kenntnis gegeben.

Christa H

Gemeinsam mit dem Herrn R [REDACTED] hatte ich die Aufgabe, mit dem Leitungskollektiv der Schule die Ergebnisse der bisherigen Arbeit an diesem Vorkommnis zu diskutieren, vor allem die Ursachen und Motive zu analysieren und Schlußfolgerungen für die weitere politische Arbeit mit den Schülern abzuleiten.

Im Verlaufe dieses Gespräches war sichtbar, daß es unter den Lehrern und den Inspektoren unterschiedliche Auffassungen zur Bewertung der Vorgänge an der Schule gab.

Sie besaßen zum einen darin, die Arbeit wie bisher fortzusetzen, zum anderen darin, Ursachen und Motive deutlicher aufzudecken und zu ergründen. Letzteren Standpunkt schloßen sich im Endergebnis der Direktor und weitere Leitungsmitglieder der Schule an.

Vorhalt: Durch den Herrn F [REDACTED] und auch durch Frau G [REDACTED] wurde zur Protokoll gegeben, daß die Meinung der Schulleitung nicht akzeptiert wurde. Konkret wurde ausgesagt, daß die Tätigkeit der Schulleitung als " falsch eingeschätzt wurde, sie wollen nur diskutieren, anstatt diese feindliche Provokationen entschieden zurückzuweisen, und die Schule müsse schnellstens auf den richtigen politischen Weg zurückgeführt werden ". Was möchten Sie dazu sagen ?

A n t w o r t: Dazu möchte ich sagen, daß ich und auch Herr R [REDACTED] in die Schule geschickt wurden, weil es nach Ansicht des Bezirksamtes Frau O [REDACTED] an der EOS " C. v. O." Pankow gegensätzliche, organisierte Auffassungen bei den Schülern ging.

Unter dieser Voraussetzung sind wir auch am 19.09.1988 an die Schule gegangen, um diese Fragen zu klären.

Frage: Waren Sie zur damaligen Zeit der Auffassung, daß es sich bei den Schülern um feindliche und organisierte Handlungen an der Schule handelte ?

A n t w o r t: nach Kenntnis der Dinge war mir klar, daß es zumindestens Verstöße gegen die Anordnungen für die EOS und die Schulordnung ging. Von mir und auch von Herrn R [REDACTED] wurde die Frage gestellt, ob es sich nicht auch um feindliche, organisierte Handlungen bei den Schülern handeln könnte. Zu diesem Zeitpunkt wurde dies noch nicht als solche Handlungen eingeschätzt und beurteilt. Es kann jedoch gesagt werden, daß Frau O [REDACTED] diese Handlungen als feindlich -3-

eingeschätzt hat.

Frage: Was geschah nachdem Sie Frau O [REDACTED] vom Gespräch mit der Schulleitung der EOS " C. v. O." unterrichtet hatten ? (19.09.88)

A n t w o r t: Unser Vorschlag Verständnis für ruhiges und besonnenes Reagieren wurde vom Bezirksschulrat Frau O [REDACTED] nicht geteilt, sondern als defensives Herangehen gewertet. Es erfolgte die Festlegung, die " Situation zuzuspitzen ". Frau O [REDACTED] gab eine Orientierung zum Inhalt und Art und Weise wie die Gespräche mit den Schülern unter Leitung des Direktors zu führen sind.

Es wurde auch festgelegt, wer bei den Gesprächen den Schülern vorzustellen ist und wer nicht.

Dementsprechend wurden dann auch die Gespräche mit den Schülern geführt.

Frage: Am 22.09.88 und 23.09.1988 wurden die Aussprachen der Schüler an der EOS " C. v. O. " Pankow durchgeführt. Was war der Sinn und der Inhalt dieser Aussprachen mit den Schülern ?

A n t w o r t: Sinn und Inhalt der Gespräche waren, die Auffassungen der Schüler konkret kennenzulernen, einschließlich der möglichen Ursachen und Motive.

Frage: Durch die Schüler bzw. ehemaligen Schüler F [REDACTED], L [REDACTED], L [REDACTED], K [REDACTED], W [REDACTED], I [REDACTED], v C [REDACTED] und Frau G [REDACTED] wurde mitgeteilt, daß die Aussprachen von der Art und dem Inhalt der gestellten Fragen mehr einer " Vernehmung " gleichen. Was möchten Sie dazu sagen ?

A n t w o r t: Ich möchte sagen, daß die Gespräche durch Herrn F [REDACTED] geführt und geleitet wurden. Ich habe auch Fragen gestellt. Die Zielstellung war, die Auffassung der Schüler kennenzulernen. Das Ergebnis der Gespräche wurde mit der Bezirksschulrätin Frau O [REDACTED] ausgewertet.

Ich muß jedoch sagen, daß auf Grund der Zusammensetzung des beteiligten Personenkreises und der Gesprächsführung den Anschein erwecken konnte, daß es wie ein " Verhör " aussah.

Frage: Zu welchem Ergebnis kam man bei dem beteiligten Personenkreis nach Abschluß der Gespräche ?

Christa H.

Antwort: Nach Abschluß der Gespräche war sichtbar, daß alle Schüler übereinstimmende Standpunkte, mit einigen Unterschieden, hatten, es war auch klar ersichtlich, daß die Standpunkte bei diesen Schülern gefestigt waren.

Frage: Wurden Protokolle über diese Gespräche geführt?

A n t w o r t: Ja. Herr R [REDACTED] und Frau V [REDACTED] haben Protokoll geführt. Diese Mitschriften wurden dann der Bezirksschulrätin Frau O [REDACTED] vorgelesen. Auch den stellv. Herrn R [REDACTED] wurden diese Mitschriften teilweise vorgelesen.

Frage: Welche Entscheidungen wurden nach diesen Aussprachen getroffen?

A n t w o r t: Durch Frau O [REDACTED] und auch durch Herrn R [REDACTED] wurde das Ministerium für Volksbildung schriftlich informiert.

Diese Informationen müßten im Ministerium noch vorliegen.

Frage: Durch Herrn F [REDACTED] wird ausgesagt, daß ab dem 20.09.1988 jeder "Schritt" von ihm in der Schule vorgeschrieben wurde. Zum Beispiel wurde festgelegt, daß er über alle Vorkommnisse zu informieren hat, keine Entscheidungen allein treffen darf, alle Gespräche mit betroffenen Personen wurden vom Wortlaut her vorgegeben, er konnte keine Entscheidungen an der Schule allein treffen. Was können Sie dazu sagen?

A n t w o r t: Durch den Staatssekretär Herrn Lorenz wurde bei einer Beratung festgelegt, daß der Direktor exakt nach den getroffenen Festlegungen zu verfahren hat. Das betraf die Meldepflicht über alle weiteren Aktivitäten von Schülern im Zusammenhang mit dem Vorkommnis. Die Auswertung in der Direktorenkonferenz durch den Kreisschulrat Frau Dr. V [REDACTED].

Eine Schülervollversammlung wurde von mir nicht untersagt. Mir ist jedoch bekannt, daß Herr F [REDACTED] mindestens drei Mal bei dem Staatssekretär Herrn Lorenz war. Dort hat er auch Anweisungen erhalten. Anwesend waren immer der Bezirksschulrat Dr [REDACTED], Kreisschulrat Dr V [REDACTED], Leiter der Hauptschulinspektion Herr H [REDACTED], Herr Dr P [REDACTED] Herr J [REDACTED] (Hauptschulinspektor für Berlin), in einigen Fällen war auch Frau V [REDACTED] anwesend.

Frage: Auf wessen Weisung bzw. Anweisung erfolgten die Anträge auf Relegierungen, Umbesetzungen in eine andere Schule und Verweisen von Schülern der EOS " C. v. O. " Pankow im September 1988 ?

A n t w o r t: In einer der Aussprachen beim Staatssekretär Herrn L o r e n z wurde festgelegt, daß für vier Schüler Anträge auf Relegierungen zu stellen sind. Diese Schüler wurden auch von Herrn L o r e n z benannt.

Es ist auch richtig, daß ich den Herrn F [REDACTED] in Anwesenheit des Schulrates Frau Dr. V [REDACTED] die Relegierungsordnung vorgetragen habe.

Dies tat ich auf Anweisung des Herrn L o r e n z.

Frage: In der Schulordnung § 32 Abs. 2 wird ausdrücklich festgelegt, daß der Antrag auf Relegierung durch den Bezirksschulrat zu erfolgen hat. Warum mußte Herr F [REDACTED] als damaliger Direktor die Relegierungsanträge stellen ?

A n t w o r t: Es gab eine interne Weisung des Ministers für Volksbildung zur Relegierung von Schülern der EOS. Darin war festgelegt, daß der Direktor den Antrag stellt. Dies hatte über den Kreisschulrat an den Bezirksschulrat zu erfolgen.

Der kreisschulrat und der Bezirksschulrat mußte zusätzlich eine Stellungnahme dazu abgeben.

Ich kenne den Inhalt der Begründung zum Antrag auf Relegierung persönlich nicht.

Frage: Wie stehen Sie gegenwärtigen zu den damaligen Relegierung und Bestrafungen von Schülern ?

A n w o r t: Ich schätze ein, daß es ein untauglicher Versuch war, Andersdenkende zu überzeugen oder mit ihnen umzugehen. Heute kann man dies durch nichts rechtfertigen.

12.40 Uhr

durchgelesen :

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

.....
G.M.H.

[Handwritten Signature]
.....

Berlin den 26.02. 1990

Beginn der Vernehmung 12. 25 Uhr ~~Uhr~~

Ende der Vernehmung sh. Schluß Uhr

Ausf. -3- Exemple

Vernehmungsprotokoll

des Zeugen

1. Familienname L [REDACTED] Vorname Benjamin

2. geboren am [REDACTED]. 1970 in Berlin

3. Wohnschrift [REDACTED], Berlin 1100 Telefon [REDACTED]
Hauptwohnungohne Telefon -----
Nebenwohnung

4. Beruf Schüler Tätigkeit Schüler

5. Arbeitsstelle KOS Friedrich List " Berlin Telefon

6. ausgewiesen durch [REDACTED]

Der Zeuge wurde aufgesucht - vorgeladen - vorgeführt - erscheint freiwillig.

Verwandschaftliche und sonstige Beziehungen zum

Beschuldigten keine

Geschädigten selbst

Ich wurde entsprechend §§ 25/ 28 der Strafprozeßordnung über meine Aussagepflicht, mein Aussageverweigerungsrecht und meine Aussageverweigerungspflicht sowie über die strafrechtlichen Folgen einer vorsätzlich unrichtigen oder unvollständigen Aussage belehrt und zur Wahrheit ermahnt. Ich bin über das Recht der Beschwerde gem. § 91 StPO belehrt worden.

Benjamin L.
Unterschrift des Zeugen

Donnerstag, 22. September 1988

Einen Tag später, nachdem ich dieses Gedicht an die Wandzeitung angebracht hatte, wurde ich wie vier andere Schüler aus dem Unterricht geholt und im Lehrerzimmer zur Rede gestellt. Dort waren anwesend: Direktor F■■■■, Frau T. als Klassenleiterin, Frau E. als Parteisekretärin der Schule, 2 GOL-Mitglieder und noch drei Personen, die mir nicht vorgestellt wurden. Es waren zwei Männer und eine Frau. Die beiden Männer saßen im Hintergrund und schrieben mit, ohne sich in das Gespräch einzumischen. Ich empfand diese Atmosphäre als "eiskalt" und fühlte mich wie im "Verhör". Frau H■■■■ (wie ich heute weiß) und Herr F■■■■ führten das Gespräch. Es wurden solche Fragen gestellt wie: "Wie stehst du zur DDR, welche Veränderungen willst du hier". Ich sprach mich für mehr Offenheit in der Presse zum Beispiel aus und sagte, daß ich im Prinzip trotz aller Mängel zur DDR stehe, doch die vorhandenen Mängel auch kritisieren möchte und darüber diskutieren möchte, wie man sie lösen kann. Ich sagte, ich hätte in den vergangenen Wochen nur meine Meinung gesagt, und das könnte doch nicht so falsch sein. Herr F■■■■ fragte mich mit zynischem Unterton, "ob ich in der vergangenen Zeit nicht etwas viel meine Meinung geäußert hätte". Entlassen wurde ich mit der Bemerkung von Herrn F■■■■: "Wenn Sie Ihre Diskussionen in der Art nicht einstellen, ist Ihr Verbleiben an dieser Schule nicht mehr möglich." Ich wollte darauf noch etwas sagen, ich wurde jedoch nach draußen gewiesen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß ich seit diesem Zeitpunkt keinen Diskussionsbeitrag mehr an die Wandzeitung angebracht habe. Die weitere Diskussion nicht mehr provoziert habe.

Freitag, 23. September 1988

Am nächsten Tag, das war der 23.09.1988, kamen meine Klassenlehrerin Frau T. und Frau E., die Parteisekretärin war, zum Elternbesuch zu mir nach Hause in die Wohnung. Anwesend waren zu diesem Zeitpunkt mein Vater und ich. Das Gespräch ist in sachlicher Art und Weise geführt worden. Beide Lehrerinnen ermahnten mich zu mehr "Besonnenheit". Ich sagte zu, meine Handlungen gut zu bedenken und nichts Unüberlegtes zu tun. Frau E. sagte, "bei weiterer Zurückhaltung könne von Bestrafungen, gar Relegierung, keine Rede mehr sein". Mein Vater hat sich mit beiden Lehrerinnen sachlich gesprochen. Diese Aussprache war für mich beruhigend, weil ich der Meinung war, daß damit die Schule nicht überreagieren würde.

Samstag, 24. September 1988

Am 24.09.1988, es war ein Sonnabend, kam es in einer Pause zu einem Streitgespräch zwischen mir und einigen Mitschülern. Sie hielten mir vor, daß ich sie in Gewissenszwang brächte. Ich sollte aufhören mit dem Diskutieren, weil ich damit alles bisher Gewonnene ("Speaker's Corner") aufs Spiel setze. Diese Diskussion wurde von der Chemielehrerin Frau R. aufgegriffen und ohne meinen Willen in die Unterrichtszeit ausgedehnt. Die Lehrerin meinte am Ende der Stunde, daß es gut gewesen sei, die Stunde darüber zu diskutieren.

Montag, 26. September 1988

Am Montag, den 26.09.1988 klingelte um 7.00 Uhr bei uns zu Hause das Telefon. Herr F■■■■ teilte meinem Vater mit, "ihr Sohn ist von der Schule beurlaubt, damit sich die Lage beruhigt". Am gleichen Tag hörte ich von befreundeten Schülern meiner Klasse, daß Herr F■■■■ in meiner Klasse gesagt hätte, "es gibt kein Problem Unterschriftensammlung, es gibt nur noch ein Problem Benjamin" und "eine nicht-negative Lösung kommt für Benjamin nicht in Frage". Damit meinte er, daß ich bestraft werde.

Rat des Stadtbezirks Berlin-Pankow
Abteilung Volksbildung

26. Sept. 1988
dr. [REDACTED]

Magistrat von Berlin
Abteilung Volksbildung
Bezirksschulrat
Genn. H. O [REDACTED]

Werte Genossin O [REDACTED]!

In der Anlage übergebe ich die Ergänzung zur Fallinformation der EOS "Carl von Ossietzky", den Schüler L [REDACTED] betreffend.

Die Möglichkeit einer solchen Beurlaubung wurde bereits am Sonnabend, dem 24.9.1988, beraten.

Ich bestätige die getroffene Entscheidung.

Mit sozialistischem Gruß

Dr. V [REDACTED]
Stadtbezirksschulrat

Anlage

Ergänzung zur Fallinformation

betr.: Schüler Benjamin L. [REDACTED], Klasse 12/1

Ich erhielt am Sonnabend, gegen 12.50 Uhr die Information, daß in der Klasse 12/1 die Lernatmosphäre gestört ist. Der Schüler Benjamin L. [REDACTED] versucht, immer wieder auf sein Problem aufmerksam zu machen. Kollegin R. [REDACTED] berichtete heute morgen über seine Äußerungen.

Er wünscht, "dem Staatsanwalt vorgeführt" zu werden und wendet sich in der Klasse gegen die vom Direktor beschlossenen und durchgeführten Maßnahmen, einschließlich des mit ihm geführten Gespräches.

Im Sinne der Notwendigkeit der Sicherung der für den Unterricht erforderlichen Bedingungen entschloß ich mich heute früh um 06.45 Uhr, den Schüler L. [REDACTED] zunächst für zwei Tage zu beurlauben. Dies erfolgte durch telefonische Mitteilung an den Vater, der sich um 06.50 Uhr in der Wohnung aufhielt und die Beurlaubung entgegennahm.

Leider war es nicht möglich, diese aus meiner Sicht sofort notwendige Beurlaubung vorher mit dem Stadtbezirksschulrat Genn. Dr. V. [REDACTED] zu beraten. Aus unserer Beratung vom Sonnabend, dem 24.09.1988 ging hervor, daß eine solche Maßnahme im Falle des Erfordernisses unverzüglich zu realisieren sei.

Berlin, den 26.09.1988


(R. F. [REDACTED])
Direktor

Rat des Stadtbezirks
Berlin-Pankow
Abt. Volksbildung
Erweiterte Oberschule
„Carl von Ossietzky“
110 Berlin, Görschstraße 42-44

Der Pädagogische Rat

§ 21 Schulordnung

(1) Der Pädagogische Rat ist die Vollversammlung der Lehrer und Erzieher und beratendes Organ des Direktors. Er dient der kollektiven Meinungsbildung, der Entwicklung des einheitlichen Handelns und der Qualifizierung der Pädagogen im Prozeß der Arbeit.

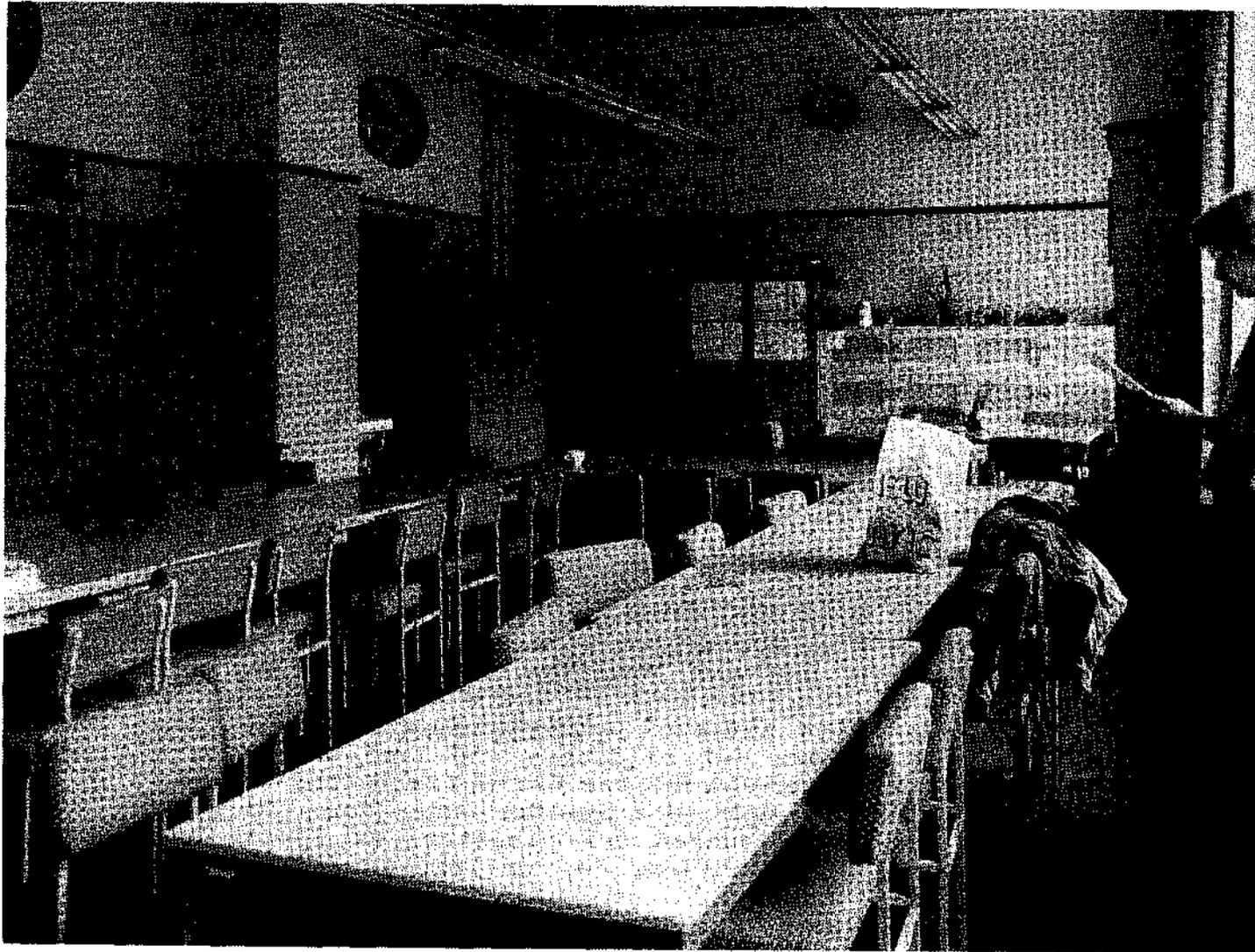
(2) Dem Pädagogischen Rat gehören alle Lehrer und Erzieher einer Schule oder eines Oberschulbereiches, der Vorsitzende des Elternbeirates sowie der Freundschaftspionierleiter der Pionierfreundschaft bzw. in der erweiterten Oberschule der Sekretär der FDJ-Grundorganisation an. (...) Der Pädagogische Rat wird vom Direktor geleitet und einberufen.

(3) Zu den Aufgaben des Pädagogischen Rates gehören:

- die Erörterung grundlegender Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung und der kommunistischen Erziehung der Schuljugend,
- die Beratung von Aufgaben und Maßnahmen zur weiteren Erhöhung des Niveaus der Bildungs- und Erziehungsarbeit auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Gesetze und anderen Rechtsvorschriften, der Weisungen des Ministeriums für Volksbildung sowie der Beschlüsse der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe,
- die Beratung von Fragen, die für die Leitung der Schule, insbesondere für die Erhöhung des Niveaus des Unterrichts und der außerunterrichtlichen Tätigkeit, von grundsätzlicher Bedeutung sind,
- die Beratung des Arbeitsplanes und der Schuljahresanalyse der Schule.

(6) Die Ergebnisse der kollektiven Meinungsbildung im Pädagogischen Rat sind als Empfehlungen zusammenzufassen. Empfehlungen können vom Direktor für verbindlich erklärt werden.

aus der "Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen - Schulordnung - vom 29. November 1979" (Gesetzesblatt Teil I, Nummer 44, Seite 433).



Abschrift

Erweiterte Oberschule
"Carl von Ossietzky"
Berlin-Pankow

Leistungsbericht Kollege Manfred W.

Kollege Manfred W. ist seit 1957 im Schuldienst tätig. Seit 1970 arbeitet er als Fachlehrer für Russisch/Englisch und als Klassenleiter an der Erweiterten Oberschule "Carl von Ossietzky".

Der vom Kollegen W. erteilte Fremdsprachenunterricht im Abiturskurs zeichnet sich durch ein hohes Niveau der Sprachbeherrschung aus. Mit didaktisch-methodischer Vielfalt versucht Kollege W. , Interesse und Leistungsbereitschaft bei seinen Schülern zu wecken.

Dabei ist Kollege W. bemüht, die Erfahrungen der Schüler in den Unterricht einzubeziehen.

Durch differenzierte Unterrichtsgestaltung und persönliches Engagement über den Unterricht hinaus führt Kollege Will die neu aufgenommenen Kollektive der 11. Klassen zur Bewältigung der Anforderungen des Abitur- bzw. Sprachkundigenkurses im Fremdsprachenunterricht.

Als Klassenleiter war Kollege W. im Schuljahr 1987/88 und den vorangegangenen Jahren regelmäßig eingesetzt. Bei der Führung seiner Klassenkollektive ging Kollege W. von dem Ansatz aus, jeden Schüler zu entwickeln und seine Persönlichkeit zu respektieren.

Dabei arbeitet er mit viel Einfühlungsvermögen und Hinwendung zu den die Schüler bewegenden Problemen.

Diese Arbeitsweise fand die Anerkennung der Schüler und Eltern.

Schwächen liegen in der Durchsetzung eines straffen pädagogischen Regimes. Kollege W. stellt seine Forderungen nicht immer mit der notwendigen Konsequenz und kontrolliert nicht regelmäßig den erreichten Stand.

Dies betrifft die Einhaltung der Hausordnung, reicht aber bis zur gezielten politisch-pädagogischen Einflußnahme auf die Entwicklung der Lernhaltungen und Studienwünsche.

Dadurch wird die Wirksamkeit seiner Erziehungstätigkeit eingeschränkt, können sich Schüler den Lehrerforderungen entziehen.

Mit dem Kollegen W. wurden darüber Beratungen geführt und Festlegungen getroffen.

In der weiteren Arbeit stellte sich als eine der Ursachen die Haltung des Kollegen W. zur langfristigen Klassenleiterplanung heraus. Seine Erziehungsstrategie war zu kurzschrittig angelegt, Aktivitäten wurden aus der Situation entwickelt. Regelmäßige Kontrollen durch den Direktor führten im Schuljahr 1987/88 noch nicht zum gewünschten Erfolg, Veränderungen erfolgten zu langsam.

Kollege W. ist sehr am aktuell-politischen Geschehen, besonders bezogen auf die mit der Umgestaltung in der Sowjetunion zusammenhängenden Probleme, interessiert und stets bereit, sich dazu im Lehrerkollektiv zu äußern. Dabei gelingt es ihm nicht immer, vorhandenes eigenes politisches Wissen zur Argumentation zu nutzen und die Dialektik von Wesen und Erscheinung aufzulösen.

Inbesondere bewertet Kollege W. die führende Rolle der Partei mehr emotional und aus subjektiver Sicht als ausgehend vom wissenschaftlichen Inhalt.

Festgelegte Maßnahmen für Parteilehrjahr und Dienstberatungen erbrachten Teilerfolge und zeigten, daß weiter am politischen Grundwissen und der Fähigkeit seiner Anwendung gearbeitet werden muß.

Größere Probleme hat Kollege W. mit der Organisation der eigenen Arbeit. Unpünktlichkeit und Terminverzug machten im vergangenen Schuljahr erste disziplinarische Maßnahmen erforderlich.

Kollege W. zeigte sich einsichtig, benötigt aber weiterhin straffe Kontrolle.

Seine Eignung für die Abiturstufe ist zur Zeit eingeschränkt.

Berlin, den 22.11.1988

(R. F.)
Direktor

Genossen-Elternversammlung vom 27. September

Einen Tag nach dem Pädagogischen Rat, am 27. September 1988, fand eine Genossen-Elternversammlung statt. Ich hatte mit den Genossen der Parteileitung die inhaltlichen Aussagen zusammengestellt, hatte aber auch Instruktionen der Stadtschulrätin bekommen, mit der ich tags zuvor gemeinsam mit dem Direktor zusammengesessen hatte.

Ich bereitete mich sehr gründlich auf die Versammlung vor.

Inhaltliche Aussagen, soweit ich mich erinnern kann, waren:

- Wir haben an unserer Schule ein offenes politisches Klima erzeugt und sind stolz darauf. Wir haben den Meinungsstreit herausgefordert, wollen keine Nicker und Jasager erziehen, sondern ehrliche junge Menschen. Ich wies auf Erfolge hin und auf die Tatsache, daß andere Schulen in uns wegen der öffentlichen Meinungsäußerung an der "Speaker's Corner" ein Vorbild sehen. Es gehe nicht darum, die Schüler zu bestrafen, die ihre Meinung gesagt haben. Es solle nicht bestraft werden, weil es nicht unsere Meinung ist!
- Wir haben gelernt, daß wir mit Meinungen konfrontiert werden, die nicht die unseren sind, und werden auch weiterhin damit arbeiten und leben, mit Schülern im Streit zu stehen. Der Streit müsse aber zur *politischen Qualifizierung* führen.
- Die kritische Sicht solle sich zu allererst auf die Tätigkeit im eigenen Hause richten, auf das Lernen, um für jeden Schüler die für ihn zweckmäßigsten Möglichkeiten seiner Entwicklung zu finden. Auch auf die Einhaltung der *Ordnung, Disziplin und Sauberkeit*. Was sich jetzt abgespielt habe, sei etwas anderes. Das sei *organisiertes Formieren von Schülern gegen staatliche Entscheidungen und staatliche Gesetzlichkeit*.
- Unterschriften wurden gesammelt, um Unruhe zu stiften, um staatliche Entscheidungen zu unterminieren. Das bedeute eine Ablenkung von der eigentlichen Arbeit, dem Lernen. Die Lernatmosphäre ist vergiftet. Um diese Situation zu beenden, brauchen wir die Hilfe und Unterstützung der Eltern. Es müsse im Schulhaus wieder eine solide Lernatmosphäre geschaffen werden; denn wir haben einen ganz konkreten Bildungs- und Erziehungsauftrag.
- Die Schulparteiorganisation erwartet von den Genossen-Eltern ganz konkrete Hilfe, z.B. indem die Genossen mit ihren eigenen Kindern klare Positionen beziehen, so daß diese dann in ihren Klassen offensiver auftreten und indem die Genossen-Eltern den Klassenleiter in den bevorstehenden Elternaktivwahlen unterstützen und ebenfalls allen Eltern gegenüber klare Positionen beziehen.

In der darauf folgenden Diskussion wurden die Fakten noch weiter vertieft und erläutert. Der Parteisekretär der Elternvertretung und der SED-Kreissekretär sprachen ebenfalls. Alle Genossen, die sich zu Wort meldeten, meinten zunächst, den chaotischen Zuständen an der Schule müsse Einhalt geboten werden. Vier Wochen waren seit Schuljahresbeginn vergangen, und es hatte noch kein ordentlicher Unterricht stattgefunden. Das ginge zu weit, die Grenze sei übertreten, das Maß sei voll u.a.m. Rädelsführer und Unruhestifter hätten an einer solchen Schule nichts zu suchen. Die Carl-von-Ossietzky-Schule sei eine *Auswahlschule*. Beispiele aus Ungarn, der Tschechoslowakei und der DDR (1953!) wurden aufgeführt und die provozierende Rolle, die von Jugendlichen dabei gespielt worden sei. Alle Anwesenden waren der Meinung, es müsse etwas passieren, damit der Unterricht störungsfrei verlaufe und eine ordentliche Lernatmosphäre geschaffen werde.

Protokoll der Parteisekretärin, angefertigt im November 1991 anhand privater Aufzeichnungen.

Direktive

zur Tätigkeit der Genossen in den Elternvertretungen an den allgemeinbildenden Schulen

(Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 27. April 1977)

Bei der Verwirklichung der im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gestellten Aufgaben wächst die Rolle und Verantwortung der Familie für die Erziehung. Mit ihren spezifischen Möglichkeiten leistet die Familie einen unverzichtbaren Beitrag zur charakterlichen und moralischen Erziehung, zur Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen.

Auf der Grundlage der Interessenübereinstimmung von Schule und Familie ist die immer engere Zusammenarbeit von Pädagogen und Eltern charakteristisch für unsere Gesellschaft.

Entsprechend der Beschlüsse der Partei und der Gesetze und Verordnungen der Regierung übernehmen die Elternvertretungen als gewählte Organe der Eltern in Schulen und Klassen Mitverantwortung für die Sicherung hoher Bildungs- und Erziehungsergebnisse und tragen zur weiteren Vervollkornung der sozialistischen Demokratie bei. Sie beeinflussen das gemeinsame Handeln von Schule und Elternhaus bei der Vorbereitung der Mädchen und Jungen auf die Arbeit und das Leben. Sie richten ihre Aufmerksamkeit auf die immer wirksamere Wahrnehmung der Verantwortung der Eltern für die Persönlichkeitsentwicklung ihrer Kinder, organisieren die Mitarbeit der Eltern bei der kommunistischen Erziehung und geben ihnen dafür gemeinsam mit den Pädagogen Rat und Hilfe.

Die Partei trägt Sorge dafür, daß die verantwortungsvolle Tätigkeit der Elternvertreter in der sozialistischen Gesellschaft unterstützt, gefördert und gewürdigt wird.

Auf der Grundlage des Statuts der SED ist die Arbeit der Genossen Eltern in den gewählten Elternvertretungen in folgender Weise zu regeln:

1. Die Kommunisten, die in die Elternbeiräte und Klassenelternaktive gewählt werden, haben für die politische Wirksamkeit der Elternvertretungen eine große Verantwortung. Sie tragen durch ihre Tätigkeit zur Verwirklichung der führenden Rolle der Partei in diesen demokratischen Gremien bei.

Ihre besondere Verpflichtung besteht darin:

- mitzuhelfen, die Schulpolitik in den Elternvertretungen, in Elternversammlungen, in persönlichen Gesprächen und auf andere Weise zu erläutern sowie die Initiativen der Elternvertreter und aller Eltern auf die Verwirklichung der schulpolitischen Aufgaben zu lenken;
- dafür zu sorgen, daß die Kommunisten unter den Eltern beispielgebend bei der kommunistischen Erziehung ihrer Kinder vorangehen sowie darauf hinzuwirken, daß gute Erfahrungen der Eltern bei der Erziehung der Kinder verallgemeinert werden;
- Einfluß zu nehmen auf die weitere Festigung der vertrauensvollen Beziehungen zwischen Eltern und Pädagogen;

Herausgegeben vom Büro des Politbüros

— das Zusammenwirken von Schule, FDJ- und Pionierorganisation „Ernst Thälmann“, Elternhaus, Betrieb und Wohngebiet zu fördern und den Leitungen der FDJ sowie den Pionierräten an der Schule Hilfe zu geben; — sich dafür einzusetzen, daß erfahrene und bewährte Eltern, die aktiv die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule unterstützen, für die Elternvertretungen vorgeschlagen werden.

2. Entsprechend des Status der SED wird an jeder Schule eine Parteilgruppe der Elternvertretungen gebildet. Die Parteilgruppe der Elternvertretungen hat die Aufgabe, den Einfluß der Partei allseitig zu verstärken, die Politik der Partei unter den Eltern zu vertreten und dafür zu sorgen, daß alle Genossen Elternvertreter aktiv an der Verwirklichung der Schulpolitik der Partei und Regierung mitwirken.

Der Parteilgruppe gehören alle Mitglieder und Kandidaten der SED an, die in den Elternbeirat und in die Klassenelternaktive gewählt wurden.

Die Parteilgruppe ist jeweils nach der Wahl des Elternbeirats an der Schule durch den Sekretär der Schulparteiorganisation zu konstituieren. In offener Abstimmung werden der Sekretär, der in der Regel Mitglied des Elternbeirats sein sollte und entsprechend der Größe der Parteilgruppe, ein oder zwei Stellvertreter gewählt. Der Vorschlag dazu wird von der Leitung der Schulparteiorganisation unterbreitet.

Der Sekretär der Parteilgruppe übt seine Funktion mit Zustimmung seiner Grundorganisation aus. Er arbeitet eng mit der Leitung der Schulparteiorganisation zusammen.

Er beruft in Absprache mit der Leitung der Schulparteiorganisation zur Erörterung grundsätzlicher Beschlüsse der Partei und wichtiger Informationen, zur Vorbereitung von Versammlungen der Genossen Eltern und Wahlversammlungen Beratungen der Parteilgruppe ein und nimmt Einfluß darauf, daß sich die Genossen Elternvertreter vor wichtigen Entscheidungen im Elternbeirat bzw. in den Klassenelternaktiven beraten.

3. Die Schulparteiorganisation arbeitet eng mit der Parteilgruppe der Elternvertretungen zusammen. Zu diesem Zweck informiert die Leitung der Schulparteiorganisation regelmäßig die Parteilgruppe der Elternvertretungen über wichtige politisch-ideologische Aufgaben und Probleme an der Schule, berät sich mit ihr über den Stand der Bildungs- und Erziehungsarbeit und vorzubereitende grundlegende Entscheidungen.

Die Leitung der Schulparteiorganisation hat das Recht, in begründeten Fällen in Abstimmung mit dem Sekretär der Parteilgruppe bzw. auf Antrag oder auf Beschluß einer übergeordneten Leitung, Versammlungen

der Genossen Eltern einzuberufen. Sie legt Ziel und Inhalt dieser Zusammenkunft fest.

Je nach Situation können diese Versammlungen mit allen Genossen Eltern einer Schule, einer Klassen- bzw. Altersstufe, einer Klasse oder territorial durchgeführt und dazu Genossen der Parteileitung des Betriebes, des Wohnbezirks oder Genossen aus Parteileitungen gesellschaftlicher Organisationen eingeladen werden.

4. Die Kreisleitungen der SED sind im Zusammenwirken mit den Leitungen der Schulparteiorganisationen verantwortlich dafür, daß an allen Schulen Parteilgruppen der Elternvertretungen entsprechend dem Status der SED gebildet werden.

Sie nehmen Einfluß auf die Auswahl der Sekretäre der Parteilgruppen der Elternvertretungen, besätigen sie und legen Maßnahmen zu ihrer regelmäßigen Anleitung fest.

Die Kreisleitungen achten auf die Zusammenarbeit zwischen den Leitungen der Schulparteiorganisationen und den Sekretären der Parteilgruppen der Elternvertretungen und sorgen dafür, daß die Genossen durch ihre Grundorganisationen Unterstützung erhalten.

Erweiterte Oberschule
"Carl von Ossietzky"

Lieber Genosse Direktor !

Bei der Konstituierung der Elternvertretungen für das kommende Schuljahr 1987/88 möchten wir Dich um Mitarbeit bitten, um die befähigsten Eltern für die neuen Elternvertretungen auszuwählen.

Bitte teile uns möglichst bis zum 15.04.1987 mit, welche Empfehlungen Du geben kannst für die Auswahl unter den Eltern der von Deiner Einrichtung an die BOS delegierten Schüler (evtl. auch, wo abgeraten wird). Dabei interessiert uns auch besonders, bei welchen Eltern bereits Erfahrungen in der Arbeit im Elternbeirat existieren an die wir anknüpfen könnten. Die notwendigen Gespräche zur Bereitschaft der weiteren Mitarbeit möchten wir dann noch im Schuljahr 1986/87 abschließen.

Gleichmaßen möchten wir Dich bitten, auf die Schüler hinzuweisen, die für die Tätigkeit im FDJ-Aktiv (GOL, EOL) besonders geeignet sind.

Name d. deleg. Schülers	für Mitarb. im FDJ-Aktiv	Mitarbeit d. Eltern zu empfehlen		besondere Hinweise
		KFA Vater; Mutter	EB Vater; Mutter	
o. / / /				

STAATLICHES KOMITEE FÜR RUNDFUNK
BEIM MINISTERRAT DER DDR
HA Kader/Bildung

DDR 116 Berlin, Nolepoststraße 16-30

Direktor
EOS "C. v. Ossietzky"

Görschstr.

Berlin

1100

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Monat

Unser Zeichen

Tag

Betreff

20.10.89

Sehr geehrter Genosse Direktor!

Der Schüler David R. [REDACTED] möchte sozialistischer Journalist werden. Er hatte sich - wie Sie wissen - aus diesem Grunde um ein Volontariat beim Rundfunk der DDR beworben mit dem Ziel, Journalistik an der Karl-Marx-Universität zu studieren. In unserem Auswahlverfahren zeigte er sehr viel Wissen, Fähigkeiten, gesellschaftliche Zusammenhänge herzustellen und Begabungen für diesen Berufsweg. Wir haben ihn deshalb in unser Volontariat 1989/90 aufgenommen.

Sie wollen wir nun mit diesem Brief bitten, unseren künftigen Volontär auf sein Volontariat vorbereiten zu helfen. Wir erwarten von ihm schon während der Schulzeit hohes gesellschaftliches Engagement. Wir erwarten, daß er nicht nur um gute und sehr gute Leistungen vornehmlich in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern ringt, sondern im Schulkollektiv auch erkennbar als Agitator wirkt, Wandzeitungsredakteur ist, Menschen überzeugen lernt und in jeder Situation als Vorbild auftritt. Dies ist gewiß ein respektabler, nicht von heute auf morgen zu bewältigender Anspruch an den jungen Menschen. Ein künftiger Parteijournalist jedoch muß sich frühzeitig ihm stellen. Und weil wir wissen, daß er dafür die Hilfe erfahrener Genossen braucht, wenden wir uns an Sie.

2

Fernruf: 6300 Auskunft
636 Nr. des Hauptapparates
Fernschreiber: 11 22 76

Drehtonschrift
Funkkomitee

Bankverbindungen:
Sib. Berlin,
Konto-Nr. 6741-33-111
Fernschreiber Berlin 7199-99-13141

Fahrverbindung: S-Bahn Ostkreuz,
Straßenbahn Linien 13 und 82

00 290 102

David R. [REDACTED] hat in unserem Auswahlverfahren erkennen lassen, daß er sich mit dem Gedanken einer Mitgliedschaft in den Reihen der SED auseinandersetzt. Bitte, helfen Sie ihm dabei.

Schließlich würden wir uns freuen, wenn es Ihre Zeit erlaubt uns mitzuteilen, wie unser künftiger Volontär sein letztes Schuljahr bewältigt. Uns interessieren Lob und Tadel, vor allem aber Tendenzen seiner staatsbürgerlichen Reife, seiner Entwicklung zur sozialistischen Persönlichkeit.

Mit sozialistischem Gruß

H. R. [REDACTED]
HA-Leiter

I. M. [REDACTED]
Leiterin des Volontariats

MfS, ZAIG, Nr. 150/89

Berlin, 1.6.1989

Informationen an Honecker, Krenz, Dahlus, Hager, Herrmann, Jarowinski, Herger, Hörning, Schulz, Sorgenicht, Krauß Löffler, Großmann, Neiber, Schwannitz, intern MfS.

Streng geheim!

Um Rückgabe wird gebeten!

Informationen über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen

[...] Seit Beginn der 80er Jahre anhaltende Sammlungs- und Formierungsbestrebungen solcher Personen, die sich die Aufweichung, Zersetzung und politische Destabilisierung bis hin zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zum Ziel setzen, führten zur Bildung entsprechender Gruppierungen und Gruppen.

[...] Erkenntnisse zu von solchen Gruppen ausgehenden Aktivitäten im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen die Herstellung der antisozialistischen Schrift "Grenzfall", dem versuchten Mißbrauch der Kampfdemonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Jahre 1988 in Berlin und aus gleichem Anlaß 1989 in Leipzig sowie der Einmischung in staatliche Entscheidungen zu Schülern der EOS "Carl von Ossietzky" Berlin-Pankow bestätigen eine neue erreichte Qualität des Zusammenwirkens solcher Zusammenschlüsse.

[...] Gegen die Grundlagen und die Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus gerichtete Angriffe finden ihren konzentrierten Ausdruck in Forderungen nach Änderung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung und nach "Erneuerung des Sozialismus". Dabei berufen sich diese Kräfte immer stärker auf die Umgestaltungsprozesse in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern.

[...] Gegen die kommunistische Erziehung der Jugend gerichtete Angriffe beinhalten u.a. Forderungen nach Aufgabe des "Totalitätsanspruchs" der marxistisch-leninistischen Weltanschauung als gültige Lehre und Praxis in allen Bildungseinrichtungen sowie Abbau des "Totalitätsanspruchs" gesellschaftlicher Institutionen zur politischen Erziehung. Es wird orientiert auf die Schaffung alternativer Bildungseinrichtungen und uneingeschränkte Glaubens- und Religionsfreiheit an Bildungseinrichtungen. (Die Ereignisse im Zusammenhang mit der Relegation von Schülern der EOS "Carl von Ossietzky" Berlin-Pankow verdeutlichen die Stoßrichtung personeller Zusammenschlüsse, aktuelle Anlässe auszunutzen, breitere Personenkreise zu mobilisieren, sich neue "Diskussions- und Aktionsbereiche" zu schaffen, um mit dem Ziel, Druck auf Partei und Regierung auszuüben, getroffene staatliche Entscheidungen rückgängig zu machen.)

[...] Seit Bildung von personellen Zusammenschlüssen sind diese und insbesondere deren Führungskräfte bemüht, sowohl die verfassungsrechtlich verankerten Rechte der Kirchen für ihre Zwecke auszunutzen und zu mißbrauchen als auch alle anderweitig sich bietenden Möglichkeiten auszuschöpfen und neue Methoden zu praktizieren, um ihre gesellschaftspolitischen Konzeptionen und Forderungen zu artikulieren und zu popularisieren und damit eine breitere Öffentlichkeitswirksamkeit und Unterstützung zu erreichen. Dabei sind sie bestrebt, unterhalb der Schwelle einer strafrechtlichen Relevanz zu bleiben. Gezielt werden Tests zur Ausweitung des Handlungsraumes und der "Belastbarkeit" des Staates vorgenommen ...

aus Armin Mitter und Stefan Wolle (Hrsg.), "Ich liebe euch doch alle!" Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989, Berlin/DDR 1990, S. 46-52

a)

**Krisensitzung
der FDJ-Bezirksleitung**

Die Schüler waren [am 27. September 1988] geschlossen bei mir, als in der Schule und auch in Elterngesprächen noch davon die Rede war, daß eine Relegierung nicht in Frage kommt. Am nächsten Tag bin ich in den Zentralrat der FDJ und habe versucht, mit Eberhard A. [redacted] [Vorsitzender des FDJ-Zentralrats] ein Gespräch zu führen. Der Eberhard A. [redacted] war derzeit in Bulgarien.

Dann habe ich mich an die Bezirksleitung der FDJ gewandt. Dort war eine Krisensitzung, einberufen wegen der Schüler an der Carl-von-Ossietzky-Oberschule.

An diesem Gespräch nahmen teil der Zweite Sekretär der FDJ-Bezirksleitung, den es heute in dem Posten nicht mehr gibt, und der Erste Sekretär der FDJ-Bezirksleitung, Helmut M. [redacted], der heute noch in Amt und Würden ist. Später kam der Zweite Sekretär des FDJ-Zentralrates dazu: Volker V. [redacted], der auch heute nicht mehr Zweiter Sekretär ist - leider.

Wir sprachen über die Vorgänge, wir sprachen darüber, wer welche Informationen hat, und ich bat darum, daß die Schüler weder relegiert werden noch von der FDJ ausgeschlossen werden, wenn sie nicht selber den Rückzug aus der FDJ beantragen. Daraufhin versuchte man, beide Dinge voneinander zu trennen und sagte, daß die Relegierungen schon unterschrieben sind von der damaligen Volksbildungsministerin Margot Honecker und daß es hier nur noch darum ging, daß man einen Vorlauf schafft als FDJ und daß man die Schüler, bevor die Relegierungen dann ausgesprochen werden, öffentlich, aus der FDJ ausschließt.

aus einem Interview mit Jörg R. [redacted], Mitglied des Zentralrats der FDJ, im Fernsehen der DDR (Sendereihe "Klartext") vom 14. November 1989.

b)

**FDJ-Zentralrat
zu "Klartext"**

Berlin (JW)

In einer am Dienstagabend gesendeten Reportage des DDR-Fernsehens aus der Reihe "Klartext" wurden Aussagen gemacht, die nicht der Wahrheit entsprechen. Mit der Relegierung von Schülern der Ossietzky-Oberschule in Pankow, die der Film untersuchte, hatte der Zentralrat der FDJ nichts zu tun. Nach Auskunft des damaligen 2. Sekretärs des Zentralrats, Volker V. [redacted], gab es über die Vorgänge an der Schule nur ein einziges Gespräch im FDJ-Zentralrat, um das das Mitglied des Zentralrats Jörg R. [redacted] bat. Ihm wurde empfohlen, die FDJ angehende Entscheidungen allein dort und so zu treffen, wie es dem Statut der FDJ entspricht, also einzig und allein in der FDJ-Grundorganisation. Wenn jetzt die Angelegenheit so dargestellt wird, daß der durch die Grundorganisation gefaßte Beschluß zum FDJ-Ausschluß eine Begründung für die Relegierung sein sollte, ist das eine weitere Entstellung, die die Verantwortung für diese falsche Entscheidung dem Falschen zuweist. Ganz abgesehen davon, daß man auch fragen muß, wieso ein Ausschluß aus der FDJ zum Verweis von der Betreffenden von der Schule führen muß, wie es die damals Verantwortlichen der Volksbildung entschieden.

*Junge Welt
16. November 1989*

Th. II : erläutert ^{Frage nach} Gründe für Ausschluss von Kaja und Kai

Deinungen der Klasse : Bedeutung der Mitgliedschaft in der FDJ!

Kaja : Gespräch mit Direkt. nicht verwunsenoll, fühlte sich unter Druck, nicht verwunsenwünschte Personen im Gespräch

o Sind Militäropasaden persön. Probleme für sie?

Frage nach ...

Kaja : Nein.

o Form der Militäropasaden unterschrieben sonst was akzeptiert

Kai : Was unterschreibt zurückzieht, ist politische Unreif!
testfa : ok.

o Warum grundsätzlicher Mißbrauch?

! kennt die Leute nicht.

Fr. [] : Problem ^{Worte} nicht seit 1. Schultag, lang geplant. Charakter der Meinungen nicht möglich bei K. und K. Warum wurde nicht diskutiert?

Fr. [] : Es Atmosphäre -> keine zum Potenziellen noch möglich

Kai : Will Leute bewegen! Unterschriftenliste als gutes Bsp. für das Drucken eines Meinungsbriefes einer Schule.
Es Diskussionsbeziehung für wichtige die noch Demokratie, gegen Polizeiwilktät

Fr. F [] zu Personen : welche herauskommen, wobei diese Aktivitäten in der Gesamtheit überlegen sollte. Muss man bei jeder Page gleich Unterschriften sammeln durchführen.

Woher wollen sie noch versammeln, was wollen sie für eine Organisation?

Unterschriftenammlung = Druck auf Staatsorgane

Woher sollte gegen Militäropasaden kämpfen!

Fr. K [] zu Spekers' Corner -> alle Fragen, die ungewissen Werten sind um gegen den Staat und uns als Kritik gestellt.

Klasse 115

29.9.88

Th. H. : erläutert Gründe für Antrag auf Ausschluß von Katja und Kai

◦ Meinungen der Klasse: Bedeutung der Mitgliedschaft in der FDJ

Katja: Gespräch mit Direkt. nicht vertrauensvoll, fühlte sich unter Druck, nicht vertrauenswürdige Personen im Gespräch

◦ Sind Militärparaden persönl. Probleme für Sie?

Katja: Nein.

◦ Form der Militärparadenunterschriftensammlung nicht akzeptiert

Kai: Wer Unterschrift zurückzieht, ist politisch unreif!

Katja: ok.

◦ Warum grundlegendes Mißtrauen?

: kennt die Leute nicht.

Fr.L.: Probleme nicht seit 1. Schultag, lang geplant.

Korrektur der Meinungen nicht möglich bei K. und K. Warum wurde nicht diskutiert?

T.: zur Atmosphäre → Lehrer zum Protokollieren sehr nützlich

Kai: Will Schüler bewegen! Unterschriftenliste als gutes Bsp. für das Beurteilen eines Meinungsbildes einer Schule.

Zur Diskussionsbereitschaft: für Weiterentw. der soz. Demokratie, gegen Polizeiwilkkür

Herr F. zu Gesprächen: wollte herausbekommen, wozu diese Aktivitäten in ihrer Gesamtheit dienen sollten. Muß man bei jeder Frage gleich Unterschriftensammlungen durchführen.

Wozu wollten sie sich versammeln, was wollten Sie für eine Organisation? Unterschriftensammlung = Druck auf Staatsorgane

Wozu Schüler gegen Militärparaden sammeln!

Frau K. zur Speaker`s Corner -> alle Fragen, die aufgeworfen wurden, sind nur gegen den Staat und nur als Kritik gestellt.

◦ Bezug aufs Statut: MITWIRKEN beim Beseitigen der Mängel

Katja: Polizeiwillkür Pfingsten

Frau N.: Sie wollen Leute formieren gegen staatl. Maßnahmen

Frau L.: deutlich, daß sie kein Vertrauen haben (Kai hat gesagt, ihm werde es verwehrt, sich an staatl. Behörden zu verwenden)

Herr F.: zum Gedicht als Provokation zu dem Zeitpunkt, weist zurück, daß Gedicht zum Meinungsstreit dienen sollte

Kai: Lassen Sie uns mit dem Gedicht in Ruhe!

◦ Warum setzen Sie sich so für`s Gedicht ein, wenn Sie nichts damit zu tun haben.

Kai wehrt sich gegen Vorwürfe: daß er nicht bereit ist, sich an staatl. Behörden zu wenden
daß er Schüler gesammelt hat und keine Antwort haben wollte.



Seine Meinung ist eine Frage, kein Problem.

(?)

xxxx behauptet, er wurde verleumdet

Sagt, daß Gespräch Verhör war, Fragepunkte = Anklagepunkte

"gesetzwidrig" (unsachlich, provokant)

Gast von BL - Man muß eine Haltung zu best. Fragen[↑] haben

Frage = Vorwurf

Haltungen müssen diskutiert werden.

Jeder soll seine Meinung zu Geschehnis und zu den eben bekannten Haltungen verdeutlichen:

Katja - bezichtigt Herrn F. der Tatsachenverfälschung

(Vertrauenspersonen)

◦ Man muß sich über Konsequenzen eines Ausschlusses im Klaren sein.

Kai - in der FDJ, um polit. Klima und Geschehen zu gestalten

◦ Warum erst gegen Forum und jetzt doch?

Erst sagt er, Liste war illegal, jetzt Frage, welche Gesetze er mißachtet hat

Kai hat seiner anfangs geäußerten Meinung zur Legalität bzw. Illegalität und zur Unterschriftensammlung widersprochen. Er ist bereit, ein Gesetz (gegen Unterschriftensammlungen u.ä.) anzuerkennen.

Diskussion darum, ob es wichtig für eine FDJ-ler ist, die Gesetze der DDR anzuerkennen.

Kai: Seine Haltung zeigt sich in seinen Handlungen

Frau L.: Kai benutzt die anderen, um seine Meinung zu vertreten.

Ausschluß Kai ja: 17 nein: 3

Katja ja: 15 nein: 2

2 Enthaltungen



GOL Vorschlag angenommen

Mitgliederversammlung Klasse 12,

Gäste: Leber, GOC-Mitglieder, Mitglied der BL, Vertreter des Pöbelbundes B1
 Thomas H. stellt Foucault dar, die zum Anfang auf eine FDJ-Straße führten,
 B. Gutje (Versammlungsleiter) hebt zur Diskussion und Stellungnahme
 der Klasse zu den Benutzungen

Katzen: Verhalten im Klassenkollektiv und im Schulkollektiv Bergmanns (und
 auch Weirauss) → wollen keine Diskussionen zu aufgeworfenen Problemen, Verhal-
 ten gegenüber Leber (bes. vor D.) → Mißfallen, zeigt Vorstoß gegen Statut →
 kritisiert, daß B. nicht selbst Kritik aufnimmt

Jaqueline: Auszüge aus Statut → zeigt, gegen welche Statutpunkte Vorstoß wurde,
 Diskussion um Ideen zum Weltfriedenstag → Kritik an B. Haltung zur Lage in
 Pöbel, ist die Meinung, daß B. nicht die Erde und Aufgaben der AL in SBZ
 kennt → Frage, wozu Fakten kommen zu Pöbel, Demo, und Unterschriftensam-
 lung, findet es schade, daß B. Meinung anderer, Statut und Regeln des
 Meinungstreites nicht anerkennt

Bergmann: zu Pöbel: Artikel aus ND, BZ, Jw; Pöbel → keine Unterschrift, weit rechts
 Form; Meinungsstreit: ist die Meinung, daß es die Meinung anderer ~~Leute~~ Leute
 akzeptiert, aber nie sie polemisch diskreditiert, bei Diskussion mit Herrn T. wollte
 keine seine Hintergründe ~~wort~~ wissen und daß man ihn nicht ändern wollte
 Thomas H. kritisiert, daß B. anderen falsches Bild von Pöbel vorwirft

Stephan: ist die Meinung, daß B. sich negativ zu Regeln der KVA und der Welt-
 Bereitschaft äußert → was nicht erreichbar → will (gemeinsam mit Weirauss)
 zur Grundwertbildung leisten → meint, daß man es zu einem FDJ-er der EDS
 3. Jahr Arbeit erwarten kann → haben mit ihm Kontakt zum Kampfprogramm
 Namen der Klasse mißbraucht, weil sie eine Meinung damit geäußert
 haben → mißbilligt Verhalten im GSt-Lage und Auftreten im polit-
 diskussions → Plausibel: Kulturarbeit aber müßte wohl als KOC-Mit-
 glied positive Meinung zum Statut haben

Abschrift des handschriftlichen Originals

Mitgliederversammlung Klasse 12₄

Gäste: Lehrer, GOL-Mitglieder, Mitglied der BL, Vertreter des Patenbetriebes BB

Thomas H. stellt Fakten dar, die zum Antrag auf eine FDJ-Strafe führten.

Antje L. (Versammlungsleiter) bittet um Diskussion und Stellungnahme der Klasse zu den Bestrafungen

Kathrin: Verhalten im Klassenkollektiv und im Schulkollektiv Benjamins (und auch Wolframs) → wollen keine Diskussionen zu aufgeworfenen Problemen, Verhalten gegenüber Lehrern (besonders Herrn D.) → Mißfallen, zeigt Verstoß gegen Statut → kritisiert, daß B. nicht selbst Kritik aufnimmt.

Jacqueline: Auszüge aus Statut → zeigt, gegen welche Statutpunkte verstoßen wurde. Diskussion um Polen zum Weltfriedenstag → Kritik an B. Haltung zur Lage in Polen, ist der Meinung, daß B. nicht die Ziele und Aufgaben der AK im Soz. kennt → Frage, woher Fakten kommen zu Polen, Demo und Unterschriftensammlung, findet es schade, daß B. Meinung anderer, Statut und Regeln des Meinungsstreites nicht anerkennt.

Benjamin: zu Polen: Artikel aus ND, BZ, Jw; Plakat → keine Unterschrift, weil schlechte Form; Meinungsstreit: ist der Meinung, daß er die Meinung anderer Leute akzeptiert, aber über sie polemisch diskutiert, bei Diskussion mit Herrn F. wollte keiner seine Hintergründe wissen und daß man ihn nicht anhören wollte

Thomas H. kritisiert, daß B. anderen faschistoides Denken vorwirft
Stephan: ist der Meinung, daß B. sich negativ zu Fragen der NVA und der Wehrbereitschaft äußerte → war nicht erreichbar → will (gemeinsam mit Wolfram) nur Grundwehrdienst leisten → St. meint, daß man es von einem FDJ-ler der EOS 3 Jahre Armee erwarten kann → haben mit ihrer Zuarbeit zum Kampfprogramm Namen der Klasse mißbraucht, weil sie nur ihre Meinung damit geäußert haben → mißbilligt Verhalten im GST-Lager und Auftreten in Politdiskussionen → Pluspunkt: Kulturarbeit aber müßte wohl als KOL-Mitglied positive Meinung zum Staat haben

Andreas: Frage: Warum hat Stephan B. in KOL gewählt?

Stephan: sieht Fehler ein, hat nur Kulturarbeit beachtet

Jacqueline: sieht auch diesen Fehler ein, rechtfertigt sich, daß Fakten um B. (und Wolfram) noch nicht bekannt waren

Thomas T: wir verübeln B. nicht seine Haltung, wir verwahren uns aber, daß Meinungen nur propagiert werden und versucht wird, eine Opposition zu schaffen

Peter : Frage? Will B. in FDJ (+ deren Statut) bleiben und seinen Beitrag leisten? Hat er eingesehen, daß sein Verhalten falsch war?

Gast : entweder B. erkennt Statut ganz an oder nicht, (als Reaktion auf Zitat von B. aus dem Statut) nicht nur Zitat

Gast : fragt nach Verstößen B.s

Peter : wiederholt seine Frage

B. : erkennt in seinem Handeln zwar Unüberlegtes aber nichts Ungesetzliches

Peter : B. muß Konsequenzen aus seinem Handeln ziehen; B. soll zur Einsicht kommen, ist für Ausschluß, wenn B. nicht zur Kooperation bereit ist, B. kann mit seiner momentanen Meinung nicht unseren Staat vertreten

- Antje: belegt B.'s Verstoß gegen das FDJ-Statut
B.: wollte nie NVA angreifen, sondern ihm gings um den Fakt → insofern ist er kooperativ
- Wolfram: will, daß nur über Fakten, nicht über "Vermutungen" (betreffs Herrn D.) reden, rechtfertigt Meinung im Kampfprogramm
- Frau Th.: erkennt keine Bereitschaft B. und W. zur Klärung der Frage "Militärparaden"
- Thomas T.: zitiert Statutartikel, aus dem auch B. zitiert hat (Mängel aufdecken und beseitigen) Wo bleibt der Drang nach Beseitigung? Warum kein konstruktiver Dialog? Warum Unterschriftensammlung?
- Andrea: Will alles über Vorwürfe "faschistoides Denken" wissen
- Herr F.: stimmt Andrea zu, daß er niemanden Vorwürfe macht (wegen Plakaten, Demo., kritische Artikel) Frage: Wozu sollte Unterschriftensammlung dienen?
- B.: streitet Beteiligung an Organisation der Unterschriftensammlung ab, dachte, sie kommt an Speaker's Corner, wußte zu dem Zeitpunkt nichts von einer möglichen Anfrage an die JW
- Frau E.: Warum illegale Aktionen? Warum Unterschrift?
- B.: Findet sie für die DDR schädlich, findet sie unnötig
- Herr F.: bittet um richtige Aussagen (wie im Gespräch) zu dem Thema.
- Fr. Th.: ergänzt, daß B. eine Formierungsprozeß in Gang setzen wollte
- Antje: Ziel der Unterschriftensammlung
- B.: bestreitet Vorwürfe Herr F.s
- Peter: will wissen, ob daß, was H. F. gesagt hat, dann falsch ist
- Barbara: Warum wird Hilfe der Klasse nicht geachtet? Kein Lehrklima
- Thomas T.: verlangt Ehrlichkeit B.'s
- Gast (BL FDJ): bittet um mehr Meinungsäußerungen der Klasse, stellt klar, daß wir um alle kämpfen, empfindet B.s Haltung zum Ziel d. Unterschriftensammlung als Vertrauensbruch (weil er nicht das sagt, was im Gespräch gesagt wurde), es ist nicht gelungen nach langem Bemühen, B.'s Haltung positiv zu beeinflussen → manchmal muß man sich von FDJ-Mitgliedern trennen, wenn es nicht mehr tragbar ist (Störung der Lehratmosphäre und des polit. Klimas)
- Judith: versteht B.'s Verstoß, will ihn aber nicht fallen lassen, glaubt nicht an von B. betriebene Hetze → gegen Ausschluß
- Antje: B. wird nicht fallen gelassen → ist immer noch Mitschüler
- Wolfram: steht zur Unterschrift, ist aber bereit, Argumente zu hören
- Kathrin: Warum hat W. nicht mit ihr über ihren Artikel geredet?!
- Frau Th.: Man sollte beachten, welche Positionen B. in der Klasse vertritt! EOS - Delegationsschule: → gesell. Arbeit, Auftreten in Klasse, schul. Leistungen; ist enttäuscht von B.; B. wird an seinem Verhalten gemessen nicht an seinen Meinungen; B. sieht nur noch Negativerscheinungen; B. hat nicht begriffen, was er mit seiner Handlungsweise bewirkt hat; B. ist

- nicht kritikaufnahmefähig; B. hält Klasse und Lehrer vom eigentlichen Ziel, dem Lernen ab
- Herr F.: wir müssen die Schuld für das Geschehene nicht nur bei uns suchen, FDJ-Ausschluß bzw. Relegierung als Erziehungsmaßnahme B. wird ja nicht ins soziale Abseits gedrückt, Frage: was sollte das Gedicht?
- Thomas H.: warum hat er im Gespräch von "wir" geredet und jetzt nur noch "ich"?
- Andrea: innerer Widerspruch, findet B. extrem, wo ist die Schuld dafür zu suchen? Märtyrer
- Kathrin: an ihm wir sich nichts ändern, auch wenn er ausgeschlossen wird
- Iris: B. muß als Konsequenz aus seinem Verhalten ausgeschlossen werden
- Peter: Jeder hat eine andere Meinung, B. ist davon überzeugt, daß seine Meinung die allein richtige ist - glaubt nicht an Umschwung
- Barbara: warum hat B. Hilfe nicht angenommen
- Diana: B. hat einen Fehler gemacht, nur wegen Fehler ausschließen?
- Ulla: B. hat keine Frage, sondern nur vorgefertigte Meinungen
- Ulrike: ist für Ausschluß, sieht Verstoß gegen Statut, stimmt Ulla zu, B. wollte aufgeworfene Probleme nicht beantwortet haben
- Thomas H.: Abstimmung: Verstoß gegen Statut ja oder nein
- Gast (BL FDJ): auch Kollektiv hat schuld: wurde alles getan? → Schuldgefühl darf nicht zur Selbstzerfleischung führen! B. wird nicht fallengelassen, als 18-jähriger weiß man schon, wo man steht, B. weiß, wo er steht! B. ist schon auf dem Weg weg von der FDJ. B. kann wieder aufgenommen werden. Ausschluß, deshalb, weil Grenzen überschritten wurden
- Kathrin: man muß sehen, warum Klassenklima so schlecht - nicht die Schuld der Klasse
- B.: würde nicht alles so machen, wie damals, ist enttäuscht über Gespräche + Kommission, Direktor wird beschuldigt



Direktor verläßt Versammlung

Streit mit Gast von BB

- sieht Fehler nicht ein, Beschuldigung des Direktors der Erpressung
- Frau E.: wirft B. Verallgemeinerung vor, B. ist kritizistisch, wir sind verpflichtet, B. Meinung zu akzeptieren, er ist nicht in der Lage, andere Meinungen zu tolerieren.
- G.: gehört zu denen, die sich nicht entscheiden können; versteht, daß B. Fehler gemacht hat, weiß nicht ob Beschluß wirklich notwendig ist; Fehler besteht darin, daß er nicht weiß, wie er sich äußern soll
- Jörg: akzeptiert Ausschluß. Ihn stört Art und Weise B. Verhaltens, B. hat seinen Weg gefunden, der in FDJ unpassend ist → für Ausschluß
- Ronny: ist der Meinung, außerhalb der FDJ ist Einfluß auf ihn weg → gegen Ausschluß

- Stephan: stellt fest, daß kein gemeinsamer Nenner gefunden wurde,
Andrea: bezweifelt, daß B. alles abblockt
BL-Gast: für Vertagung
Fr. Th.: man muß großes Vergehen betrachten, es handelt hier um keine Abschiebung → keine Arbeitsatmosphäre
Fr.A.: ist der Überzeugung, daß jeder seine Meinung sagen, kann, daß Aktionen nichts mit Naivität zu tun hat → nicht nur Statutverletzung, sondern staatsfeindlich, B. hat sich selbst ausgeschlossen, Lsg. seiner Probleme bei anderen gesucht → es geht wirklich nur um die Verfahrensweise
Thomas T.: Unterschied zw. "Pflege"- und Diskussionsfall, B. ist allein entscheidungsfähig, Klasse macht sich Gedanken darum, warum sie B. nicht "bemuttert" haben.
Wolfram: findet Diskussion beschämend, Militärparade + Gedicht = Waffenfetischismus
Andrea: ist der Meinung, daß W. klug genug ist, um zu erkennen, was die Unterschriftensammlung hätte bewirken können (bezug zu Fr. Wollenberger)
Antje: warum keine Diskussion in KOL, gleich nachdem die Unterschriftensammlung abgefangen würde
Judith: bittet um Versammlung, in der über weiteres Vorgehen mit B. (falls Ausschluß) gesprochen wird
Barbara: für Ausschlußabstimmung über B. und W.

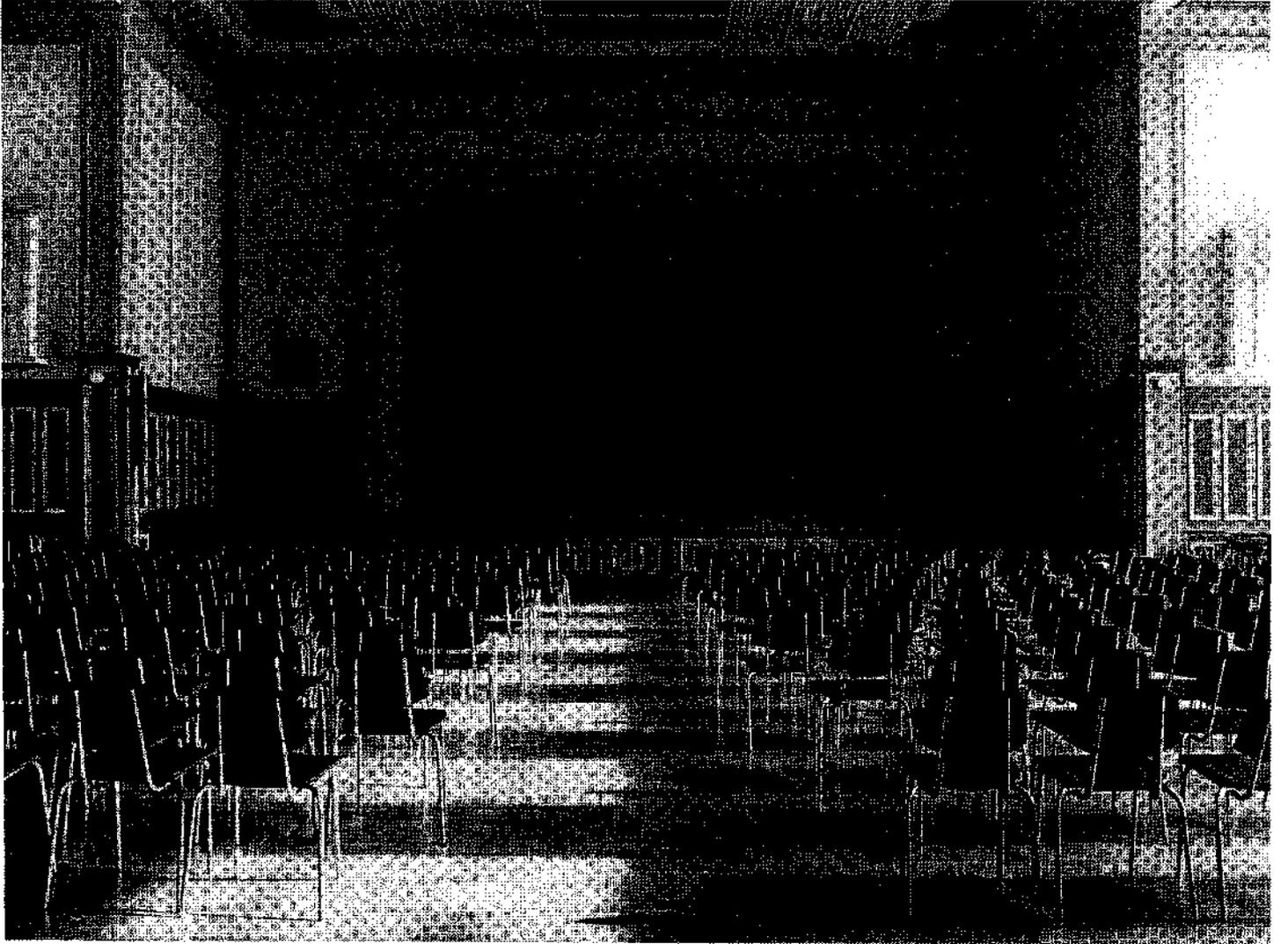
Abstimmung ob Verstoß oder nicht: ja: 16 nein: 2
Abstimmung für Ausschluß 3 enthalten W: ja: 7 nein: 9
" " 2 enth. B: ja: 9 nein: 7

Vorschlag der GOL abgelehnt
aber Enthebung aus Funktion

**Auftreten des Direktors in der Schülerversammlung
am 30.09.1988**

8.00 Uhr Aula der EOS "Carl von Ossietzky"

- 1. Kurze Darstellung der Untersuchungsergebnisse (siehe Stellungnahme des Pädagogischen Rates) und Mitteilung über Einleitung des Relegierungsverfahrens gegen die vier Schüler.**
- 2. Sofortige Beurlaubung dieser Schüler vom Schulbesuch bis zur Entscheidung über die Relegierung.**
- 3. Aussprachen der Schulstrafen für die Schüler Krohn, Richter und Wiens einschließlich der Begründung (Beteiligung an feindliche Aktionen und ihre aktive Vertretung). Aussprachen der Umschulung für den Schüler Wiens (bis Freitag Unterrichtsschluß Verbleib an der EOS "Carl von Ossietzky", ab Samstag früh Schulbesuch an der EOS "Max Planck", Berlin-Mitte. Fernbleiben wird als Abbruch der Ausbildung gewertet.**
- 4. Ab sofort verläuft der Schulbetrieb störungsfrei und planmäßig in einer politisch klaren Atmosphäre, angestregten Lernens und intensiver gesellschaftlicher Arbeit.
Ich erwarte, daß diese Festlegung konsequent von jedem Schüler eingehalten wird.**



Fahnenappell

Montagsmorgen stand der Direktor der Erweiterten Oberschule in X. in Uniform neben der Fahne - in der Uniform eines Offiziers der Nationalen Volksarmee, in der er den Appell nur zu bestimmten Anlässen abnahm. "Und es geht nicht", sagte er, "daß ein Schüler die Offiziere der Nationalen Volksarmee als dumm und halbgebildet bezeichnet. Von diesen Schülern müssen wir uns trennen."

(Der Leiter des Wehrkreiskommandos hatte N., Arbeitersohn und Schüler der elften Klasse, für die Offizierslaufbahn werben wollen. Ob er am Beispiel des Direktors nicht sähe, hatte der Leiter des Wehrkreiskommandos gesagt, wie allseitig gebildet Offiziere seien. N. hatte geantwortet, er habe eher den Eindruck, der Direktor sei "einseitig gebildet": Seine Erziehungsmethoden bewirkten, daß in der Schule nur noch gelernt und kaum mehr gedacht werde.)

Die Fahne war noch nicht wieder eingeholt - das Einholen fand am Sonnabend statt -, als der Schüler N. gegen elf Stimmen und bei einer Enthaltung aus der Freien Deutschen Jugend ausgeschlossen wurde.

(Vorher hatte eine Elternbeiratssitzung stattgefunden, nach der Eltern ihre Tochter aus dem Bett geholt hatten. "Daß du ja nicht für den stimmst! ... Daß du ja nichts zugunsten von dem sagst!" Der Elternbeiratssitzung waren Klassenversammlungen gefolgt. "Wer für N. stimmt, entfernt sich vom Standpunkt der Arbeiterklasse." Schließlich hatte jeder der Schüler, die als Diskussionsredner gewählt worden waren, eines der schwarzen Steinchen zugeteilt bekommen, aus denen das schwarze Bild zusammengesetzt werden sollte: Überheblichkeit ... Thesen zur Verunsicherung der Mitschüler ... Radikale Ansichten. Dabei hatte eine Schülerin enttäuscht, indem sie gefragt hatte, wieso denn N. würdig gewesen wäre, Berufsoffizier zu werden.)

Dreimal noch duldete es die Fahne, daß der Schüler N. unter ihr stand, während sie aufstieg, mit zunehmender Höhe immer gemessener, um die Mastspitze exakt beim letzten Fanfarenstoß des Fanfarenzugs zu erklimmen. Dann wurde N. vom Unterricht beurlaubt. Seines nächsten Freundes nahm sich der Klassenlehrer an. "Wenn Sie den von unserer Seite abgebrochenen Kontakt zu N. aufrechterhalten sollten, können wir ganz leicht den Kontakt zu Ihnen abbrechen."

(Der Leiter des Wehrkreiskommandos sagte zur Mutter des N.: "Ich habe die Äußerung Ihres Sohnes weder als Beleidigung meiner Person, noch als Beleidigung der Offiziere der Nationalen Volksarmee empfunden. Aber ich kann Ihnen in diesem Fall nicht helfen.")

In Berlin wurde am nächsten Tag dem Antrag der Schule auf Relegierung des Schülers N. stattgegeben.

("Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß Ihr Sohn ... von allen Erweiterten Oberschulen der Deutschen Demokratischen Republik ausgeschlossen wurde. Die Gründe und Ursachen sind Ihnen bekannt. Wir hoffen, daß diese Maßnahme dazu führt, daß ihr Sohn ... zur Einsicht kommt im Hinblick auf sein Verhalten gegenüber den Anforderungen, die an einen jungen Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik gestellt werden müssen.")

Zu bestimmten Anlässen steht der Direktor der Erweiterten Oberschule in X. in Uniform neben der Fahne.

aus: Reiner Kunze: Die wunderbaren Jahre. Frankfurt/M.: Fischer, 1976: 60-62.

Schulstrafen

§ 32

Schulordnung

(1) Schüler, die wiederholt ohne triftige Gründe den Unterricht oder andere obligatorische Schulveranstaltungen versäumen, ihre Lernpflichten vernachlässigen, die Disziplin und Ordnung mißachten, gegen die Hausordnung der Schule verstoßen oder die Ehre des Schulkollektivs verletzen, können wie folgt bestraft werden:

- a) Verwarnung vor der Klasse durch den unterrichtenden Lehrer,
- b) Tadel vor der Klasse durch den Klassenleiter,
- c) Verweis vor dem Schulkollektiv durch den Direktor,
- d) Umschulung in eine andere Bildungseinrichtung durch den zuständigen Schulrat auf Antrag des Direktors.

(2) In den erweiterten Oberschulen kann der Ausschluß aus der Schule verfügt werden. Der Ausschluß aus der erweiterten Oberschule erfolgt auf Antrag des Bezirksschulrates durch den Minister für Volksbildung. Der Ausschluß hat zur Folge, daß die Ausbildung in anderen zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtungen nicht fortgesetzt werden kann.

Ein Jahr nach Ausschluß aus der erweiterten Oberschule können der betreffende Schüler oder dessen Eltern zum Schuljahresende den Antrag auf Fortsetzung der Ausbildung stellen. Die Prüfung des Antrages hat der Bezirksschulrat zu veranlassen, der den Antrag gestellt hat. Im Falle der Bewährung kann dem Schüler zu Beginn des folgenden Schuljahres die Möglichkeit zur Fortsetzung der schulischen Ausbildung in der Volkshochschule oder in einer anderen zur Hochschulreife führenden Einrichtung gegeben werden.

(3) Schulstrafen sind nach der Art des Fehlverhaltens differenziert anzuwenden. Vor der Festlegung der Schulstrafen nach Absatz 1 Buchstaben c und d und Absatz 2 sind der Pädagogische Rat, die Leitung der Grundorganisation der Freien Deutschen Jugend und die Eltern zu hören. Über ausgesprochene Schulstrafen gemäß Absatz 1 Buchstaben b bis d und Absatz 2 sind die Erziehungsberechtigten, über Schulstrafen gemäß Absatz 1 Buchstabe d und Absatz 2 auch die Betriebe, in denen die Eltern arbeiten, zu informieren.

(4) Gegen die ausgesprochene Schulstrafe nach Absatz 1 Buchstabe d haben die Eltern das Recht der Beschwerde. Die Beschwerde ist innerhalb einer Frist von 14 Tagen beim übergeordneten staatlichen Leiter geltend zu machen. Die Entscheidung über die Beschwerde ist endgültig.

(5) Über die nach Absatz 1 Buchstaben b bis d ausgesprochenen Schulstrafen ist in den Schülerdokumenten ein entsprechender Nachweis zu führen. In die Zeugnisse dürfen Schulstrafen nicht eingetragen werden.

(6) Die Direktoren der Schulen sind verpflichtet, die in die Schülerdokumente aufgenommenen Schulstrafen nach Ablauf eines Jahres zu löschen. Vor Ablauf dieser Frist ist die Löschung einer Schulstrafe möglich, wenn auf Grund des verbesserten Verhaltens des Schülers vom Klassenleiter ein entsprechender Antrag gestellt wird. Dazu ist die Meinung der betreffenden FDJ- bzw. Pioniergruppe zu hören. Über die Löschung der Schulstrafen sind die Eltern zu unterrichten.

(7) Die Anwendung körperlicher Züchtigung und anderer ehrverletzender Strafen ist untersagt. Die Bestrafung von Schülern durch zusätzliche Hausaufgaben und Nachsitzen ist nicht erlaubt.

aus der "Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen - Schulordnung" vom 29. November 1979 (Gesetzesblatt Teil I, Nummer 44, Seite 433).

Abachrift

Abteilung Volksbildung

Ministerium für Volksbildung

Vorsitzender der Zentralen Relegierungskommission

Gen Dr. P [REDACTED]

Unter den Linden 69/73

Berlin

1086

4.10.1988

Werter Genosse Dr. P [REDACTED] !

Als Anlage übersende ich Ihnen den Antrag des Stadtbezirksschulrates Berlin-Pankow auf Relegierung der Schüler

L [REDACTED], Philipp Klasse 11/2

F [REDACTED], Kai Klasse 11/5

L [REDACTED], Benjamin Klasse 12/1

I [REDACTED], Katja Klasse 11/5

der EOS " Carl von Ossietzky". Diese Schüler haben durch organisierte und gezielte feindliche Aktionen gegen die Ordnung zur Aufnahme in die Erweiterte Oberschule und die Schulordnung verstoßen.

Der Schüler Philipp L [REDACTED] ist einer der Hauptakteure von Maßnahmen, deren Ziel darin bestand, durch Verbreiten gegnerischer Auffassungen eine Opposition zum Staat und zu seinen Beschlüssen innerhalb der Schülerschaft der EOS zu formieren. Besonders schwerwiegend ist zu werten, daß L [REDACTED] seine Aktionen langfristig plante, die Verletzung der Gesetzlichkeit bewußt kalkulierte und dabei das Vertrauen von Schülern mißbrauchte, die ehrlich nach Antworten suchen.

Kai F [REDACTED] unternahm zielgerichtet Aktionen an der Schule, um sie als Plattform für eine breit angelegte oppositionelle Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Staat und seinen Organen zu nutzen. Seine Haltung ist verfestigt und muß als feindlich gewertet werden.

Benjamin L [REDACTED] plante und organisierte Aktionen an der Schule, um seine ablehnende Haltung zum Sozialismus in der DDR zu dokumentieren. Er versuchte, andere Schüler ebenfalls zu solchen Auffassungen zu bringen und ~~XXXXXX~~ zu erreichen, auf breiter Basis mit nachdrücklichen Forderungen an staatliche Organe heranzutreten. Seine feindlichen Positionen sind äußerst verfestigt. Jede Einwirkung, mit dem Ziel, sie zu ändern, wird von ihm abgelehnt.

Katja I [REDACTED] Aktivitäten an der Schule hatten das Ziel, die sozialistische Gesetzlichkeit anzugreifen und Schüler gegen Maßnahmen der Schule und des Staates zu formieren. Jeder Versuch, sie mit sachli-

chen Argumenten von ihrer verfestigten Meinung abzubringen, wurde von ihr strikt und unnachgiebig zurückgewiesen. Sie vertritt offen Positionen zum Sozialismus in der DDR, die als feindlich angesehen werden müssen.

Die Untersuchung der politischen Vorkommnisse durch den Leiter der Bezirksschulinspektion und die Auseinandersetzung an der Schule haben gezeigt, daß diese Schüler nicht gewillt sind, den Anforderungen der Abiturstufe gerecht zu werden.

Ich befürworte deshalb den Antrag auf Relegierung gemäß § 32 der Schulordnung und bin der Auffassung, daß der § 34 (4) bei allen vier Schülern nicht zu Anwendung zu bringen ist.

Mit sozialistischem Gruß

gez. i.V. W. R. [REDACTED] (nicht sicher lesbar)

Herta O. [REDACTED]
bezirksschulrat

Anlagen

Ende

Es folgen die Unterlagen zur Relegierung aus der Schule

2 Seiten

1 Originalabschrift

2: Durchschlage

23.1.1990

gefertigt von A. G. [REDACTED], Vorsitzender
der zeitweiligen Kommission

EOS "Carl von Ossietzky"
Berlin-Pankow

12. Okt. 1988

**Betrifft: Einige Ergebnisse der im Zusammenhang mit den
beantragten Relegierungsverfahren erfolgten
Untersuchungen der Arbeit der Schule**

Beginnend mit dem 1. Schultag des Jahres 1988/89 erfolgten an der EOS "Carl von Ossietzky" miteinander in Zusammenhang stehende Versuche, die staatliche Ordnung und die sozialistische Gesetzmäßigkeit anzugreifen.

Die beteiligten Schüler traten dabei gemeinsam und organisiert auf. Schwerwiegende Verstöße gegen die Schulordnung und die Ordnung für die Aufnahme in die Abiturstufe machten dies erforderlich, für 4 Schüler (Katja I. [REDACTED] (11₅), Kai F. [REDACTED] (11₅), Philipp L. [REDACTED] (11₂), Benjamin L. [REDACTED] (12₁)) die Relegierung aus der erweiterten Oberschule zu beantragen.

Drei weitere Schüler mußten mit einem Verweis bestraft werden (Wolfram R. [REDACTED], Alexander K. [REDACTED], Shenja-Paul W. [REDACTED]).

Zwei Schüler setzen ihre Ausbildung an einer anderen Berliner Oberschule fort (Georgia v. C. [REDACTED] an der EOS "Alexander von Humboldt", Shenja-Paul W. [REDACTED] an der EOS "Max Planck").

Dieser schwerwiegende erzieherische Eingriff in das Schülerkollektiv und die Persönlichkeitsentwicklung der betreffenden Schüler war erforderlich, um Ordnung und Gesetzmäßigkeit an unserer Schule wieder herzustellen und auf die acht genannten Schüler im Sinne der Sicherung weiterer erfolgreicher Persönlichkeitsentwicklung nachdrücklich und einschneidend einzuwirken. Dieser Standpunkt wird vom Pädagogenkollektiv der EOS "Carl von Ossietzky", dem Elternbeirat und der Grundorganisationsleitung der FDJ getragen.

Wir haben in gemeinsamer Arbeit in der Schulparteiorganisation begonnen, nach Gründen zu suchen, die die Zuspitzung der Ereignisse an unserer Schule begünstigten und erste Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit gezogen.

Begünstigende Fakten aus unserer Sicht sind:

1. Die anfängliche Unterschätzung der Tiefe der sich abzeichnenden Provokation.
Direktor und Parteigruppe haben das Problem zu lange so behandelt, als würde es sich um Schülerfragen und Suche nach Antworten handeln.
Dabei wirkte für unsere Arbeit erschwerend, daß die Hauptaktivitäten von Schülern der erst aufgenommenen 11. Klassen ausgingen.
2. Die Kenntnisse über die Lage in den Kollektiven der 11. Klassen waren in dieser Phase unzureichend, und es gelang zu langsam, exakte Einblicke zu gewinnen.
3. Die politische Arbeit war besonders in der Zeit vom 13.9. bis 17.9. nicht offensiv, sondern beschränkte sich auf Reaktionen gegenüber den Angriffen.
Eine gezielte Suche nach Ursachen, Motiven und Zielen der Aktionen der beteiligten Schüler setzte zu spät ein.
4. In den Klassen 11₂, 11₅, 12₁ wurden nicht am ersten Schultag, wie vorgesehen, die erforderlichen Positionen der Lehrer zur Schaffung einer Atmosphäre konzentrierter Lernerarbeit und aktiver gesellschaftlicher Arbeit gesetzt.
Die Klassenleiterstunden beschränkten sich auf das Gespräch zu aktuellen Ereignissen, obwohl in der Vorbereitungswoche exakte Aufgaben für die Gestaltung der Stunden erarbeitet und angewiesen wurden.
Der Mangel wurde bereits bei den Rücklaufgesprächen mit den Klassenleitern am 1. Schultag deutlich.
Die Festlegung, in der Wahlbewegung der FDJ, im Monat September das Erforderliche nachzuarbeiten, war zu langfristig gesetzt.
5. Im weiteren Verlauf der Ereignisse wurde deutlich, daß Mängel im einheitlichen Auftreten des Leitungskollektivs der Schule bestanden.
Diese sind zurückzuführen auf nicht ausreichende Einbeziehung der beiden stellvertretenden Direktoren in die

Prozesse der Entscheidungsfindung, also auf Leitungsfehler des Direktors, aber auch auf Unsicherheiten beider Genossinnen im Auftreten vor dem Lehrerkollektiv bis hin zur Unterbewertung der politischen Brisanz der zu treffenden Entscheidungen.

Folgende Überlegungen für die weitere Arbeit wurden angestellt:

1. Die Offensivität der politisch-ideologischen Arbeit an unserer Schule ist weiter zu erhöhen.
Dabei ist jeder einzelne Pädagoge stärker herauszufordern, Positionen zu beziehen und sich das erforderliche theoretische Niveau im Prozeß der Arbeit anzueignen.
Jedem Lehrer ist immer wieder bewußt zu machen, daß er täglich als politischer Leiter von Schülerkollektiven tätig ist.
Durch den Direktor ist die persönliche Bezugnahme des Einzelnen zur Gesamtstrategie der Arbeitsplanung des Schuljahres konsequent zu fordern und zu bewerten.
2. Die im Schuljahresarbeitsplan gesetzten Inhalte der politisch-ideologischen Arbeit bleiben bestehen. Am Verständnis der Dialektik von Friedenskampf und Klassenkampf, bezogen auf die aktuelle Dialogpolitik der DDR, ist verstärkt zu arbeiten. Dabei sind sowohl ein klares Feindbild zu entwickeln als auch bei jedem Lehrer das Dialektikverständnis hinsichtlich der Dialogpartner und politischen Gegner zu vertiefen.
3. Die vom Direktor in enger Zusammenarbeit mit der Schulparteiorganisation erarbeitete Strategie der politisch-ideologischen Arbeit ist verbindlich für die Arbeit in jedem Klassenkollektiv. Klassenleiter und Fachlehrer sind zum einheitlichen Vorgehen zu befähigen, ihre Wirksamkeit ist genau zu kontrollieren und zu bewerten.

4. Offensive jugendpolitische Arbeit, eingeschlossen das Bemühen, die zahlreichen Fragen unserer Schüler aufzugreifen und sie zu befähigen, Antworten zu geben, darf nicht zur Vernachlässigung der Wachsamkeit führen. Dies ist tägliche Arbeitsaufgabe.
5. Die von unseren Jugendlichen geführten Diskussionen sind immer wieder konsequent und nachdrücklich auf die Arbeitsaufgaben der Abiturstufe und deren erfolgreiche Meisterung zu lenken, um den erforderlichen Zuwachs an Persönlichkeitsentwicklung für jeden Abiturienten zu sichern. Dabei sind die zahlreichen Bewährungssituationen noch erziehungswirksamer zu erschließen.
6. Vom ersten Schultag an sind korrekt und konsequent die erforderlichen Ordnungsprinzipien für den täglichen Lernprozeß durch jeden Pädagogen entsprechend der Haus- und Schulordnung durchzusetzen. Dazu ist das innerschulische Kontrollsystem weiter zu qualifizieren.
7. Von den stellvertretenden Direktoren ist zu fordern, einheitlich und konsequent als sozialistische Leiterpersönlichkeiten die angewiesenen Maßnahmen im Pädagogenkollektiv zu vertreten und durchzusetzen.
8. In dem dem Schulrat am 20.10.1988 zu übergebenden Konzept der politisch-ideologischen Arbeit an der EOS "Carl von Ossietzky" sind diese Standpunkte kontrollfähig und abrechenbar vorzulegen.

gez. R. F. [REDACTED]
Direktor

20. Oktober 1988

Mit diesem Datum liegt ein Brief von Konsistorialpräsident Manfred Stolpe vor, der erkennen läßt, daß die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg im Fall Ossietzky-Schüler aktiv wird.

»In Abstimmung mit Bruder Dr. Krusche möchte ich Ihnen folgende Information geben: Die EOS Carl von Ossietzky in Pankow hat gegen vier Schüler disziplinarische Maßnahmen vorgenommen, die offenbar als Abschreckung gedacht sind, aber allgemein als außerordentlich hart empfunden werden. Es handelt sich um die Schüler ... Verschiedene intensive Bemühungen laufen, die Disziplinarmaßnahmen rückgängig zu machen. So hat sich zum Beispiel unter anderen Stephan Hermlin eingesetzt. Auch unser Bischof hat intensive Bemühungen eingeleitet und angemessene Entscheidung der Staatsorgane dringend er-

beten. Dabei hat er darauf hingewiesen, daß ihn dreierlei besonders in dieser Sache bewegt:

Einmal ist ein Anlaß der schulischen Disziplinarmaßnahmen die Verwendung von selbstgefertigten antifaschistischen Plakaten am Kampftag gegen den Faschismus. Ich denke, daß man Eigeninitiative gegen den Faschismus und Rassismus dulden sollte, auch wenn staatlicherseits hier bereits sehr viel geschieht. Zum zweiten habe ich den Eindruck, daß die offenbar beabsichtigte Abschreckwirkung mehr Schaden anrichtet als Hilfe bringt, den vier gutartigen jungen Menschen Perspektive nimmt und auch andere entmutigt. Drittens sieht die Relegierung von Phillip L. [REDACTED] sehr wie eine nachgeholt Abrechnung mit seiner Mutter Vera Wollenberger aus, die im Januar dieses Jahres hier auffiel, zur Zeit in Großbritannien studiert und dort guten Eindruck für die DDR macht.

Die DDR-Staatsorgane lassen sich gegenwärtig bei ihren Entscheidungen offenbar sehr stark von der Überlegung leiten, daß Anfängen von Unruhe und Spontaneität massiv entgegengetreten werden muß. Dementsprechend ist die Neigung unverkennbar, auf öffentliche Proteste massiv zu reagieren. Dagegen haben vertrauliche Bemühungen durchaus Aussicht auf Erfolg, wie das Erscheinen der Kirchen-Zeitungen mit den Magdeburg-Berichten und auch die vergleichsweise milde Reaktion zum 10. Oktober 1988 zeigen. Wir gehen davon aus, daß die Maßnahmen gegen die EOS-Schüler viel Verärgerung ausgelöst haben und die Neigung zu Protesten wachsen wird. Hierbei muß auch berücksichtigt werden, wie die Eltern und die Betroffenen selbst denken, mit denen der Bischof und ich in Verbindung stehen. Abgesprochene Fürbitten in den Sonntagsgottesdiensten halten wir für denkbar. Sofern Gemeinden darüber hinaus Veranstaltungen oder Aktionen planen, sollte mit Bruder Forck, Bruder Krusche oder mir Verbindung gesucht werden.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie die in Frage kommenden geschäftsführenden Pfarrer in geeigneter Weise unterrichten würden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stolpe, Konsistorialpräsident

zitiert nach:

Jörn Kalkbrenner, Urteil ohne Prozeß: Margot Honecker gegen Ossietzky-Schüler, Berlin (Ost) 1990, S. 74f.

Abschrift

Wilhelm L. [REDACTED]
[REDACTED]
Berlin, 1100
Tel. [REDACTED]

Berlin, den 3.10.88

Herrn
Egon Krenz
Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED

Werter Herr Krenz!

Ich bin, wie Sie, Vater eines Schülers der EOS "Carl von Ossietzky" in Berlin-Pankow, und ich bin davon überzeugt, daß Ihnen die jüngsten Ereignisse an dieser Schule, wo ein hitziger politischer Meinungsstreit mit Schulstrafen beendet werden soll, nicht gleichgültig sind. Deshalb möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß ich begründete Zweifel habe betreffs der Rechtmäßigkeit der ausgesprochenen und beantragten Schulstrafen. Um möglichen Schaden von den Schülern und Lehrern der EOS "Carl von Ossietzky" und darüber hinaus vom Ansehen unseres sozialistischen Schulwesens abzuwenden, wende ich mich mit der dringenden Bitte an Sie, Ihre persönliche Autorität und die Ihrer hohen Funktion dahingehend geltend zu machen, daß die beantragten Relegierungsverfahren nicht überstürzt zum Abschluß gebracht werden (im Zentralrat der FDJ fiel in diesem Zusammenhang das Wort "Schnellverfahren") und die rechtlichen Voraussetzungen sämtlicher ausgesprochener und beantragter Schulstrafen von unbefangener Seite überprüft werden.

Hochachtungsvoll!

Abschrift

Maja und Andreas W [REDACTED]

1100 Berlin

Tel. [REDACTED]

Haidrun und Wilhelm L [REDACTED]

1100 Berlin

An den
Rechtsausschuß der Volkskammer
der DDR

Wir wenden uns auf dem Eingabenwege an Sie, mit der dringenden Bitte, die Rechtmäßigkeit der gegen 8 Schüler bzw. Schülerinnen der Erweiterten Oberschule "Carl von Ossietzky", Görschstr., 1100 Berlin, eingeleiteten bzw. ausgesprochenen Sanktionen zu prüfen. Nach unserer Ansicht besteht der begründete Verdacht, daß die eingeleiteten Maßnahmen und die Verfahrensweise in Widerspruch zu mehreren Artikeln unserer Verfassung (insbesondere zu Artikel 27) stehen.

Die Schüler/innen veröffentlichten ihre Meinungen bzw. Fragen an der Schulwandzeitung, genannt "Speakers Corner". Sie waren ausdrücklich auf diese Möglichkeit hingewiesen worden, auch vom Direktor der Schule. Es läßt sich deutlich ein Widerspruch erkennen zwischen der Zusicherung der Möglichkeit der freien Meinungsäußerung und den anschließenden willkürlichen Anschuldigungen, die bis zu den härtesten Schul- und FDJ-Verbandsstrafen ausgeweitet wurden. Eine Untersuchungskommission führte mit den Schülern, nachdem sie aus dem laufenden Unterricht geholt wurden, Einzelvernehmungen durch.

Wir beanstanden:

- daß den Schülern nicht alle Personenvorgelegt wurden
- protokolliert wurde, aber den Schülern die Gegenzeichnung und Kenntnisnahme der Protokolle vorenthalten wurde.
- die politischen Meinungen und Auffassungen, die sie während der Vernehmung äußerten, pauschal als "antisozialistisch" denunziert wurden.

Es muß der Eindruck entstehen, daß unter Verletzung des Gleichheitsprinzips und im Widerspruch zu unserer Verfassung diese Schüler für von ihnen vertretene Meinungen diskriminiert werden. Die Unterstellung, jene vertretenen Meinungen seien selbst mit den sozialistischen Prinzipien unseres Staates nicht vereinbar oder sogar diesen feindlich, ist ebenso wie der groteske Vorwurf einer "pazifistischen Plattform" oder die absurde Anschuldigung einer "Gruppenbildung" nicht nur haltlos, sondern wurde sicher nicht ohne Grund auch niemals einer Prüfung anheimgestellt. Überdies sind wir erschüttert über die Maßlosigkeit solcher Anschuldigungen gegenüber jungen Menschen, die weniger solchen Verdikten ausgeliefert zu werden verdienen, als einen Anspruch darauf haben, daß sich gerade Lehrer an einer sozialistischen Bildungseinrichtung mit ihren Problemen und ehrlichen Fragen kameradschaftlich auseinandersetzen, anstatt sie zu Feinden zu stemmeln.

Wir meinen, daß ungerechtfertigt Schulstrafen auf der Grundlage von Behauptungen verhängt bzw. beantragt wurden, die in keinem Fall bewiesen werden konnten.

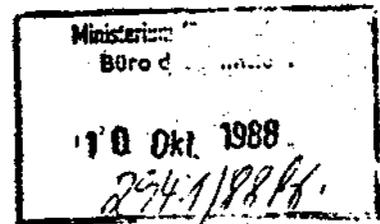
Willkürliche und ungerechtfertigte Bewertungen der Schülermeinungen wurden in Form von Unterstellungen zur Grundlage von Schulstrafen gemacht. Auch in der gesamten Verfahrensweise, die zu diesen Sanktionen führte, wurden sowohl ständig Gesetze wie auch die Verfassung verletzt, in der es heißt: "Die Eltern haben Anspruch auf ein enges und vertrauensvolles Zusammenwirken mit den gesellschaftlichen und staatlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen." (Artikel 38 Absatz 4)

Die Willkür, welche das Handeln der Verantwortlichen offenbar diktierte, zeigt sich unter anderem darin, daß eine Woche nach Elterngesprächen, die genau die inkriminierten Meinungsäußerungen der Schüler zum Gegenstand hatten und in denen Einvernehmen erzielt wurde, unvermittelt vor einer Schulvollversammlung die Einleitung strengster disziplinarischer Maßnahmen und FDJ-Verbandsstrafen angekündigt wurden. Dabei läßt die statutenwidrige Verfahrensweise und die unter massivem Druck der anwesenden Lehrer und Verbandsfunktionäre ablaufenden Ausschlußverfahren keinen Zweifel darüber bestehen, daß sowohl diese Verbandsausschlüsse als auch die Schulstrafen bereits beschlossene Sache waren. Hinsichtlich der eingeleiteten Relegationsverfahren und beschlossenen Umschulungen wurde die Begründung dieser Maßnahmen versagt; es wurde über die mündliche Mitteilung hinaus das laut Schulordnung nötige Elterngespräch nicht geführt. So erfolgte auch keine Rechtsmittelbelehrung der Eltern.

Wir glauben, daß eine schnellstmögliche Aufklärung der Vorgänge an der "Carl von Ossietzky"-Schule und die Feststellung der Verantwortlichkeiten nicht nur im Interesse der betroffenen Schüler, sondern aller Schüler und Lehrer ist. Eine genaue Schilderung der Abläufe können Sie der Anlage entnehmen.

Mit sozialistischem Gruß

Christoph Hein
Tassostr. 5, 1120 Berlin



am 6. Oktober 88

Sehr geehrte Frau Minister Margot Honecker,
am 29. und 30. September wurden an der Ossietzky-Schule gegen sechs Schüler FDJ-Ausschluß- und Relegierungsverfahren eingeleitet und sofortiges Schulverbot bzw. ein Schulwechsel angeordnet.

Ich habe die Beschuldigungen sorgfältig geprüft und mit mehreren Beteiligten gesprochen.

Es geht um junge Leute im Alter von 16, 17 und 18 Jahren, die aufmerksam und kritisch ihre Welt betrachten, die den Mut zu einer eigenen Meinung haben, die gegen neofaschistische Tendenzen auftreten und die vor dem "Teufelszeug" nicht nur Angst haben, sondern sich dagegen wenden.

Ich bitte Sie dringlich, dafür einzutreten, daß Ausschluß und Relegierung nicht wirksam werden: beides wäre unbegründet und unverzeihlich, wie Sie bei einem Blick auf das Geschehen an dieser Schule zweifellos sofort erkennen werden.

In beiden Verfahren wurde versucht, die Jugendlichen zu kriminalisieren (Vorwurf antisozialistischen Verhaltens und Verstoß gegen sozialistische Gesetzlichkeit, der Plattformbildung und Gruppenbildung). Diese Vorwürfe sind so schwerwiegend wie haltlos, ungerechtfertigt und leichtsinnig. Darf ich Sie bitten, verehrte Frau Minister, sich auch gegen diese Dummheit zu wenden, um weiteren Schaden an unserer politischen Kultur zu vermeiden.

Ich darf Sie darauf hinweisen, daß das Ministerium für Staats-
sicherheit - laut Auskunft des Vaters eines der betroffenen
Jugendlichen, der in diesem Ministerium vorsprach - eine völ-
lig andere Einschätzung der Vorgänge bekundete, die sich wohl-
tuend von der maßlosen und völlig überzogenen Reaktion der
Schulleitung unterscheidet.

Hochachtungsvoll

El-stoff fte

Urteil 1

"... weil man sonst herausgeschleudert wird"

Würden Sie denn sagen, daß diese Unterschriftensammlung eine kluge Aktion war?

Also, hätten Sie mich vor zwei Jahren gefragt, hätte ich gesagt: Das war eine sehr unkluge Aktion, die niemandem etwas bringt. Aber die Schüler haben da, ob sie es gesehen haben oder gespürt haben, sie haben da in der historischen Entwicklung gelegen - was ich nicht gesehen habe. Ich habe gedacht, das ist nicht klug. Hätten sie das vor zehn Jahren gemacht - da hätten die Schüler das gewiß nicht gemacht, auch die Schüler sind Produkte dieser Entwicklung gewesen - aber mal angenommen, es wäre vor zehn Jahren geschehen: Da wäre es eine törichte Sache gewesen!

Was wäre passiert mit den Schülern?

Die wären rausgeflogen, sie hätten keine Chance mehr gehabt, in diesem Staat irgendwas zu werden oder überhaupt Einfluß zu nehmen auf diesen Staat. Und sie hätten von Glück sagen können, wenn es ihnen gelungen wäre, irgendwie über die Grenze zu kommen. Aber in diesem Staat wären sie - für lange Zeit zumindest - diskreditiert gewesen. Man hätte ihnen erst nach vielen Schwierigkeiten Möglichkeiten gegeben, wieder irgendwie an einflußreiche Stellen zu kommen.

Meine Überzeugung war die: Wenn wir etwas verändern wollen in diesem Staat - man rechnete ja damit, daß dieser Staat noch dreißig, vierzig Jahre existieren würde - wenn man etwas verändern will, muß man in diesem System drin bleiben. Man kann bis an die Grenze gehen, aber diese Grenze nicht überschreiten, weil man sonst herausgeschleudert wird und überhaupt handlungsunfähig wird. Und ich glaube, daß ich über Jahre auch recht gehabt habe mit dieser Überlegung. Viele Jahre lang war das richtig. Aber dann kam der Zeitpunkt, wo das nicht mehr richtig war. Und da waren die Schüler klüger, oder sie haben es gespürt. Sie waren jedenfalls auf der richtigen Seite. Und das habe ich vor zwei Jahren nicht so gesehen, nicht so gewußt.

Ich habe zum Beispiel den Schülern an unserer Schule immer gesagt - vor allem denen, die ich für die klügeren hielt, für die besseren, für die charakterlich wertvolleren -: "Gerade Ihr müßt Euch an die Spitze setzen, um was zu verändern!" Ich weiß, daß das auch eine Illusion gewesen ist. Aber das war damals meine Überzeugung: Gerade die guten Schüler, die wertvollen, die müssen an die einflußreichen Stellen kommen. Und insofern wäre das - nach meiner Überzeugung - unklug gewesen, sowas zu machen, sich also da selbst herauszukatapultieren. Heute ist mir klar, daß die Schüler recht hatten, nicht wir.

Urteil 2

"Was steht da auf dem Spiel?"

Was hätte Ihnen denn damals passieren können, wenn Sie sich geweigert hätten, das Verfahren so durchzuführen, wie es Ihnen angeraten wurde?

(lacht:) Die Frage habe ich mir, glaube ich, in den vergangenen zwölf Monaten einige hundert Male vorgelegt. - Ich weiß es nicht. Ich kann nur spekulieren.

Na, was hätte passieren können?

Es hätte vielleicht passieren können, daß man mich abberuft und jemand anders an meine Stelle setzt, der die Prozesse genauso führt. Es hätte passieren können, (zögert:) daß ich von selbst meine Funktion niederlege und sage: Ich mache da nicht mit. Das hätte möglicherweise die gleiche Folge gehabt. Aber ich kann das nur so spekulativ sagen.

Ich hätte auch versuchen können, die Schule in den Kampf zu führen. Ein Direktor einer Erweiterten Oberschule, der einen komplizierten Auftrag hat, 160 Schüler zum Abitur zu führen, allein gegen das Ministerium für Volksbildung? Was steht da auf dem Spiel?

"Ich wollte den Mittelweg gehen"

Ich wollte den Mittelweg an meiner Schule gehen - einerseits glaubwürdig für meine Schüler mit dem ganzen Lehrerkollektiv eine offene Atmosphäre der Arbeit erzeugen, andererseits den politischen Auftrag erfüllen, im Sinne unseres Staates und meiner Zielstellung junge Menschen auf leitende Funktionen vorzubereiten. Dies erwies sich auch durch die zunehmend administrative Führung (nicht nur der Volksbildung) als unmöglich. Ich habe zu spät erkannt, daß es nichts zu teilen gab.

Urteil 3

"Man hat ja auch Vertrauen zu seinen Vorgesetzten."

Ich glaube, hätten wir diese Inspektion nicht gehabt, hätten wir diese Probleme auf unsere Art und Weise gelöst. So wie wir es schon immer erfolgreich gemacht haben eigentlich. Sie stellen natürlich die berechtigte Frage: Was haben wir als Lehrer dagegen gemacht? Ich muß ganz ehrlich sagen: Ich bin Genosse seit einem Jahr, und man hat ja auch ein gewisses Vertrauen zu seinen Vorgesetzten. Und man ist ja auch ein denkender Mensch, man hat auch im Zuge dieser ganzen Prozesse irgendwie ein schlechtes Gewissen bekommen. Man hat langsam gezweifelt, ob das wirklich noch hier diesem ganzen legalen Weg... ob dieser legale Weg eingehalten wird.

Und im nachhinein läßt sich das natürlich immer sehr leicht wieder rückkoppeln, und dann kann man seine Erfahrung daraus ziehen. Aber eins möchte ich ganz deutlich sagen: So etwas darf nie wieder passieren! Denn diese Vertreter aus der Volksbildung waren weg, wir mußten mit den Schülern arbeiten, und mein Vertrauen, so schätze ich das ein, ist futsch bei vielen Schülern.

Urteil 4

"Nicht noch einmal aufwärmen"

Ich habe mich voll zu der Verantwortung bekannt, was damals war. Aber das würde ich hier nicht noch einmal aufwärmen wollen. Da waren so viele Verstrickungen und Verwicklungen. Das waren ja nicht nur ein paar Partyschülerchen, nicht nur ein paar andersdenkende Schüler, sondern die sind von anderen etwas mißbraucht worden.

Stehen Sie heute noch zu Ihrer Entscheidung?

Gut, man hätte das anders machen können, sicher.

Der Sohn von Egon Krenz war auch an der Schule.

Ja, der hat sich auch damit auseinandergesetzt. Das war ja schon in dieser Zeit, wo alles ein bißchen deutlicher wurde, daß das auf Konfrontation hinauslief und der eigentliche Grund nicht dieses Andersdenken war.

Dort kam keine Ruhe mehr an diese Schule. Das war nicht mehr normal. Die anderen Eltern waren damit gar nicht mehr einverstanden, daß dort nur noch diskutiert wurde.

Es wurde ja keiner in dem Sinne bestraft. Es war eine normale Schulorganisation.

Urteil 5

"Ich fühle mich auch schuldig."

Wir haben Auseinandersetzungen gehabt in der Parteiversammlung. Aber an einem gewissen Punkt ist es dann die Parteidisziplin, wo es irgendwie "Klick" macht oder was. Ich weiß es nicht. Ich habe mir viele Gedanken darüber gemacht und fühle mich auch schuldig. Echt! Das ist ja ganz klar.

Ich habe den Film "Die Welle" gesehen. Da ist das ganz toll dargestellt: "Ordnung, Disziplin, Gemeinschaftssinn". Nun will ich jetzt nicht sagen, Gemeinschaftssinn hat uns hier alle geprägt. Das war ja nicht so, wie es hier dargestellt wurde. Aber unter den Genossen galt das etwas: "Ordnung", "Disziplin" und - naja - "Gemeinschaftssinn". "Gemeinschaftliches Denken" ist vielleicht nicht richtig ausgedrückt, aber irgendwie in gemeinsamen Bahnen zu denken und wirklich auch alles Gute zu machen für den damaligen Staat, das war schon irgendwie in uns drin. Da war man auch so geprägt.

Und ich muß auch sagen: Ich habe eigentlich als damaliger Genosse ehrlich meine Meinung gesagt. Ich habe wirklich ehrlich meine Meinung gesagt. Ich war sicherlich zu unkritisch in der ganzen Geschichte - nicht jetzt bei der Relegierung, aber insgesamt sicherlich. Aber ansonsten hatte ich nicht die Probleme, die andere hatten, die hier sicherlich ständig mit Zwiespalt gelebt haben. So einen Zwiespalt hatte ich nicht. Das kann sich vielleicht gar kein anderer vorstellen ...

Urteil 6

"Bis dahin war ich wirklich sehr naiv."

Bei mir war das so, daß diese ganze Sache bei mir einen totalen Zusammenbruch ausgelöst hat. In jeder Hinsicht. Und ich kann nicht sagen, daß irgendeine bis dahin vorhandene Meinung oder Haltung von mir bestärkt wurde oder relativiert wurde oder so, sondern bis dahin war ich wirklich sehr naiv, möchte ich jetzt mal sagen, und habe im Prinzip nur das Gute gesehen oder (*zögert:*) mir gesagt: Also, die Sache an sich ist wirklich gut und so; hier und da die kleinen Mängel, die sind halt da, aber es wird schon noch und so.

Und in dem Moment ist irgendwie... war es für mich so, als ob auf einmal dieses Ganze ganz offen vor mir liegt, dieses ganze System, die Praktiken und alles. Und zu dem Zeitpunkt habe ich mir sehr viel Gedanken darüber gemacht. Und da ist mir klar geworden, daß natürlich die westliche Gesellschaft, also der Kapitalismus, keine Alternative ist zu dem hier Bestehenden - aber umgedreht auch nicht.

Urteil 7

"Also mußte ich da irgendwie raus..."

Ich glaube nicht, daß sich meine politischen Auffassungen dadurch geändert haben. Viel mehr wird das Auswirkungen haben auf meinen ganzen Lebensweg, meine Biographie. Das ist heute noch gar nicht abzusehen, was das für Folgen haben wird.

Ich meine, ich habe eigentlich nie zuvor darüber nachgedacht, auch ohne Abitur zu leben. Und das hat mich hinterher richtig erschrocken, daß ich ernsthafte Schwierigkeiten hatte, mich damit abzufinden.

Ich habe begriffen, daß dieser Konflikt zwischen dem Schulsystem und mir jetzt bestand und daß der nur so hätte gelöst werden können. Denn andernfalls hätte sich die Schule ändern müssen, und dazu war sie nicht in der Lage. Also mußte ich da irgendwie raus und mußte mich außerhalb des Systems entwickeln.

Das war auch ein Gefühl der Freiheit. Aber es war eine sehr beklemmende Freiheit, muß ich sagen.

Urteil 8

"... die Lebensperspektive verengt ..."

Ich glaube, wenn man etwas etwas in Richtung Sozialismus probieren will, dann braucht es unbedingt demokratische Kontrollmechanismen, die so eine Sache verhindern können. Es muß freie Meinungsbildung geben, und nichts anderes war dieser Versuch.

Haben Sie nun einen Knacks erlitten in Ihren Ansichten?

Naja. So kann ich das nicht sagen. Aber es hat schon irgendwie die Lebensperspektive verengt. Wir konnten ja nicht absehen, was es heute - im Herbst '89 - für eine Situation gibt. Die Aussicht, eventuell nie mehr Abitur machen zu können...

Urteil 9

"Ich habe meine Arbeit ehrlich gemacht."

Ich übernehme die Verantwortung, die dort für unsere Kollegen übernommen werden muß, die im Sinne der gültigen Schulgesetzgebung und der Schulordnung mit den Kollegen der Stadt und des Stadtbezirkes gearbeitet haben.

Man muß ja eines sagen: Die Probleme, die Konflikte, die entstanden im Jahre 1988 sehe ich heute, 1989, auch anders als damals. Das ist ja logisch.

Es handelt sich um politische Konflikte, die dort entstanden. Und die Schule als Teil der Gesellschaft - 1988 in der sozialistischen Gesellschaft, in unserer Gesellschaft, die zu dieser Zeit existierte - gab es gewisse, bestimmte administrative Methoden. Das wissen Sie ja auch! Und davon war die Schule und die Schulführung nicht frei. Und diesen Konflikt mit administrativen Methoden in der pädagogischen Arbeit zu lösen, hat sich als unbrauchbar erwiesen. Das bedaure ich. Das ist auch korrigiert.

Man kann den Kollegen, die in diesem Sinne auf der Grundlage der gültigen Schulgesetzgebung, der Schulordnung, der Aufnahmeordnung gearbeitet haben, nicht vorwerfen, daß sie Amtsanmaßung oder Machtmißbrauch begangen haben. Das ist unrecht und beschuldigt die Kollegen und Genossen zu unrecht. Das ist eine Diffamierung, die muß ich zurückweisen, das geht nicht. Das, glaube ich, muß man sehen, wenn man die Sache nachträglich hier betrachtet.

Richtig ist, daß mein Minister die Entscheidungskompetenz hatte und die auch wahrgenommen hat. Der ist über alle Vorgänge an der Schule informiert worden von mir. Über alle! Und hat sie gebilligt - wie die Kollegen vorgeschlagen haben vorzugehen. Was soll ich machen? Das ist doch klar. Ich habe sie übrigens auch gebilligt, nicht abgelehnt. Unter damaligen Bedingungen muß man das ganz ehrlich sagen. Heute würde das anders geschehen. Wer macht heute nicht manches anders?? Ich bin für meine geleistete Arbeit verantwortlich. Das ist selbstverständlich. Ich habe gesagt, welche Schlußfolgerungen ich daraus ziehe.

Wir nehmen bloß mal an, da Sie die Jungen und Mädchen nur über den Bildschirm kennengelernt haben, wir nehmen bloß mal an, Sie würden denen irgendwann begegnen. Ganz ehrlich: Hätten Sie ein bißchen ein schlechtes Gewissen?

Nein!! Nein, nein. Habe ich nicht. Habe ich nicht! Wieso soll ich das haben?! Ich habe meine Arbeit ehrlich gemacht. Man muß Ort, Zeit und Bedingung sehen. Da müßte ja jeder mit gesenktem Haupt durchs Land laufen - auch Sie. Das geht nicht! Das geht nicht...

Urteil 10

"... keine andere Position gehabt ..."

Ich glaube, die Frage nach den Methoden kann man immer nur im Zusammenhang beantworten mit den Orientierungen und Inhalten unserer schulpolitischen Orientierung. Daß es sich heute erweist, daß wir kein richtiges Bildungskonzept haben, auf jeden Fall kein Bildungskonzept, das der objektiven Realität weitgehend entsprach - und das trifft ja auch auf unser Gesellschaftskonzept zu - hat natürlich auch Auswirkungen auf die Art und Weise des Vorgehens.

Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß es mir nicht so ging wie dem Schuldirektor, der anders dachte, als er es sagte. Ich war zu diesem Zeitpunkt überzeugt, daß wir, abgesehen vom Vorgehen, letztendlich eine richtige Entscheidung getroffen haben. Und ich fühlte mich durch viele Pädagogen der Schule darin bestätigt. Wenn ich meine Verantwortung, vor der ich mich in keiner Weise drücken möchte, der ich mich auch nicht entziehen will, sehe, dann die, damals keine andere Position gehabt zu haben.

Hatten Sie sich vielleicht einmal vorstellen können, Sie wären nun Mutter gewesen eines dieser "großen" Kinder, sage ich jetzt, die da vor ihnen saßen?

(zögert lange:) Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß solche Fragen wie pädagogischer Vandalismus, Machtmißbrauch für mich, der ich zutiefst Pädagoge bin, an meinem Beruf, den ich ergriffen habe, sehr hänge, um damit Gutes für Schüler zu tun, in außerordentliche Gewissenskonflikte gebracht hat.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Eine, den Weg zeigen, den andere gegangen sind, alles stehen und liegen zu lassen, sich der Verantwortung zu entziehen, zurückzutreten und/oder persönliche Konsequenzen zu ziehen und die Arbeit anders und besser zu machen. Das habe ich auch vor dem Kollektiv der Pädagogen der Carl-von-Ossietzky-Oberschule zum Ausdruck gebracht. Und ich denke, daß mich die Kollegen gut verstanden haben.

Quellen für die Urteile 1 bis 10

- 1 Interview A. Zühlke, Mai 1991
- 2 erster Teil: Interview des Fernsehens der DDR, Sendereihe "Klartext", 14. November 1989
zweiter Teil: Stellungnahme des Herrn Rainer F. gegenüber dem Kreiskriminalamt Pankow, 20.03.1990
- 3 Interview des Fernsehens der DDR, Sendereihe "Klartext", 14. November 1989
- 4 aus: Andreas Herzberg, Der Sturz: Honecker im Kreuzverhör, Berlin/Weimar 1990, S. 304.
- 5 Interview A. Zühlke, April 1991
- 6-8 Interview des Fernsehens der DDR, Sendereihe "Klartext", 14. November 1989
- 8-10 Interview des Fernsehens der DDR, Sendereihe "Klartext", 1. Dezember 1989

Vor vierzehn Tagen, nach einer Lesung in einer mecklenburgischen Kleinstadt, beschwor ein Arzt die Anwesenden, die das Literaturgespräch sehr schnell in einen politischen Diskurs umgewandelt hatten, jeder solle jetzt an seinem Platz wenigstens offen und deutlich seine Meinung sagen, sich nicht einschüchtern lassen und nichts gegen sein Gewissen tun. In die Stille nach seinen Worten sagte leise und traurig eine Frau: "Das haben wir nicht gelernt." Zum Weitersprechen ermuntert, erzählte sie von dem politisch-moralischen Werdegang ihrer Generation - der heute knapp Vierzigjährigen - in diesem Land: Wie sie von klein auf dazu angehalten wurde, sich anzupassen, ja nicht aus der Reihe zu tanzen, besonders in der Schule sorgfältig die Meinung zu sagen, die man von ihr erwartete, um sich ein problemloses Fortkommen zu sichern, das ihren Eltern so wichtig war. Eine Dauerschizophrenie hat sie als Person ausgehöhlt. Nun, sagte diese Frau, können sie doch nicht auf einmal "offen reden", ihre "eigene Meinung sagen". Sie wisse ja nicht einmal genau, was ihre eigene Meinung sei.

Ein erschütternder, wenn auch nicht überraschender Befund. Erschütternd auch deshalb, weil er von den Leitungen der Volksbildung, die ihn zu einem guten Teil zu verantworten haben, seit vielen Jahren geleugnet, mit einem scharfen Öffentlichkeitstabu belegt und unter dröhnenden Erfolgsmeldungen erstickt wird; weil jeder, der dennoch auf grundlegende Deformationen bei Zielen und Methoden der Erziehung junger Menschen an unseren Schulen hinwies, politischer Gegnerschaft verdächtigt wurde und womöglich noch wird. Kritische Bücher, Stücke, Filme zu diesem Thema hatten es schwer. Die Medien schwiegen, schlimmer: Sie überzogen den Kern des Problems - daß unsere Kinder in der Schule zur Unwahrhaftigkeit erzogen und in ihrem Charakter beschädigt werden, daß sie gegängelt, entmündigt und gedemütigt werden - mit wort- und bilderreicher Schaumschlägerei, in der Schein-Probleme serviert und im Handumdrehen gelöst wurden. (Ich ziehe meinen Hut vor den Lehrern, die in voller Kenntnis der Lage und oft nahe der Verzweiflung versucht haben, ihren Schülern einen Raum zu schaffen, in dem sie frei denken und sich entwickeln konnten). Die angeblich für sie geschaffenen Organisationen, welche die Jugendlichen mehr vereinnahmten, als ihnen Einübung in selbständiges, demokratisches Handeln zu ermöglichen, ließen sie meistens im Stich. Von den Leidtragenden dieser Misere mußten die beklagenswerten Zustände als unabänderlich angesehen werden. Gerade diese Erfahrungen, mit denen sie von fast

allen Erwachsenen allein gelassen wurden, haben nach meiner Überzeugung viele von ihnen weggetrieben. Das Ergebnis konnten wir auf westlichen Bildschirmen besichtigen: Massen junger Leute, die zumeist leicht und freudig aus dem Lande rennen. Gut ausgebildete Facharbeiter, Sekretärinnen, Krankenschwestern, Ärzte, Verkäuferinnen, Wissenschaftler, Ingenieure, Kellner, Straßenbahnfahrer. Was wollen die bloß noch, habe ich Ältere, die selbst keine wirkliche Jugend hatten, fragen hören, die hatten doch alles.

Alles. Außer der Möglichkeit, ihr kritisches Bewußtsein im Streit mit anderen Auffassungen zu schärfen, ihre Intelligenz nicht nur an Bildungsstoffen zu beweisen, sondern sie bei einer für sie bedeutsamen gesellschaftlichen Tätigkeit mit anderen zusammen anzustrengen, Experimente zu machen, auch solche, die dann scheitern, ihre Lust am Widerspruch, ihren Übermut, ihre Skurrilitäten, ihre Verquertheiten und was immer ihnen die Vitalität dieses Lebensabschnitts eingibt, in produktiver Weise auszuleben, sich also kennenzulernen. Den aufrechten Gang zu üben. Bei der Gelegenheit: Was ist aus den Schülern der Carl-von-Ossietzky-Schule in Berlin-Pankow geworden, die eben das getan haben und dafür - ein Hohn auf den Namen ihrer Schule! - relegiert wurden? Wann können sie, falls sie es wollen, ihren Schulbesuch fortsetzen? Und: Wann werden diejenigen zur Verantwortung gezogen, die befahlen, mit Gewalt gegen junge, gewaltlose Demonstranten und Unbeteiligte vorzugehen; wann werden die Vorgänge auf Polizeirevieren, in Garagen usw. untersucht, öffentlich gemacht und geahndet, die diesen Befehlen folgten?

So etwas gebe es auch anderswo auf der Welt? Ich weiß, und ich habe es selbst beobachtet. Aber wir leben nicht anderswo, sondern ausgerechnet hier, in jenem Teil Deutschlands, der erst seit vierzig Jahren ein Staat ist, der sich die Bezeichnung "demokratische Republik" gegeben hat und sich "sozialistisch" nennt - das alles in bewußter Alternative zu dem anderen deutschen Staat, der gewiß nicht sozialistisch sein will, der aus einer Reihe von Gründen reicher ist als der unsere und der, wenn keine anderen Werte bei uns den minderen materiellen Wohlstand des einzelnen ausgleichen, eine Dauerverlockung besonders für junge Menschen darstellt.

Christa Wolf, "Das haben wir nicht gelernt", in: "Wochenpost", 27.10.1989

Die einhundert-siebenzig Briefe auf meinen letzten Artikel in der "Wochenpost", die ich las, sähe ich gerne als Dokumentation gedruckt. Für mich sind sie ein Fundus, den ich sorgsam gewahren werde, auch als Zeugnis für unsere geistig-seelische Verfassung in diesen Tagen. Die Briefe zeigen zuallererst, wie aufgewühlt wir alle sind, und sie beweisen außerdem, daß jeder, der sich mit der "Volksbildung" auseinandersetzt, besonders empfindliche Punkte berührt. Besonders heftige Reaktionen auf den überstürzten Umbruch der Werte in unserem Land sind die Folge, auch die Abwehr gegen vermeintliche oder wirkliche Angriffe zeigt sich besonders stark. Vieles, was mir in manchen Briefen noch als Unterstellung angekreidet wird, ist inzwischen dutzendfach auf öffentlichen Foren ausgesprochen. Das mindert die Betroffenheit nicht, steigert sie eher. Wie die Leute überall im Land sich in streitenden Gruppen gegenüberstehen, spaltet sich auch die Leserschaft eines solchen Artikels: "Sie haben mir aus dem Herzen gesprochen." Oder: "Dieser Artikel ist es nicht wert, gelesen zu werden." Zu einfach wäre es, die einen zu den bisher Unterdrückten, die anderen zu denen zu schlagen, die selbst gängelten und unterdrückten, obwohl die natürlich nicht durch Zauberschlag verschwunden sind. Oft geht der Riß mitten durch die Person, mitten durch den Brief: "Haben wir das Falsche gelernt und gelehrt? Haben wir nicht gefördert und versucht anzuerziehen: mitregieren - mitdenken - mitarbeiten? Leider standen der Verwirklichung dieser Ziele Wände entgegen."

Ehemalige Schüler melden sich: "Wenn ich an meine eigene Schulzeit denke, spüre ich, wie Wut und Zorn, ja sogar Haß in mir aufsteigen, Erinnerung an Demütigungen und die eigene Ohnmacht." - "Die EOS-Zeit waren die schlimmsten Jahre meines Lebens. Ich lebte diese vier Jahre sowohl in ständiger Angst, 'Falsches' zu sagen, als auch in der Beflissenheit, die von den Lehrern gewünschten Formulierungen zu errahnen." - "Ich werde 30, und auch meine Generation hat seit frühester Kindheit nichts anderes gehört, als ja nicht sagen, was man wirklich denkt. Es tut mir leid um unsere Jugendzeit, wo wir weiter nichts taten, als die Hand zu heben, wenn es erwartet wurde."

Andere verwahren sich dagegen, als "unmündig hingestellt zu werden", berichten, wie sie sich ihr kritisches Denken bewahrt haben und ihre Kinder im gleichen Geist erziehen - Briefe, die mich freuen, auch wenn einige von ihnen mich mißverstanden haben: Ich verallgemeinere keineswegs Einzelbeispiele auf die Menschen einer ganzen Generation.

Am tiefsten betroffen zeigen sich die Lehrer. Da stehen sich zwei Parteien gegenüber, die in verschiedenen Ländern mit unterschiedlicher Realität gelebt, in unterschiedlichen Schulsystemen gelehrt zu haben scheinen. Manche verstehen meinen Artikel als Pauschalangriff auf alle Lehrer: "Frau Wolf erklärt die Lehrer in unserem Land für vogelfrei, und jeder, der auf der Seite von Frau Wolf steht, darf Lehrer be-

schimpfen, anspucken und für alle Probleme in unserem Land verantwortlich machen." Andere sehen ihre Probleme zutreffend dargestellt. "Ehrlich gesagt, ich hätte es nicht geschrieben, denn in mir steckt immer noch die Angst vor Repressalien." Manche glauben sich verteidigen zu müssen: "Es gibt in unserem Land Tausende gute Lehrer, die ihren Schülern, häufig weit ins Leben hinein, Freund und Helfer sind." Das würde ich nicht bestreiten. Andere bekennen ihre Gewissensnot. Ein Lehrer, 35 Jahre im Beruf, schreibt: "Ich habe so gearbeitet, wie man es von mir verlangte und unter stetem Tabu, um nicht beim Direktor oder Kreisschulrat aufzufallen. Auf meiner Fahne stand ja 'Sozialismus'." - Eine Lehrerin: "Ich wußte, daß Mut zur Offenheit meinen Schülern später nur Unannehmlichkeit einbringen würde. Auch ich habe mit zwei Gesichtern gelebt, leben müssen, und ich habe psychisch großen Schaden dadurch erlitten." - Andere verteidigen, was sie gelehrt haben und wie sie es taten, und sprechen manchmal unbewußt gegen sich selbst: "Nach Wolf wäre es wohl besser gewesen, unseren Kindern - wie in Bayern - die Landkarten mit den Grenzen von 1937 zu servieren."

Am bittersten ist jene Reihe von Lehrerbriefen, die sich mit der Unterdrückung ihres eigenen kritischen Denkens im System der Volksbildung auseinandersetzt. "Nicht vorstellbar, was wir schlucken mußten", schreibt eine ehemalige Lehrerin. Man habe schon lange "nachgedacht und Signale gegeben", aber zum Beispiel keine Antwort auf einen Brief ans Volksbildungsministerium bekommen. Der Kreisschulrat habe "gestandenen Pädagogen" das Wort entzogen und den Mund verboten. Eine Lehrerin nennt das Dienstverhältnis der Lehrer eine "moderne Form der Leibeigenschaft". Nun, schreibt ein anderer, müsse er erleben, "wie wir Lehrer angegriffen werden und jetzt von staatlichen Leitungen, von eigenen Kollegen allein gelassen werden." Manche Lehrer beschreiben ihre jahrelange "verzweifelte Gratwanderung, um das gerade noch Sagbare (im Sinn von Erlaubtem) zu finden, dabei zu den Schülern zu stehen und von anderen Kollegen und Vorgesetzten nicht als Staatsfeind degradiert zu werden." Einige schildern, wie sie aus dem Schuldienst gehen mußten, weil ihr Körper sie - zum Beispiel durch "schlimmste Magenschmerzen" - "auf etwas nicht Funktionierendes" hinwies.

Manche fühlen sich durch meinen Artikel tief verletzt, nennen mich "hartherzig", "demagogisch", "einäugig", mit "Scheuklappen versehen", suchen mich sogar - wieder mal - "auf der anderen Seite der Barrikade". Außer normalen Meinungsverschiedenheiten, dem ebenfalls berechtigten Bestehen auf unterschiedlichen Erfahrungen, gibt es eine Abwehr bis zur Leugnung der Realität und zu Beschimpfungen und Drohungen: "Die politische Macht hat die Arbeiterklasse. Das sollten auch Wolf und Konsorten nicht vergessen." Sechzehn Unterschriften.

Christa Wolf, "Es tut weh zu wissen", in: "Wochenpost", 24.11.1989.

An die
Staatsanwaltschaft
von Berlin-Pankow

Berlin, den 28.01.90

S t r a f a n z e i g e

gegen

Herrn Reiner F/██████, Direktor der EOS "Carl von Ossietzky" in Berlin-Pankow; Frau Dr. V██████, vormals Stadtbezirksschulrat von Pankow; Frau Dr. H██████, vormals Bezirksschulinspektorin; Frau Herta O██████, vormals Bezirksschulrat von Berlin; Frau Margot Honecker, vormals Minister für Volksbildung; Herrn Ralf Z██████, vormals 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung Pankow; Herrn D██████, vormals 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Pankow; Herrn Helmut M██████, vormals 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Berlin; Herrn Günter Schabowski, vormals 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung sowie gegen u n b e k a n n t,

w e g e n

Verdachts auf gemeinschaftlich begangene Verleumdung, gemeinschaftlich begangene Nötigung sowie Verstoßes gegen Artikel 27 und 38 Abs. 4 der Verfassung der DDR unter Mißbrauch von Amtsbefugnissen mit dem Ergebnis einer existentiellen Störung der Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler, die im Herbst 1988 an der EOS "Carl von Ossietzky" exemplarisch bestraft wurden.

Im September/Oktober 1988 wurden 8 Schülerinnen und Schüler an der EOS "Carl von Ossietzky" wegen Wahrnehmung ihres verfassungsmäßigen Rechts auf freie Meinungsäußerung einem an dieser Schule beispiellosen Gesinnungsterror, inquisitorischen Befragungen und Observationen durch das MfS ausgesetzt.

Anlaß waren in der Hauptsache ein Artikel an der Schulwandzeitung zu den jüngsten Ereignissen in der VR Polen, ein Artikel über den Sinn der Militärparade zum Nationalfeiertag der DDR, eine Unterschriftensammlung zu diesem Artikel und ein Solidarisierungsbrief mit einem Schüler an den Direktor der EOS. Die Schülerinnen und Schüler wurden als "antisozialistische, pazifistische Plattform im Blauhemd", als "vom Ausland gesteuerte, konspirative Gruppe", als "staatsfeindlich und konterrevolutionär" denunziert. Gegen einen Schüler war an mehreren Orten von Rädelsführerschaft die Rede.

Am 30.09. bzw. 03.10. bzw. 10.10.88 wurden diese Schülerinnen und Schüler dann unter der falschen Anschuldigung "antisozialistischen Verhaltens und Verstoßes gegen die sozialistische Gesetzlichkeit" exemplarisch bestraft.

Alexander K [REDACTED] und Wolfram R [REDACTED] mit einem Verweis; Shenja-Paul W [REDACTED] mit einem strengen Verweis und Versetzung an eine andere Schule; Georgia v. C [REDACTED] mit Versetzung an eine andere Schule; Katja I [REDACTED], Kai F [REDACTED], Philip L [REDACTED] d und Benjamin L [REDACTED] mit Relegierung.

Nach dem 20.09. wurden Lehrer und Schüler der EOS - durch verdeckte oder offene Androhung schwerwiegender Konsequenzen für ihre berufliche Existenz, bzw. für ihren weiteren Bildungsweg - dazu genötigt, sich die inkriminierenden Verleumdungen und falschen Anschuldigungen zu eigen zu machen. Dies wurde besonders deutlich, als die zu relegierenden Schüler statutenwidrig aus der FDJ ausgeschlossen wurden. Lehrer wurden bedrängt, ihre Schüler im Vorhinein dazu zu bestimmen für den Ausschluß zu votieren.

Zu diesen auf infame Weise inszenierten Ausschlüssen aus der FDJ haben Funktionäre des Zentralrates, der Bezirksleitung und der Kreisleitung der FDJ auf Verlangen von unbekannter Seite engagiert ihre Hand gereicht.

Nach dem 30. September wurde von unbekannt eine landesweite Verleumdungskampagne inszeniert. Nach Aussagen von Lehrern, Schülern und Hochschuldozenten aus verschiedenen Orten der DDR wurden dabei die o. g. inkriminierenden Verleumdungen und falschen Anschuldigungen zitiert und Namen der Betroffenen genannt. Im weiteren wurden Eltern aufgrund ihrer Eingaben an Frau Margot Honecker, Herrn Egon Krenz, den Rechtsausschuß der Volkskammer, "Junge Welt", "Elternhaus und Schule" und an den Staatsrat der DDR (sämtliche Eingaben blieben bis auf den heutigen Tag unbeantwortet), von Doktor M [REDACTED] dem seinerzeitigen Leiter der Abt. Inneres des Magistrats, und Frau Dr. V [REDACTED] wegen "Weitergabe von Nachrichten zum Schaden der DDR", bzw. wegen "verleumderischer Eingaben und Plattformbildung gegen die DDR" verwarnt.

Wir meinen: Selbst nach der damaligen "politischen Orientierung" und dem damaligen "Sicherheitskonzept" der Staatsorgane, war die Handlungsweise aller verantwortlich beteiligten Seiten gegen die betroffenen Schülerinnen und Schüler in jeder Phase rechtswidrig und gemessen an dem Inhalt der Verleumdungen und falschen Anschuldigungen und deren Auswirkungen verbrecherisch.

Als Beweismittel bitten wir heranzuziehen:

1. die Materialien der Untersuchungskommission der Stadtbezirksverordnetenversammlung Berlin-Pankow zur Aufklärung der wahren Hintergründe der Ereignisse an der EOS "Carl von Ossietzky" im Herbst '88
2. die Akten sämtlicher beteiligter Schulbehörden zu diesem Fall
3. die Reportagen des Fernsehen der DDR vom 14.11.89 um 21.50 Uhr im 1. Programm und am 01.12.89 um 19.00 Uhr im 2. Programm,

Wilhelm L [REDACTED]

Im Namen der Familien:

Dr. Wolf und Marita I [REDACTED], 1100 - [REDACTED]

Edith F [REDACTED] 1100 - [REDACTED]

Wilhelm und Dr. Haidrun L [REDACTED], 1100 - [REDACTED]

Andreas und Maja W [REDACTED], 1100 - [REDACTED]

Abschrift

Staatsanwalt
des Stadtbezirkes
Berlin-Pankow

1100 Berlin, d. 18.4.1990
Kissingenstr. 5-6

Generalstaatsanwalt v. Berlin
- Hauptstadt der DDR -
- Abt. III -

Littenstr.

Berlin

1 0 2 6

Werter Kollege !

Abprachegemäß übersende ich Ihnen den Vorgang in der Anzeige gegen Rainer F. u.a. wegen Verleumdung u. Nötigung im Zusammenhang mit im Herbst 1988 erfolgten Relegierungen bzw. Bestrafungen von Schülern der EOS "C. v. Ossietzky" in Pankow.

Im wesentlichen beziehe ich mich auf unsere gemeinsame Absprache bei der Vorgehensweise in dieser Sache auf den vom sachbearbeitenden Kriminalisten gefertigten Sachstandsbericht.

Aus den Aussagen der bisher gehörten Zeugen bzw. befragten Verdächtigten geht hervor, daß die in der Anzeige genannten Verantwortlichen auf der Stadtbezirksebene durch den damaligen Staatssekretär Lorenz zu den Maßnahmen gegen die Schüler genötigt wurden.

Die Einschätzung, daß es sich bei den Vorkommnissen an der EOS um staatsfeindliche Provokationen handeln würde, wurde von "oben" nach "unten", d.h. vom Staatssekretär Lorenz über die Bezirksschulrätin O. u. die Stadtbezirksschulrätin Dr. V. an den Direktor der EOS F. festgelegt.

Zur "Unterstützung" des Direktors wurden von Frau O. die Schulinspektoren Dr. H. u. R. an die EOS geschickt, die praktisch die Schulleitung "entmachteten".

Um über die Anzeige weiter entscheiden zu können, müßten neben Frau O. vor allem Herr Lorenz u. Frau Honecker befragt werden, was außerhalb meiner Kompetenz liegt.

Ich bin der Auffassung, daß gegen die in der Anzeige genannten Verantwortlichen auf Stadtbezirksebene F. und Dr. V. keine strafrechtliche Verantwortlichkeit herbeigeführt werden sollte.

Bei Klaus D. , ehemaliger 1. Sekretär der KL der SED u. Rolf Z. , ehemaliger 1. Sekretär der KL der FDJ, hat sich n.m.A. ohnehin der Verdacht strafbarer Handlungen nicht bestätigt.

Ich bitte um Übernahme des Anzeigenvorganges u. weitere Veranlassung.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Staatsanwalt

Volkspolizei-Inspektion
 Berlin-Pankow
 Kriminalamt

Berlin, den 06.08.1990

Frau
 Margot H o n e c k e r

über Rechtsanwalt
 Dr. [REDACTED]

B e r l i n
 1 0 3 4

Werte Frau, H o n e c k e r !

Im Rahmen einer Anzeigenprüfung wegen Verdacht der Verleumdung gem. § 138 StGB im Zusammenhang mit der Relegierung von vier Schülern an der EOS "Carl von Ossietzky" Berlin-Pankow im Herbst 1988 sollen Sie als Verdächtige befragt werden.

Daher wenden wir uns an Ihren Anwalt Herrn Dr. [REDACTED], der Ihnen die nachfolgenden Fragen zur schriftlichen Beantwortung mit Unterschriftsleistung überreicht.

Gemäß § 95 Abs. 3 StPO haben Sie das Recht,

- die Verdachtshinweise kennenzulernen,
- an der Feststellung der Wahrheit mitzuwirken,
- alles vorzubringen, was die Verdachtshinweise entkräften kann,
- Beweisanträge zu stellen,
- die Hilfe des Verteidigers in Anspruch zu nehmen.

Entsprechend des § 95 StPO Abs. 4 erfolgt hiermit die Belehrung.

Die Verdachtshinweise bestehen darin, daß die Handlungen der betreffenden Schüler als

"Vergehen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit"

"antisozialistisches Verhalten"

"organisierte feindliche Aktionen"

in der Begründung zur Relegierung oder anderweitiger Disziplinierung durch den Direktor der EOS, Herrn F [REDACTED], formuliert worden sind.

Es wird ersucht, folgende Fragen konkret und umfassend zu beantworten:

1. Wann und durch wen erlangten Sie das erste Mal Kenntnis von den Vorkommnissen an der EOS "Carl von Ossietzky" Pankow, die eine Relegierung nach sich zogen ?
2. Was haben Sie persönlich daraufhin veranlaßt ?

3. Wie wurden diese Vorkommnisse an der EOS "Carl von Ossietzky" bewertet ?
4. Welche Weisungen haben Sie als damaliger Minister für Volksbildung erteilt?
5. Wer nahm die Einschätzung vor, daß die Handlung der Schüler an der EOS "Carl von Ossietzky" als "Vergehen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit", "antisozialistisches Verhalten" und "organisierte feindliche Aktion" gewertet wurden ?
6. Durch wen wurden die in Frage 5. genannten Begriffe geprägt ?
7. Welche Rolle spielte in diesem Zusammenhang Ihr damaliger Staatssekretär für Volksbildung Herr L o r e n z ?
8. Wer wurde mit den Maßnahmen gegen die Schüler durch Sie zu deren Durchsetzung beauftragt ?

W [REDACTED]
Kriminalhauptkommissar

Volkspolizei-Inspektion
Berlin-Pankow
Kriminalamt

VPI-K-Pankow
Geschäftsstelle

Datum: 2. Sep. 1990 *Re*

Auf Ihr Schreiben vom 6.8.1990 teile ich Ihnen Folgendes mit:

1. Ich kann mich nicht erinnern, wann ich von den Vorkommnissen an der EOS "Carl von Ossietzky" in Pankow Kenntnis erhielt und durch wen ich diese Kenntnis erhalten habe.
2. Ich habe die Regelung der aufgetretenen Fragen dem normalen Dienstweg überlassen.
3. Die Bewertung der Vorkommnisse an der EOS "Carl von Ossietzky" erfolgte sehr unterschiedlich.
4. Mir ist nicht in Erinnerung, daß ich damals irgendwelche Weisungen erteilt habe.
5. Eine Wertung der genannten Art ist mir nicht bekannt.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß es einen Bericht über die Vorgänge gibt, den ich nicht mehr besitze. Ich kann auch nicht mehr sagen, wer diesen Bericht seinerzeit verfaßt hat. Ich weiß nur noch, daß ich diesen Bericht zur Kenntnis genommen und weitergeleitet habe, wobei die Weiterleitung an verschiedene Personen und Institutionen erfolgte, die an den Vorfällen Interesse hatten. Nähere Angaben darüber kann ich auch nicht mehr machen. Der Bericht müßte vorliegen.

6. Da ich die genannte Einschätzung nicht kenne, weiß ich nicht, wer die genannten Begriffe geprägt hat.
7. Der Herr Lorenz handelte als Staatssekretär im Rahmen seiner damaligen Funktion.
8. Maßnahmen gegen die Schüler und deren Durchsetzung habe ich nicht in Auftrag gegeben. Zumindest kann ich mich an derartige Dinge nicht erinnern. Nach meiner Meinung wurde der Fall im Rahmen der geltenden Schulordnung behandelt.

Margot Honecker
Margot Honecker

nem Schuldanteil und sorgte dafür, daß sich übergeordnete Instanzen nicht ans der Verantwortung stellen konnten. Rainer F. hat Zivilcourageweg bewiesen. Inzwischen sind nach uns vorliegenden Informationen alle zuständigen Mitarbeiter des Ministeriums und des Magistrats aus ihren Funktionen geschieden oder haben das zumindest beantragt. Mit seiner Abberufung will Rainer F. garantieren, daß sich die Ossietzky-EOS ungehindert und unbelastet durch die Person des Direktors den Aufgaben der Erneuerung des Bildungswesens stellen kann.

Neuer Schulkollegium wird Eike Ill. Herr Ill., dem ausnahmslos alle Lehrer der Schule ihr Vertrauen aussprechen, wurde 1980 aus seiner damaligen Funktion als stellvertretender Direktor einer Pankower POS "abberufen". Er hatte sich geweiht, als Rechtfertigung für die Entlassung eines Kollegen pädagogisches Versagen zu attestieren. Der wahre Grund für die Bestrafung des Lehrers: Dieser war nicht bereit, per Unterschrift den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan zu begrüßen.

Steffen Pörschmann

Zivilcourage

Ein vorerst letztes Kapitel
im Fall "Carl-von-Ossietzky-Oberschule"

Wohl keine Berliner Schule stand in den letzten Wochen und Monaten so im Blickpunkt der Medien wie die Ossietzky-EOS in Pankow. Zur Erinnerung: Acht Oberschüler wurden im Herbst 1988 gemäßregelt, vier von ihnen mußten die Schule verlassen, weil sie Sinn und Notwendigkeit der alljährlich stattfindenden Militärparade in der Karl-Marx-Allee in Frage stellten. Angewiesen wurde das kaltherzige und brutale Vorgehen gegen die andersdenkenden Jugendlichen vom damaligen Ministerium für Volksbildung und der entsprechenden Fachabteilung im Berliner Magistrat. Dabei konnte man offenbar mühelos an "gute" Traditionen anknüpfen. Schon im Jahre 1952 hatte es an der Ossietzky-Schule einen ähnlichen Fall gegeben. Dokumentiert wurde er im "Neuen Weg". Heft 14/1952, in dem eine Kampagne gegen "Reste

des Pazifismus unter Genossen und FDI-ern" geführt wurde. Derartige Anschauungen hatten beflissene Agitatoren auch an der Ossietzky-Schule entdeckt. Selbst Mitglieder der FDI-Leitung hatten die Teilnahme an einer halbmilitärischen Ausbildung abgelehnt. Ihre Begründung: Sie hätten vom Staat den Auftrag zu lernen und daher keine Zeit, an Schießzirkeln teilzunehmen. Im April 1990 findet nun das unrühmliche Kapitel in der Schulgeschichte offenbar seinen Abschluß. Nunmehr bat auch Direktor Rainer F., der die Maßregelungen 1988 an der Schule durchzusetzen hatte, um seine Abberufung, obwohl er dazu von niemandem aufgefordert wurde. Im Gegenteil, seit Oktober 1989 hat Herr F. alles daran gesetzt, den bestraften Schülern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Er bekannte sich mehrfach zu sei-

Neub
2/90

H

Im Herbst 1988 wurden an der Pankower EOS "Karl von Ossietzky" vier Schüler relegiert, weitere erhielten schwere Schulstrafen einschließlich der Umshulung. Diese Schüler halten die ihnen durch die Direktion ihrer Schule ausdrücklich gewünschte "Meinungsfreiheit" genutzt. Sie artikulierten Fragen und warfen Probleme auf, die damals eine ganze Gesellschaft bewegten. Sie vertrauten ihrem Direktor, Genossen F., sie händigten ihm die Unterschriften der Mitschüler aus, die wie sie der Meinung waren, daß es an der Zeit sei, über den Sinn von Militärparaden nachzudenken, daß es neonazistische Tendenzen in unserem damals als zuleistantifaschistisch geglaubten Staat gäbe. Sie wollten tätig sein für einen demokratischen Sozialismus. Das wurde ihnen zum Verhängnis. Ihr Vertrauen wurde mißbraucht. Die Unterschriftenliste wurde zum Beweisstück für einen inquisitorischen Prozeß. Junge Menschen wurden Opfer einer Aktion, die symptomatisch für das Funktionsapparatetage war. Ein Buch sollte darüber geschrieben werden. Denn wer fragt heute danach, was sich in den Familien der Betroffenen abspielte? Wer als Pädagoge oder Schulfunktionär die entwür-

Seit wir auf die Karl-von-Ossietzky-Oberschule in Pankow zu sprechen kamen, hat uns bewegt, was dort im Herbst 1988 geschah. "Zivilcourage" nannten wir einen Beitrag, der auf recht einseitigen offiziellen Informationen beruhte. Wir veröffentlichten hiermit keine Gegendarstellung, vielmehr sind es Gedanken zu einem Thema, das mit Vergangenheitsbewältigung bisher nur unzureichend benannt ist.

'Unrecht zu begrenzen, ein Fünkchen Menschlichkeit zu zeigen, hätte nicht den Direktor... / / gekostet... / /

digenden, verfassungseindlichen Aktivitäten jener Wochen unmittelbar miterleben mußte oder gar Verantwortung zu tragen hatte, stand vor der Entscheidung, aufzubegehren oder sich schuldig zu machen. Das erstere hätte Zivilcourage verlangt, wenige von uns besaßen damals diese Mut. Aber das Unrecht zu begrenzen, ein Fünkchen Menschlichkeit zu zeigen, das hätte auch Herr F. nicht den Direkorenssel gekostet. Und wenn ihn

sein Gewissen wirklich so plagte, dann hätte er eine unwiederbringliche Chance gehabt. Nämlich an dem Tag, an dem die betroffenen Schüler über ein Jahr später durch den Druck der demokratischen Öffentlichkeit rehabilitiert werden sollten. Diesen "Akt" empfanden die Jugendlichen noch weitaus unwürdiger, schon weil er in einer Zeit geschah, in der sich jeder frei bekennen konnte. In dieser Zeit lagte auch ein durch die Öffentlichkeit erzwungener

Untersuchungsausschuß. Mit tiefer Erschütterung haben wir Vorgänge und Strukturen versucht zu entwirren, Verantwortlichkeiten festzustellen. Wir mußten erfahren, wie auch auf dem Gebiet des Bildungswesens stalinistisches Denken und Handeln wirksam war, wie eng die Verknüpfung zu Parteiapparat und Staatssicherheit bestand. Als erstes Zwischenergebnis forderte der Ausschuß die Abberufung des Direktors F., nachdem

der längst erwartete Rücktritt nicht erfolgt war. Die damalige Stadtbezirksversammlung Pankow beschloß diese Abberufung nicht, und erst, nachdem die Eltern der betroffenen Schüler Strafanzeige gegen Herrn F. und viele andere wegen des Verdachts der gemeinschaftlich begangenen Verfeumdung, der gemeinschaftlich begangenen Nötigung und des Verstoßes gegen die Verfassung der DDR unter Mißbrauch der Amtsbefugnisse erstattet hatten und durch den Staatsanwalt ein Anzeigenprüfungsverfahren eingeleitet worden war, trat Herr F. zurück. Ist das Zivilcourage, wie im "Kiez" behauptet?

Ursprünglich waren wir Mitglieder des Untersuchungsausschusses der Meinung, erst nach Abschluß der Ermittlungen durch Staatsanwaltschaft und Kripo, an die Öffentlichkeit zu gehen, wollten wir uns doch an rechtsstaatliche Spielregeln halten und keinen Menschen vorverurteilen. Wir haben aber den Eindruck, daß es Kräfte gibt, die bis heute noch nicht begriffen haben, worin ihre spezielle Verantwortung für Intoleranz und Inhumanität in der Vergangenheit besteht.

Karin Manns
Mitglied des zeitweiligen Untersuchungsausschusses

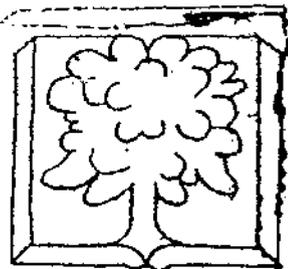
Die Tugend der Zivilcourage

Aus Angst scheuen die meisten Menschen im Staatssozialismus davor zurück, öffentlich in der Wahrheit zu leben. Wo es moralisches Handeln gibt, da beschränkt sich dasselbe oftmals auf private Tugendhaftigkeit, Hilfsbereitschaft gegenüber Nachbarn, die gewissenhafte Erfüllung anerkannter Normen in Familie und Beruf. Indem wir stillschweigend in unserem Handeln auf Öffentlichkeit verzichten, halten wir uns an die von der geheimpolizeilichen Macht abgesteckten Grenzen. Gegenüber dem Unrecht um uns herum bleiben wir taub und stumm. Durch Unterlassen werden wir mitschuldig an dem, was in unserer Umgebung politisch vor sich geht. Lieben wir ihn wirklich - unseren nächsten? Schlüpfen wir nicht begierig, um unser Gewissen zu besänftigen, in die respektablen Rollen, welche die Gesellschaft für uns bereithält? Als "ehrlicher Arbeiter", "guter Vater", "gewissenhafte Buchhalterin", "sich aufopfernde Krankenschwester" und wie die zahlreichen Verkleidungen unseres wahren Ich alle heißen mögen, hinter denen wir unsere private Tugendhaftigkeit wahren wollen, schreiten wir emsig auf dem uns angewiesenen Pfad der Pflichterfüllung dahin. Der diesem Pfad innewohnende Sinn, das ist der Sinn des Nichts-wissen-Wollenden. In der Begrenzung auf das Pflichtgemäße kommt Widerspruch erst gar nicht hoch. Es unterbleibt jeder Versuch einer freien, aus der Verantwortung heraus getanen Tat, die allein das Böse überwinden kann.

Dürfen wir aber, solange die geheimpolizeiliche Macht im Staatssozialismus allgewaltig ist, den bedingungslosen und öffentlichen Gebrauch der individuellen Vernunft unter allen Umständen fordern? Wohl kaum. Wir können einfach nicht erwarten, daß ausgerechnet in einer Welt geheimpolizeilicher Tätigkeiten Menschen nur noch aus reiner Moralität heraus handeln. Zwar wird die Macht weiterhin mit der intellektuellen Redlichkeit einzelner rechnen müssen, die aufs Ganze gehen. Nicht weniger bedarf es aber der Ermutigung, im täglichen Leben die eigene Überzeugung gegen die Anmaßungen der Macht von Fall zu Fall zu vertreten. Mit anderen Worten: Was wir bitter nötig haben, sind Menschen mit Zivilcourage! Die Tugend der Zivilcourage hat erst in der jüngsten Vergangenheit ihren festen Platz in den Normenkatalogen der universalistischen Ethik gefunden. Zivilcourage meint nicht die individuelle oder kollektive Rebellion gegen empörende Mißstände und Unterdrückung. Zivilcourage zeigt, wer damit anfängt, "sich aus der ihm beinahe zur Natur gewordenen Unmündigkeit herauszuarbeiten". Für den, der die Macht hat, ist die Tugend der Zivilcourage dagegen entbehrlich. Der Machthaber bedarf ihrer nicht, will er seine "Wahrheiten" verkünden. Zudem sind couragierte Untertanen nicht mehr so ohne weiteres kuschbereit, sie "mucken auf", wie es im Jargon der Mächtigen heißt. (...)

Gerade in der Zivilcourage zeigt sich ein moralisches Moment der Freiheit, das zutiefst menschlich ist. In Zeiten des Umbruchs etwa (die uns meist zum Vorbild für moralisches Handeln dienen), wenn die überlebten Ordnungen zusammenbrechen, entsteht meist im Gefolge der voranstürmenden sozialen Aktivisten ein Sog, in dem die vielen nur mitgerissen werden. Was mit ihnen geschieht, kann man schwerlich als tugendhaftes Handeln ansehen. Die Zeit der Zivilcourage liegt dazwischen. Zivilcourage ist in den geschichtlichen Abschnitten gefragt, in denen "Ordnung und Sicherheit" nicht in Gefahr sind. Dann hängt Entscheidendes für das menschliche Zusammenleben davon ab, ob Zivilcourage als Tugend gelebt wird. (...)

aus: Rolf Henrich, Der vormundschaftliche Staat: Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Reinbek 1989: S. 271ff.



kirchliche Information

UmweltBlätter

INFO-Blatt des Friedens- und Umweltkreises Zionskirchgemeinde

Umweltbibliothek

Griebenowstraße 16

Berlin 1058

CARL v. OSSEITZKY:

KÜ/UB
12/88

Dezember 88

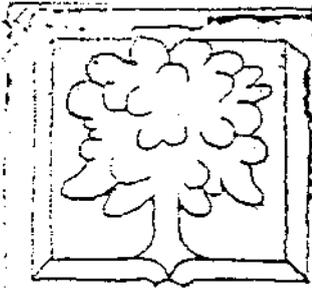
**das risiko
eine eigene
meinung
zu haben**

Solidarität mit den bestraften Schülern

In unserer kleinen Reihe großer Klassikerzitate: (Abschrift)

(...)
Die Pflicht des Lehrers - Seine Pflicht und sein ihm vom Staat überantworteter Beruf ist es, in dem jungen Knaben die rohen Kräfte und Begierden der Natur zu bändigen und auszurotten und an ihre Stelle stille, mäßige und staatlich anerkannte Ideale zu pflanzen. Wie mancher, der jetzt ein zufriedener Bürger und strebsamer Beamter ist, wäre ohne diese Bemühungen der Schule zu einem haltlos stürmenden Neuerer oder unfruchtbar sinnenden Träumer geworden! Es war etwas in ihm, etwas Wildes, Regelloses, Kulturloses, das mußte erst zerbrochen werden, eine gefährliche Flamme, die mußte erst gelöscht und ausgetreten werden. Der Mensch, wie ihn die Natur erschaffen hat, ist etwas Unberechenbares, Undurchsichtiges, Gefährliches. Er ist ein von unbekanntem Berge herbrechender Strom und ist ein Urwald ohne Weg und Ordnung. Und wie ein Urwald gelichtet und gereinigt und gewaltsam eingeschränkt werden muß, so muß die Schule den natürlichen Menschen zerbrechen, besiegen und gewaltsam einschränken; ihre Aufgabe ist es, ihn nach obrigkeitlicherseits gebilligten Grundsätzen zu einem nützlichen Gliede der Gesellschaft zu machen und die Eigenschaften in ihm zu wecken, deren völlige Ausbildung alsdann die sorgfältige Zucht der Kaserne krönend beendet. (...)

Hermann Hesse: Unterm Rad



Umweltblätter

INFO-Blatt des Friedens- und Umweltkreises Zionskirchgemeinde

Umweltbibliothek

Griebenowstraße 16

Berlin 1058

Kommentar: Politik und Erziehung (Abschrift)

Der "Sputnik" wurde verboten, mit ihm zusammen eine Reihe von sowjetischen Filmen aus dem Verkehr gezogen, das "Distel"-Programm ist nicht mehr opportun, Jugendklubs müssen sämtliche Perestroika-Themen streichen, das "Neue Deutschland" preist Stalin, vorbeugende Festnahmen, Verhaftungen und Urteile unter fragwürdigen Vorgaben finden statt. Durch das Land zieht das Vorgefühl des Terrors. Was ist dagegen die kleine Schulaffäre an der Carl-von-Ossietszky-Oberschule, mit der wir die "Umweltblätter" aufmachen?

Es ist im Gegensatz zu den spektakulären Verzweiflungstaten, mit denen sich einige Herrschende die Macht erhalten wollen, der trübe Alltag dieses Landes seit Jahren. Das Verbot dieses oder jenes Theaterstücks, Films oder einer Zeitschrift ist zu verschmerzen, selbst Verhaftungen, Selbstmorde und Abgänge nach dem Westen. Bedeutungsvoller ist die jahrzehntelange Mißwirtschaft am Land und seinen Menschen, zum Beispiel in der Erziehung. Jeder weiß Schauer geschichten aus seiner Schulzeit zu erzählen von aufrechten Lehrern, die gehen mußten, von denkfähigen Schülern, die gebrochen wurden, und natürlich vom Alltag, in dem willfähige Kreaturen die junge Generation zu widerspruchslosem Lernen und Zwiedenken verziehen. Bis auch hier die Kaserne die Erziehung hö

Ergebnis ist, daß ein Land, in dem Erziehung zum Antifaschismus und Sozialismus als hehre Ideale vorgestellt werden, in seiner Masse das glatte Gegenteil denkt. Sozialismus und Kommunismus sind Schimpfwörter geworden, nationalistisch-faschistische Gesinnung. Juden- und Ausländerhaß gehören in weiten Kreisen zum guten Ton. Im übrigen aber ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in ihrer Subalternität und der Bewunderung von Reichtum und Macht einig. Der östliche Teil Deutschlands, dessen Angliederung der BRD-Kanzler Adenauer Anfang der fünfziger Jahre so fürchtete, weil dort schon immer links gewählt wurde, dieser Teil würde heute mit großer Wahrscheinlichkeit CDU/CSU oder noch weiter rechts wählen. Ein großartiges Ergebnis!

Wenn wir das oder sogar ein rechtes Regime als Nachfolgestaat der DDR vermeiden wollen, werden wir schon ein wenig in Fehlerdiskussion mit unseren Brüdern und Schwestern in der SED geraten müssen. Und es wird auch nicht beim vorsichtigen Anritzen der KPD-Legenden bleiben können, wie im Oktober-"Sputnik" geschehen (und prompt verboten). Die Wurzeln und Ursachen müssen aufgedeckt, die Mißwirtschaft muß eingestanden und Mittel und Wege zur Verhinderung gleicher Entwicklungen müssen gefunden werden.

Wir sind Anhänger einer Gemeinschaft von Gleichen, Freien und Verantwortlichen. Und manche von Euch sind es heimlich geblieben. Wir rufen Euch zum kritischen Gespräch und zum gemeinsamen Neubeginn auf!